



AKTUELLES
Offizieller Start für
das „Changing Orders
Research Programme“

VERANSTALTUNGEN
Die Welt von morgen –
Globale Megatrends
und ihre Bedeutung für
die Zukunftsperspektiven
der Wirtschaft

Konferenz zu 50 Jahren
diplomatischer Beziehungen –
Neubeginn und Kontinuität

IM FOKUS
Das Jahr 2024:
20 Jahre Osterweiterung
und Europawahlen

andrassy

NACHRICHTEN

2024
Sommersemester

NACHRICHTEN
DER
ADRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST



ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST

ISSN 3003-9452

IMPRESSUM

26. Ausgabe der Andrassy Nachrichten
(15. Jahrgang, 1. Ausgabe), Auflage: 450 Stück,
Erscheinungsdatum: 05.02.2024

Herausgeber:
Andrassy Gyula Deutschsprachige
Universität Budapest
Pollack Mihály tér 3. H-1088 Budapest

Redaktion: Prof. Dr. Ellen Bos, Prof. Dr. Zoltán
Tibor Pállinger und das Referat für Marketing
und Kommunikation

Design: Bencium Grafikbüro

Layout und Satz: Zsuzsanna Urbán

Druck: H-ART Kft.

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Texte sinngerecht
zu kürzen und zu bearbeiten. Die Verantwortung für den Inhalt
liegt bei den jeweiligen AutorInnen.

Sofern nicht anders angegeben, liegen die Urheberrechte
der weiteren Abbildungen bei der Andrassy Universität
Budapest (im Speziellen bei Képszerteszűsűg:
Tuba Zoltán, Gábor Ancsin; den jeweiligen AutorInnen),
oder diese sind gemeinfrei.

ISSN 3003-941X (Print)

ISSN 3003-9452 (Online)

VORWORT DES REKTORS	2	Carl Lutz-Vortrag: 1000+ Lösungen für unsere Zukunft	22
AKTUELLES	3	AUB goes Brüssel	23
PARTNERSCHAFTEN	3	Filmabend: „Die Unbeugsamen“	25
Einblick in die diplomatische Arbeit: Besuch bei deutschen Botschaften in Rom	3	Exkursion nach Rom: Konferenz über Religion in China	26
PUBLIKATIONEN	4	Vergabe von Teilnahmezertifikaten für TeilnehmerInnen von Workshops im Bereich der Praxis Diplomatie	27
Tourismus in der Krise	4	Legal Operations and Tech-Assisted Legal Services	28
Digitale Transformation und Nachhaltigkeit in der Finanzwelt	5	Konferenz zu 50 Jahren diplomatischer Beziehungen – Neubeginn und Kontinuität	29
Die Flucht jüdischer Polinnen und Polen nach Sachsen während und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg	6	Die angespannte Sicherheitslage an der Ostflanke von EU und NATO seit dem russischen Krieg gegen die Ukraine	32
Buchpräsentation – Jahrbuch für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften	7	„Die Erweiterung“ – Das europäische Einigungsprojekt als Literaturvorlage?	34
Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa	7		
NEUES AUS DER FORSCHUNG	8		
Finance-Science-Community traf sich im Juni 2023 an der University of Westminster zum Austausch	8		
Offizieller Start für das "Changing Orders Research Programme"	9		
PERSONALIA	10		
SONSTIGE NEUIGKEITEN	10		
Trauer um László Sólyom	10		
AUB im Stadtbild – Entdecke, knipse, teile!	11		
Aktuelles um das Projekt AnDties	12		
VERANSTALTUNGEN IM WINTERSEMESTER 2023	13	IM FOKUS	35
20. Jahrestagung der German Law & Economics Association	13	Das Jahr 2024: 20 Jahre Osterweiterung und Europawahlen	35
Auf den Spuren der deutschen und ungarischen Minderheiten	13	Blended Intensive Programme – „Die Zukunft von Europa in der Donauregion“	38
Internationales Doktorandenseminar an der Jagiellonen Universität Krakau	15	Das Zentrum für Demokratieforschung (ZeDEM) an der Dreiländertagung in Linz	39
Nationale und internationale Energie- und Klimadiplomatie	15	16. Interdisziplinäres Doktorandenkolloquium (IDK) im Rahmen der Kooperation mit der Autonomen Region Trentino-Südtirol	42
Lange Nacht der Wissenschaften an der AUB	16	Die EU und der Westbalkan	43
Widerstandsmomente – „Ich bin nicht auf die Welt gekommen, um wegzuschauen“	17	„Europa quo vadis?“ – „Strategische Herausforderungen und Optionen Europas“	45
Das kulturelle Erbe der deutschen Minderheit in Transkarpatien	18		
Der Aufstieg Chinas als Herausforderung für die Welt	19	PORTRAIT	47
Die Welt von morgen – Globale Megatrends und ihre Bedeutung für die Zukunftsperspektiven der Wirtschaft	19	Erasmus State-of-Mind – Interview mit der Referentin für Erasmus und Internationales der AUB	47
2. Europakonferenz „Europäische Perspektiven“	20		
		SEMESTERÜBERBLICK	51
		Feierliche Eröffnung des Studienjahres 2023/2024	51
		Eine deutsche Studentin entdeckt die ungarische Kultur	52
		Aus dem Unialltag eines Erasmus-Studenten	53
		Gründe für ein Auslandssemester an der AUB – Interview mit Sarah Meißner	54
		Die Winterzeit in Budapest zwischen Uni und Weihnachtsmärkten	56

Vorwort des Rektors

Liebe Leserin,
lieber Leser,

Im Jahr 2024 stehen zwei bedeutende Jahrestage an: am 12. März jährt sich der NATO-Beitritt Ungarns, Tschechiens und Polens zum 25. Mal; am 1. Mai ist das 20. Jubiläum der ersten Runde der Osterweiterung, in der zehn Staaten, unter anderem auch Ungarn, der EU beitraten. Trotz dieses Doppeljubiläums will keine richtige Feststimmung aufkommen: Die Gemeinschaft steht vor großen Herausforderungen und der Vorrat an politischen Gemeinsamkeiten zwischen den Mitgliedstaaten hat stark abgenommen, was die Suche nach zukunftsweisenden Lösungen immer schwerer macht. Generell ist die Union mit einer sich verschärfenden machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen den USA und China konfrontiert, überdies hat der russische Angriff auf die Ukraine die Grundfesten der europäischen Sicherheitsarchitektur erschüttert – die alt hergebrachte Strukturen der Weltpolitik werden zunehmend in Frage gestellt. Gleichzeitig ist der Zusammenhalt der Europäischen Union durch unterschiedliche Vorstellungen der Mitglieder über ihre gemeinsame Zukunft sowie die Erosion von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in einigen Mitgliedstaaten zunehmend herausgefordert. Angesichts dieser Ausgangslage akzentuiert sich auch die Bedeutung der anstehenden Europawahlen. Wird es den etablierten Parteien der Mitte gelingen, ihre traditionelle Mehrheit zu verteidigen oder wird es auch im europäischen Parlament einen Rechtsruck und damit verbunden eine fundamentale Verschiebung der Kräfteverhältnisse geben?

In dieser Konstellation wird klar ersichtlich, dass es bei den Europawahlen von 2024 um eine entscheidende Weichenstellung für die zukünftige Entwicklung Europas gehen wird. Dies gilt umso mehr, als im Jahr 2024 nicht nur im Juni die Wahlen des Europäischen Parlaments stattfinden, sondern am 17. März auch Präsidentenwahlen in Russland und am 5. November Präsidenten- und Kongresswahlen in den USA. Diese drei Wahlen werden nicht nur innenpolitische Bedeutung haben, sondern auch Auswirkungen auf die internationale Ordnung. Vor dem Hintergrund dieser herausfordernden Situation wird Ungarn in der zweiten Jahreshälfte 2024 zum zweiten Mal die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Es stellt sich somit die Frage, inwieweit die ungarische Regierung, die in entscheidenden innen- und außenpolitischen Fragen häufig pointiert eigenständige Positionen einnimmt, in der Lage sein wird, konsensfähige und nachhaltige Lösungen herbeizuführen und der Union neue Impulse zu verleihen.

Die Andrássy Universität ist ein Kind der europäischen Einigung und wurde im Hinblick auf den EU-Beitritt Ungarns gegründet, um Fachleute für Europa auszubilden. Gerade die heutige, herausfordernde Situation ist ein Beweis für die Weitsicht dieser Idee. Die Funktion der Andrássy Universität als eine gemeinsame deutschsprachige Brücke zwischen den Partnerländern, den neuen und alten Mitgliedsländern der EU sowie (zukünftigen) Beitrittskandidaten erscheint aktueller denn je. Die vielfältigen, häufig auch widerstreitenden Interessen erfordern überzeugte Europäerinnen und Europäer, die ausgehend von einem



gegenseitigen Verständnis fähig und in der Lage sind, gemeinsam tragfähige und nachhaltige Lösungen für die anstehenden Herausforderungen zu erarbeiten. Die Beschäftigung mit Fragen der europäischen Integration bildet sowohl in der Lehre als auch in der Forschung einen Schwerpunkt der Andrássy Universität. Folgerichtig steht Europa auch im Fokus des vorliegenden Heftes der Andrássy Nachrichten: Neben einer Bilanz der 20 Jahre nach der Osterweiterung werden die Lage der Demokratie in Mittel- und Osteuropa, die Perspektiven der EU nach der Europawahl sowie die strategischen Herausforderungen der Union analysiert. Außerdem wird die EU-Erweiterungspolitik gegenüber dem Westbalkan einer kritischen Bewertung unterzogen. Schließlich werden auch praktische Vorschläge für die Stärkung der EU diskutiert.

Darüber hinaus bietet dieses Heft wieder einen Überblick über das universitäre Leben: Die vorgestellten Publikationen sind ein Beleg für die hohe Qualität der Forschung, die an der Andrássy Universität betrieben wird. Die zahlreichen Veranstaltungen decken einerseits ein weites thematisches Spektrum ab. Andererseits machen sie auch deutlich, dass es der Universität gelingt, sowohl ein Fachpublikum als auch die breite Öffentlichkeit anzusprechen. Damit konnte die Andrássy Universität auch im letzten Jahr ihre Funktion als deutschsprachige Begegnungsstätte zwischen Ungarn und den Partnerländern sowie Kompetenzzentrum für die Region, Ungarn und Europa weiter festigen. Beredtes Zeichen dafür war, dass die festliche Konferenz zum 50. Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ungarn und der Bundesrepublik Deutschland am 4. Dezember 2024 an der Andrássy Universität durchgeführt werden konnte.

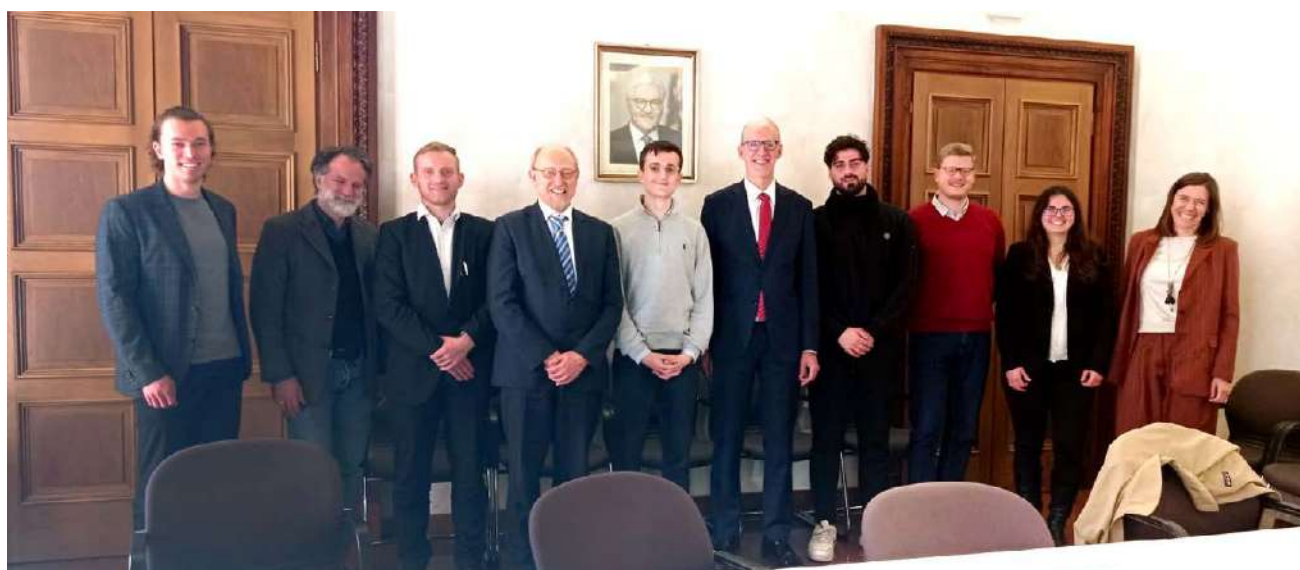
2024 wird ein wichtiges Jahr für Europa und Ungarn. Dies wird der Andrássy Universität einerseits die Gelegenheit geben, die Jahrestage des NATO- und EU-Beitritts in einen weiteren Kontext zu stellen und ihre Auswirkungen wissenschaftlich zu analysieren. Andererseits wird sie sich selbstverständlich sowohl mit den aktuellen Ereignissen wie den Wahlen in Europa, Russland und in den USA als auch mit den längerfristigen wirtschaftlichen, technologischen und geostrategischen Herausforderungen auseinandersetzen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und der Andrássy Universität ein spannendes und produktives Jahr.

Zoltán Tibor Pállinger

AKTUELLES

PARTNERSCHAFTEN

Einblick in die diplomatische Arbeit: Besuch bei deutschen Botschaften in Rom



Botschafter Bleicker (5. von rechts), Dr. Kreft und Dr. habil. Barbato und die Studierenden der AUB sowie Frau Schmitt von der Hanns-Seidel-Stiftung.

Diplomatische Arbeit, geprägt von Finesse und Verhandlungsgeschick, ist ein unverzichtbarer Pfeiler auf der internationalen Bühne. Studierende konnten erfahren, wie es ist, als Diplomat die Brücken zwischen verschiedenen Interessen und Kulturen zu schlagen sowie komplexe Herausforderungen durch Dialog und Verständigung zu bewältigen.

Nach der erfolgreichen Konferenz „Religion in China“ am 28. November 2023 hatte Dr. Kreft für eine Gruppe von Studierenden noch Besuche bei zwei der drei deutschen diplomatischen Vertretungen in Rom organisiert.

Zunächst ging es zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den VN-Organisationen in Rom, die sich die Räumlichkeiten mit der bilateralen Deutschen Botschaft in Italien teilt und dessen Leiter, Botschaf-

ter Hans-Dieter Lucas wir auch noch kurz begrüßen konnten. Der Ständige Vertreter bei den VN-Organisationen, Botschafter Joachim Bleicker, stellte die Aufgabenbereiche der Ständigen Vertretung vor. Hauptsächlich geht es um die Vertretung deutscher Interessen bei der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), dem Welternährungsprogramm (WFP) und dem Internationalen Fond für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD). Thematische Schwerpunkte der Arbeit der Ständigen Vertretung in Rom sind die internationale Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, Fragen der ländlichen Entwicklung sowie Humanitäre Hilfe. Interessanterweise ist nicht das Auswärtige Amt innerhalb der Bundesregierung federführend, sondern für die FAO das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und für das WFP und den IFAD das Bundesministerium für

wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Herr Bleicker berichtete von den Herausforderungen, die sich daraus ergeben, dass die FAO von dem chinesischen Generalsekretär Qu geleitet wird. Insbesondere Europäer kritisieren, dass Qu die FAO für geopolitische Interessen Chinas nutze, indem insbesondere chinesische Projekte in Afrika gefördert würden. Auch in Slogans der FAO erkenne man die chinesische Handschrift: „Four betters“ (bessere Produktion, bessere Ernährung, bessere Umwelt und besseres Leben). China sei aus seiner Geschichte heraus überzeugt, dass man bessere Lebensstandards und wirtschaftlichen Aufschwung nur mit einer steigenden Produktion erreichen könne. Klimawandel und Umweltschutz spielten dabei eine nebensächliche Rolle.

Anschließend ging es zur Botschaft der Bundesrepublik Deutschland



Botschafter Dr. Kotsch (4. von links) und der geistliche Referent der Botschaft, Monsignor Lahl (dritter von links) und die Besucher der AUB, vor der deutschen Botschaft beim Heiligen Stuhl.

beim Heiligen Stuhl. Bei einem spannenden Gespräch mit Botschafter Dr. Bernhard Kotsch konnten wir vieles über die Besonderheiten der diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan erfahren. Herr Kotsch beschrieb den Heiligen Stuhl als vielfach wegweisenden Akteur in der internationalen Diplomatie, der sich in zahlreichen Initiativen zur Befriedung von Konflikten engagiere.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und

Deutschland seien eher ambivalent, da Deutschland das Land der Reformation sei, und die deutsche katholische Kirche aktuell versuche eine große Reform-Agenda voranzubringen. Das werde nicht sehr gerne gesehen beim Heiligen Stuhl. Botschafter Kotsch erläuterte zudem die Veränderungen in der diplomatischen Ausrichtung des Heiligen Stuhls seit dem Amtsantritt von Papst Franziskus. Der Papst setze sich nachdrücklich für einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen

Ressourcen ein und habe ein neues Verständnis wichtiger Leitbegriffe geprägt. Diese Werte teile Deutschland, allerdings gebe es Differenzen hinsichtlich der Umsetzung.

Beide Gespräche gaben den Studierenden einen tiefen Einblick in die Arbeit der deutschen Diplomatie und mit welchen Herausforderungen sie zu kämpfen hat. Die Exkursion wurde vom Auswärtigen Amt finanziell gefördert.

Nic SCHRÖDER

PUBLIKATIONEN

Tourismus in der Krise: COVID-19 als Auslöser für neue Geschäftsmodelle und Digitalisierung

Eine Dissertation aus dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Andrassy Universität Budapest wurde Ende August 2023 im Springer Gabler Verlag veröffentlicht und ist nun frei zugänglich.

Die Dissertation von Yves Clément Zimmermann befasst sich mit der krisenbedingten Transformation touristischer KMU infolge von COVID-19. Fokussiert auf eine Flusskreuzfahrtdestination gelingt es, aus einer multidisziplinären Perspektive von Tourismus und Entrepreneurship heraus, neue Erkenntnisse über die

COVID-Krise als Auslöser für Digitalisierung und Geschäftsmodellinnovation zu gewinnen. Business Model Innovation wird dabei als eine neue proaktive Maßnahme für touristisches Krisenmanagement identifiziert. Zudem lassen sich im Gegensatz zu den Wachstumsstrategien vor der Krise nun krisenbedingte Exit- und Innovationsstrategien bei den Akteuren feststellen. Einen besonderen Beitrag leisten die Ausführungen zu Flusskreuzfahrt und Destination, der Implementierung von Business Model Innovation im Krisenmanagement von Destinationen, aber auch die konkreten Praxisbeispiele wie z. B. virtuelle

und interaktive Gästeführungsangebote für Menschen mit Handicap.

Die Publikation ist als PDF und EPUB als Open Access bei Springer Gabler mit einem Vorwort von Prof. Dr. Dr. Alexis Papathanassis erschienen und kostenlos zum Download erhältlich.

Yves Clément Zimmermann studierte Wirtschaftsrecht in Heidelberg und Saarbrücken (LL.M.), BWL mit Schwerpunkt Logistik in Ludwigshafen (MBA) und promovierte mit Auszeichnung (Ph.D.) im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften an der Andrassy Universität Budapest. Seine Affinität zu Tourismus entwickelte er als Geschäftsführer zweier mittelständischer Touristikunternehmen. Seit 2006 lehrt er zudem an Hochschulen

Yves Clément Zimmermann:
Tourismus in der Krise:
COVID-19 als Auslöser
für neue Geschäftsmodelle
und Digitalisierung

Fallstudie mit Akteuren einer
Flusskreuzfahrtdestination im
ersten COVID-Lockdown
978-3-658-42362-9
Published: 23 August 2023

[link.springer.com/
book/10.1007/978-3-658-42362-9](https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-42362-9)

in der Metropolregion Rhein-Neckar und ist seit September 2023 Vertretungsprofessor an der Fakultät International Business der Hochschule Heilbronn (HHN).

Yves ZIMMERMANN



Digitale Transformation und Nachhaltigkeit in der Finanzwelt unter besonderer Berücksichtigung des Risikomanagements

Digitale Transformation und Nachhaltigkeit haben sich auch in der Finanzwirtschaft zu zentralen Themenfeldern in der Forschung entwickelt. Überraschenderweise wurden sie bisher aber nur ansatzweise mit den Inhalten des finanzwirtschaftlichen Risikomanagements verknüpft. Der brandneue Sammelband der Reihe Andrassy Studien zur Europaforschung, „Digitale Transformation und Nachhaltigkeit in der Finanzwelt“, herausgegeben von Dr. Tim Herberger, versucht diese Lücke zu schließen.

Trotz teils intensiv geführter Diskussionen wird jeweils ein allgemeingültiger Definitionsansatz in der Finanzwirtschaft für die Begriffe Digitale Transformation und Nachhaltigkeit nach wie vor vermisst und der Austausch hierüber wird zumeist in englischer Sprache geführt. Auch ein möglicher (potentiell positiver wie negativer) Zusammenhang zwischen diesen beiden Buzz-Words sowie korrespondierende Anreizwirkungen für verschiedene Marktakteure bleiben bisher weitgehend unklar. Einig ist man sich gemeinhin aber, dass diese Begriffe und die dahinterstehenden Veränderungen für Unternehmen und ihre Stakeholder große Herausforderungen bedeuten und sich zudem wesentliche Implikationen für das finanzwirtschaftliche Risikomanagement ergeben (können).

Der nun im Rahmen der Andrassy Studien zur Europaforschung beim Nomos Verlag erschienene Sammelband „Digitale Transformation und Nachhaltigkeit in der Finanzwelt – Aktuelle Fragestellungen und Perspektiven im Kontext des finanzwirtschaftlichen Risikomanagements“ adressiert inhaltlich Chancen und Risiken aus diesen beiden übergeordneten Themenfeldern für verschiedene Marktakteure und legt hierbei einen besonderen Fokus auf die globale Finanzwirtschaft sowie auf finanzwirtschaftliche Kernaspekte und -prozesse in Unternehmen. Abermals zeichnet sich Univ.-Doz. Dr. habil. Tim Alexander Herberger nicht nur als (Mit-)Autor eines Beitrags, sondern insbesondere auch als alleiniger Herausgeber dieses Sammelbands verantwortlich und orchestriert die einzelnen 14 Beiträge unter den beiden zentralen Themenfeldern „Schnittmengen zwischen Digitaler Transformation in der Finanzwelt sowie Fragestellungen und Perspektiven aus dem finanzwirtschaftlichen Riskmanagement“ sowie „Schnittmengen zwischen Nachhaltigkeitsanstrengungen in der Finanzwelt sowie Fragestellungen und Perspektiven aus dem finanzwirtschaftlichen Risikomanagement“.

Dieser Sammelband speist sich weitgehend aus Beiträgen, die sich einer umfangreichen wissenschaftlichen Diskussion im Rahmen der zweiten wissenschaftlichen Fachtagung „Digitale Transformation und Nachhaltigkeit in der globa-

len Finanzwirtschaft“ am 1. Dezember 2022 an der Andrásy Universität Budapest gestellt haben. Zusätzlich wird der Sammelband von weiteren Beiträgen inhaltlich flankiert, die der thematischen Ausrichtung des Sammelbands zugeordnet werden können und diesen in der inhaltlichen Breite und Tiefe sinnvoll ergänzen. Alle in diesem Sammelband berücksichtigten Beiträge wurden einem in der wissenschaftlichen Community üblichen Reviewverfahren unterzogen.

Großer Dank gilt seitens des Herausgebers allen Autorinnen und Autoren für ihre eingereichten Beiträge. Ebenso geht mein Dank an die an der Tagung sowie Entstehung des Sammelbandes beteiligten Reviewer für ihre geleistete Arbeit im Zusammenhang mit der Evaluation der Beiträge. Dem Nomos Verlag und hier in Person Frau Beate Bernstein und Frau Eva Lang danke ich für ihre Unterstützung dieses Sammelbandprojekts.

Abschließend möchte ich der Andrásy Universität Budapest sowie dem Dr. Theo und Friedl Schöller Forschungszentrum für Wirtschaft und Gesellschaft meinen Dank aussprechen, da ohne deren jeweilige großzügige finanzielle Unterstützung, die Re-

Band in der Reihe „Andrássy Studien zur Europaforschung“

**Tim Alexander Herberger (Hrsg.):
Digitale Transformation
und Nachhaltigkeit
in der Finanzwelt**

Aktuelle Fragestellungen
und Perspektiven im Kontext
des finanzwirtschaftlichen
Risikomanagements
Nomos, 2023, 305 Seiten,
broschiert
ISBN 978-3-7560-0570-3

www.nomos-shop.de/nomos/titel/digitale-transformation-und-nachhaltigkeit-in-der-finanzwelt-id-115022/



alisierung dieses Sammelbands nicht möglich gewesen wäre.

Auch im Jahr 2023 fand die nunmehr schon dritte Tagung zur Digitalen Transformation und Nachhaltigkeit in der globalen Finanzwirtschaft jedoch diesmal an der FH Salzburg statt. Die Resonanz auf diese Tagung war abermals sehr gut und die Beiträge ebenfalls von sehr hoher Qualität. Es zeichnet sich immer mehr ab, dass diese bisher noch eher „familiär“ geprägte Tagung sich immer stärker auf

der Konferenz- bzw. Tagungslandkarte im deutschsprachigen Raum etabliert. Herr Kollege Kuttner von der FH Salzburg hat hierbei den Staffelnstab als Ausrichter der diesjährigen Tagung wunderbar weitergeführt und auch zu dieser Konferenz ist es geplant einen Sammelband zu aktuellen Themen rund um Fragestellungen der Digitalen Transformation und Nachhaltigkeit in der globalen Finanzwirtschaft herauszubringen.

Tim Alexander HERBERGER

Die Flucht jüdischer Polinnen und Polen nach Sachsen während und unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg

Publikation eines Alumnus der AUB ist im Oktober 2023 erschienen.

Hans-Martin Behrisch, Alumnus der Andrásy Universität Budapest präsentierte im vergangenen Jahr zum Thema seiner Masterarbeit bzw. deren Ergebnisse an einer Tagung in Würzburg, die von der Polnischen Historischen Mission, einer gemeinsamen Einrichtung der Universitäten Toruń und Würzburg, durchgeführt wurde.

Die Polnische Historische Mission gab auch ein Bulletin heraus, indem Behrisch die Ergebnisse seiner Masterarbeit in ei-

nem wissenschaftlichen Aufsatz zusammenfasst. Die Veröffentlichung befasst sich mit Migrationsgeschichte zwischen Polen und Deutschland.

Behrisch möchte mit seiner Publikation die Aufmerksamkeit auch auf das Bulletin der Polnischen Historischen Mission lenken, das einen klar mitteleuropäischen Fokus hat und kostenlos abrufbar ist. Aus diesem Grund kann die Ausrichtung und Themenwahl dieses Mediums für an-



dere StudentInnen bzw. DozentInnen der AUB von Interesse sein. Hans-Martin Behrisch studierte vor zwei Jahren Mitteleuropäische Geschichte an der Andrásy Universität Budapest.

Éva KÓSA

Das Bulletin ist kostenlos online abrufbar unter: apcz.umk.pl/BPMH/index

Buchpräsentation – Jahrbuch für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften

Am 23. November 2023 wurde das unter Mitwirkung des Lehrstuhls für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften der Andrássy Universität herausgegebene und bei dem Nonos Verlag im Jahr 2022 erschienene Periodikum „Jahrbuch für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften“ im Rahmen einer Buchbesprechung dem ungarischen Fachpublikum näher vorgestellt.

Über das Werk berichtete Universitätsdozent Dr. László Szegedi auf der jährlich stattfindenden Fachbüchervorstellung des Lehrstuhls für Europäisches Öffentliches- und Privatrecht der Ludovika Universität für den Öffentlichen Dienst, wo zahlreiche aktuell erschienene Fachbücher zum Europäischen Recht mit dem Fachpublikum besprochen werden. Von Seiten der Andrássy Universität wirkten zahlreiche Universitätsbürger am Werk als Herausgeber oder Autoren mit.

Dr. Szegedi hob in seinem Vortrag insbesondere hervor, dass das Werk mit seiner reichen Sammlung an englisch- und deutschsprachigen Fachaufsätzen zu aktuellen Themen der Europäischen Integration eine vielseitige Momentaufnahme über zahlreiche Fachgebiete



mit europarechtlichen Bezügen bietet. Als besonders wertvoll wurde auch betont, dass europarechtliche Fragen mit unterschiedlichsten Bezügen zur Region Mitteleuropa aus Sicht der deutschen Rechtswissenschaften der internationalen Leserschaft zugänglich gemacht, beziehungsweise viele Themen mit spezifisch mitteleuropäischem Bezug in deutscher Sprache dem deutschen Schrifttum vorgestellt wurden.

Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften der Andrássy Gyula Universität Budapest | Schubel | Kirste | Müller-Graff | Diggelmann | Hufeld

Jahrbuch für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften – 2022

Herausgegeben von der Fakultät für Vergleichende Staats- und Rechtswissenschaften der Andrássy Gyula Universität Budapest, Prof. Dr. Christian Schubel, Univ.-Prof. Dr. Stephan Kirste, Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff, Prof. Dr. Oliver Diggelmann, LL.M., Univ.-Prof. Dr. Ulrich Hufeld Nomos, 2022, 286 Seiten, E-Book ISBN 978-3-7489-3469-1

www.nomos-shop.de/nomos/titel/jahrbuch-fuer-vergleichende-staats-und-rechtswissenschaften-2022-id-108029/

Wir bedanken uns im Namen der Mitwirkenden an diesem Werk für die Buchbesprechung und bei den Teilnehmern der Veranstaltung für den anregenden Gedankenaustausch.

Miklós SZIRBIK
und László SZEGEDI

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa

Im Wintersemester ist erneut ein Konferenzband des Lehrstuhls für Diplomatie II in Kooperation mit dem Budapest Büro der KAS erschienen.

Zum aktuellen Band „Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa / Cross-Border Cooperation in Europe“ über die gleichnamige Konferenz haben renommierte Wissenschaftler und

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa/ Cross-Border Cooperation in Europe

Tagungsbericht

Heinrich Kreft (Hrsg.)
AUB/KAS
ISBN: 978-615-82416-0-1



Praktiker aus Politik und Wirtschaft aus Ungarn, Kroatien und Serbien sowie aus Frankreich, Belgien, Luxemburg und Deutschland beigetragen.

Obwohl die ersten grenzüberschreitenden Erfahrungen bereits auf die späten 1950er Jahre zurückgehen, erreichte die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa erst in den 1990er Jahren ihren vorläufigen Höhepunkt. Im Zuge des Integrationsprozesses, das heißt der Errichtung des Gemeinsamen Marktes, wies die Europäische Kommission den grenzüberschreitenden Gebieten die Rolle von „Laboratorien der europäischen Integration“ zu.

Die Reform der Kohäsionspolitik im Jahr 1988, die Einführung der Gemeinschaftsinitiative INTERREG im Jahr 1990 sowie der Vertrag von Maastricht im Jahr 1993 (mit der Schaffung des Ausschusses der Regionen – AdR) trugen gemeinsam dazu bei, die „regionale Frage“ auf die europäische politische Tagesordnung zu setzen. Die Rolle der subnationalen Gebietskörperschaften wurde somit zu einem relevanten Element in der Politikgestaltung der EU.

Die Interreg-Programme sind ein einzigartiges Instrument der Kohäsionspolitik, mit dem Herausforde-

rungen in einem grenzüberschreitenden, länderübergreifenden Kontext angegangen werden können. Trotz ihres relativ geringen Budgets spielen sie eine Schlüsselrolle bei der Stärkung der regionalen und städtischen Zusammenarbeit, der Entwicklung der Grenzregionen, der Vertrauensbildung und der Pflege gutnachbarschaftlicher Beziehungen.

Heinrich KREFT



NEUES AUS DER FORSCHUNG

Finance-Science-Community traf sich im Juni 2023 an der University of Westminster zum Austausch

Das Finance and Accounting Annual Research Symposium ist ein sehr wichtige Austauschmöglichkeit von Forscherinnen und Forschern aus den Disziplinen Finance und Accounting in Europa.

Die Tagung hat insb. dadurch ein weitgehendes Alleinstellungsmerkmal in der europäischen Konferenzlandschaft, weil die Tagung auch zahlreiche Forscherinnen und Forscher aus den USA in Europa jedes Jahr begrüßt und sich schon seit Jahren dadurch auszeichnet, dass bei den Koreferaten ein sehr hoher Qualitätsanspruch seitens der Organisatoren besteht, so dass die Vortragenden fast immer wertvolles Feedback auf Ihre Arbeit erhalten.

In diesem Jahr war der inhaltliche Schwerpunkt auf Arbeiten mit Diversität in den Disziplinen Finance and Accounting gelegt worden und insb. auf diesen Themenbereich wurde der diesjährige Call for Papers auch ausgerichtet. Es passte daher sehr gut, dass eines meiner neuesten Paper „The Relationship of Board Diversity and Stock Performance in Monistic and Dualistic Board Structures: Results from Germany and UK“, das ich als Corresponding Author gemeinsam mit Herrn Univ.-Prof. Dr. Andreas Oehler vom Lehrstuhl für Finanzwirtschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg verfasst hatte, auf der Suche nach wertvollen Input zur Optimierung gewesen ist. Inhaltlich haben wir uns darin mit der Frage auseinandergesetzt, ob verschiedene Diversitätsfaktoren (z. B. Alter, Geschlecht) in Führungsgremien von Unter-

nehmen einen Einfluss auf deren finanzwirtschaftliche Performance haben. Überdies ziehen wir einen Vergleich zwischen Kulturen mit einer monistischen Unternehmensverfassung (Board) wie in Großbritannien zu finden und der eher dualistischen Unternehmensverfassungskultur (Vorstand vs. Aufsichtsrat) in Deutschland. Dies stellte auch die konkrete Forschungslücke dar, die adressiert worden ist. Ich bin überdies in diesem größer angelegten Forschungsprojekt darin bestrebt mich mit internationalen Kolleginnen und Kollegen in einen Austausch zu begeben, um weitere Datenquellen für eine Internationalisierung dieses mir sehr am Herzen liegenden Projektes zu gewinnen. Das Feedback auf meinen Vortrag und unsere wissenschaftliche Arbeit war sehr gut und das Koreferat brachte insb. methodisch neue Perspektiven in unsere Arbeit mit ein.

Neben dem von mir behandelten Themenfeld innerhalb der Schnittmenge Finance und Diversität war erfreulicherweise auch ein starker Bezug von vorgestellten Arbeiten zu Karriereverläufen weiblicher Forscher und Angestellten in Finance ein Thema (z. B. „Women's career success in the financial services industry: Systematic literature review and future research directions“ oder „The Female Finance Penalty: Why are women less successful in academic finance than related fields?“). Auch klassische Finance-Themen wie Datenanalyse (z. B. An Anatomy of Crypto-Enabled Cybercrimes) oder Financial Reporting and Disclosure (z. B. Narrative Tone and Share Price Anticipation of Earnings) waren erheblich vertre-

ten. Auch das Thema Nachhaltigkeit und ESG hatte einen großen Stellenwert auf der Tagung eingenommen (z. B. „Pollution Abatement Investment under Financial Frictions and Policy Uncertainty“).

Für Mitglieder aus der Finance- und Accounting Science-Community sollte diese Tagung ein Pflichtprogramm im Konferenzjahr sein, da sie sich neben inhaltlich herovrrangenden Beiträgen auch sehr gut für den Austausch mit Forscherinnen und Forscher aus Europa sowie den USA eignet. Natürlich ist London und die University of Westminster als Tagungsort auch ideal. Die Tagung fand am Marylebone Campus der University of Westminster statt. Dieser liegt mitten in London und ist nur einen



Katzensprung von der Baker Street und einem der bekanntesten Detek-

tive der Literaturgeschichte entfernt.
Tim Alexander HERBERGER

Offizieller Start für das "Changing Orders Research Programme"

Am 18. September 2023 wurde an der Andrássy Universität die Durchführungsvereinbarung des "Changing Orders Research Programme" feierlich unterzeichnet. Das Forschungsprojekt wird bis Ende 2028 im Rahmen des Zweiten Schweizer Beitrages durchgeführt.

Das Projekt "Changing Orders Research Programme", welches im akademischen Jahr 2023/2024 seinen Anfang nimmt, wird im Rahmen des [Zweiten Schweizer Beitrages/Second Swiss-Hungarian Cooperation Programme](#) durchgeführt. Als europaweit erste Partnerinstitution in der neuen Förderphase unterzeichnete die AUB eine Durchführungsvereinbarung mit dem im ungarischen Ministerpräsidentenamts angesiedelten National Coordination Unit (NCU) zu diesem Kooperationsprojekt, was den offiziellen Startschuss für die Verwirklichung bedeutete.

Der Projektvertrag selbst wurde bereits am 1. August 2023 zwischen der Schweiz, repräsentiert durch Botschafter Jean-François Paroz,



v.l.n.r.: Botschafter Jean-François Paroz, Dr. Gergő Korponai, Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, Áron Szakács

und dem ungarischen Ministerpräsidentenamts, vertreten durch Gergely Vartus, stv. Staatssekretär und Leiter des NCU, unterzeichnet. Botschafter Paroz war auch bei der Unterzeich-

nung der Durchführungsvereinbarung als Gast präsent.

Rektor Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger unterzeichnete für die AUB. Dr. Gergő Korponai, stellvertretender Lei-

ter des NCU, vertrat das Ministerpräsidentenamt. Das Széchenyi Programme Office, welches mit der operativen Unterstützung der Projekte des Swiss-Hungarian Cooperation Programme betraut ist, war durch seinen Geschäftsführer, Áron Szakács, vertreten, der die Vereinbarung gegenzeichnete. An der Veranstaltung nahmen noch Gäste vom Schweizer Koordinationsbüro in Budapest, vom Ministerium für Auswärtiges- und Außenhandel in Ungarn, vom Ministerpräsidentenamt, vom Széchenyi Office und von der AUB teil.

Aus den Projektmitteln, ca. 340 Millionen Forint, wird die Abhaltung wissenschaftlicher Konferenzen und Vorträge an der AUB, die Weiterentwicklung des Curriculums im Studiengang Internationale Beziehungen, jährliche Exkursionen in die Schweiz für MA-Studierende, Stipendien für MA- und PhD-Studierende sowie die Veröffentlichung von Konferenzbänden finanziert. All diese Tätigkeiten sollen in enger Zusammenarbeit mit schweizerischen Partnerinstitutionen durchgeführt werden. Die in-

haltliche Basis aller geplanten Tätigkeiten wird das "Changing Orders" Forschungsprogramm darstellen, in dessen Rahmen unterschiedliche Aspekte des Wandels der aktuellen Weltordnung wissenschaftlich beleuchtet werden sollen.

Nach der Unterzeichnung der Vereinbarung lud die AUB zu einem Sekteneingang in ihren Festsälen.

Júlia NÉMETH

SWISS-HUNGARIAN
Cooperation Programme



PERSONALIA

Personalia

Seit der letzten Ausgabe der Andrássy Nachrichten hat sich personell einiges getan an der AUB.

Am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft begrüßen wir den DAAD-Langzeitdozenten Dr. habil. Mariano Barbato.

In der Verwaltung durften wir im Herbst 2023 vier neue Kolleginnen begrüßen: In die Stabsstelle des Rektoratskollegiums kam Dr. Rita Schel-Szabó als Hauptreferentin für Gremien- und Rechtsangelegenheiten. Das Team für Marketing und Kommunikation ist seit Oktober mit Ani-

ta Katalin Fekete sowie Éva Kósa als Referentinnen vollständig besetzt.

In der Verwaltung kam Ágnes Hamburger Sapszoné als Studiengangsreferentin für Politikwissenschaft als Neuzugängerin an die AUB. Sie hat die Arbeit von Mónika Patarcsits übernommen, die in den Mutterschutz ging. Außer Frau Patarcsits verabschiedete sich im November auch Fanni Deák in der Stabsstelle des Rektoratskollegiums. Ihre Stelle als Hauptreferentin für Verwaltungskoordination übernahm Dóra Jankowski.

Wir wünschen allen, die die AUB verlassen haben, weiterhin alles Gute und freuen uns über alle neuen KollegInnen, die wir herzlich willkommen heißen.

Éva KÓSA

SONSTIGE NEUIGKEITEN

Trauer um László Sólyom

Die Andrássy Universität trauert um László Sólyom, der im Alter von 81 Jahren am 8. Oktober 2023 verstorben ist.

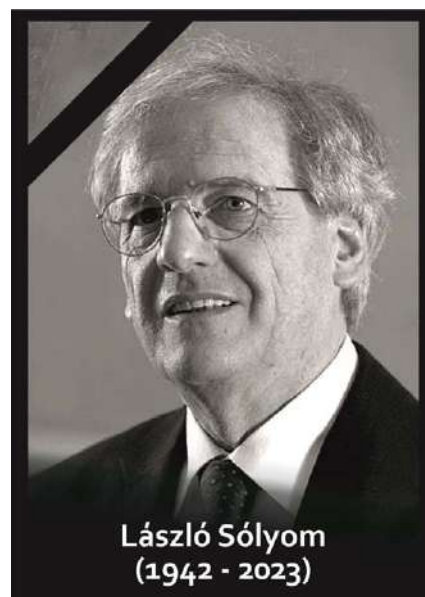
László Sólyom war zwischen 2005 und 2010 Staatspräsident von Ungarn. Zuvor war er der erste Präsident des ungarischen Verfassungsgerichts und hat als solcher einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung von Demokratie und Rechtsstaat in Ungarn geleistet. László Sólyom war ein bedeutender Rechtswissenschaftler, ordentliches Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften

und Universitätsprofessor. Ab 2002 hat er auch an der AUB unterrichtet und somit von Anfang an zum Erfolg unserer Universität beigetragen.

Zu seinen zahlreichen Auszeichnungen gehören unter anderem der Humboldt-Preis (1998), das Großkreuz des Verdienstordens der Republik Ungarn (1999), die Imre-Nagy-Medaille (2003), das Großkreuz des Verdienstordens der Republik Ungarn mit Kette (2005) und der ungarische Freiheitspreis (2013).

Die AUB wird László Sólyom stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Fanni DEÁK



AUB im Stadtbild – Entdecke, knipse, teile!

MaKo Citylight Kampagne

Die Straßen Budapests wurden im November und Dezember 2023 zur Bühne einer einzigartigen visuellen Aufführung, der Fotokampagne #citylightaub der Andrásy Universität Budapest. Unter dem Slogan „AUB im Stadtbild – Entdecke, knipse, teile!“ eröffnete die Kampagne eine einzigartige Möglichkeit, die dynamische Verbindung zwischen der Universität und der Stadt Budapest durch das Objektiv der Kamera zu erforschen und festzuhalten.

Die #citylightaub-Kampagne war eine fotografische Entdeckungsreise, die allen Teilnehmern die Möglichkeit bot, Budapest und die AUB aus einem individuellen Blickwinkel zu erforschen und zu dokumentieren. Im Mittelpunkt dieser

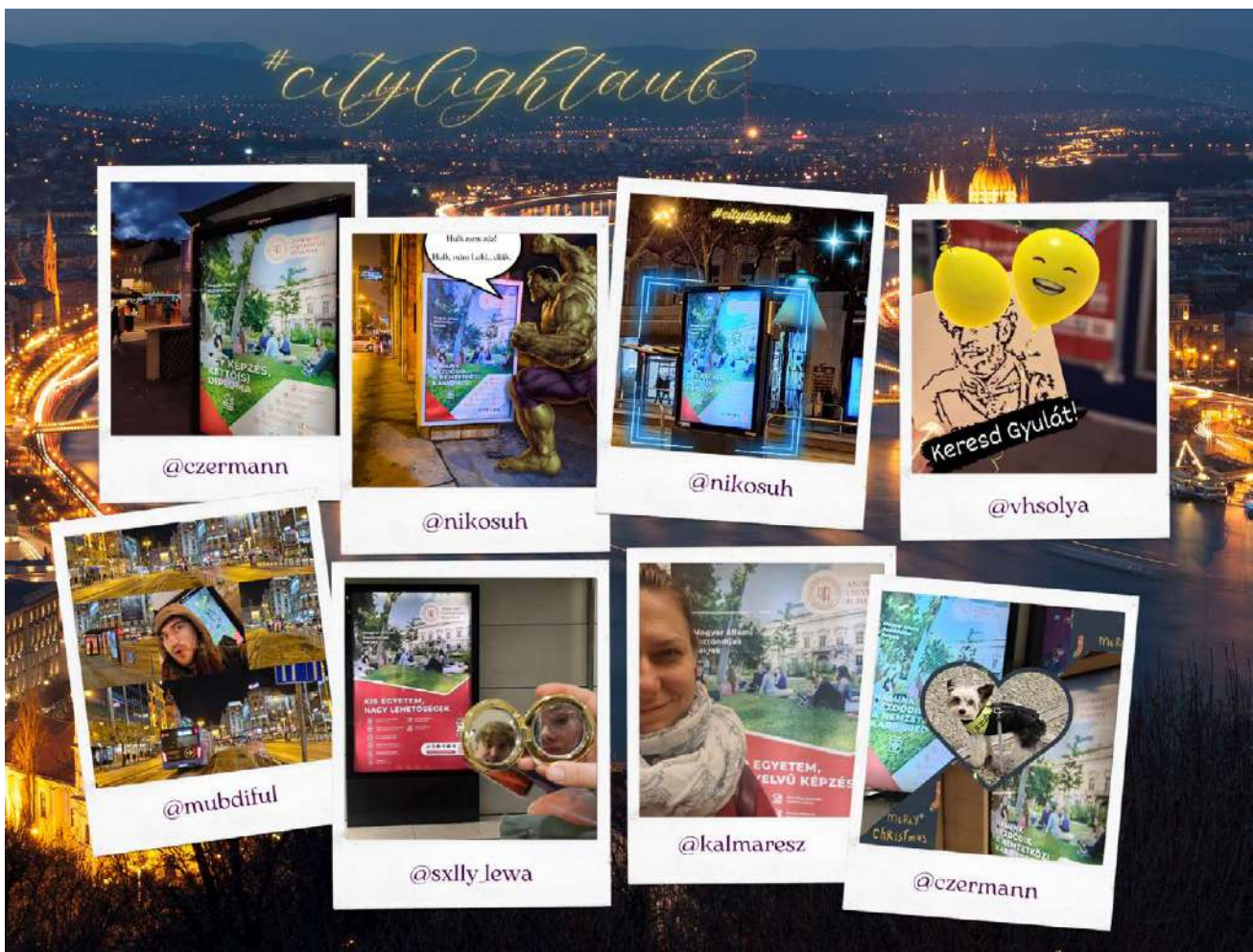
Kampagne standen die Werbeplakate der Universität, die an verschiedenen Orten wie Metrostationen, Haltestellen in Budapest zu finden waren. Die Plakate dienten nicht nur der Bekanntmachung der Universität, sondern auch als Schlüsselemente, um die Kreativität der TeilnehmerInnen anzuspornen.

Die Teilnahme an der #citylightaub-Fotokampagne, die auf Deutsch und Ungarisch verlief, stand allen offen: Studierenden, Alumni, Einwohnern und Besuchern der Stadt. Diese inklusive Ausrichtung der Kampagne ermöglichte es einer breiten Gemeinschaft, Teil dieses fotografischen Erlebnisses zu sein. Die Teilnahme erforderte lediglich ein Smartphone oder eine Kamera sowie einen Instagram-Account. TeilnehmerInnen der Kampagne waren aufgefordert,

ihre Fotos auf Instagram zu posten und dabei die Hashtags #citylightaub, #aub und #andrassyuni zu verwenden und zusätzlich der Standort des Plakats im Post zu markieren.

Jeder Beitrag, der im Rahmen dieser Kampagne geteilt wurde, fügte sich zu einem lebendigen Mosaik zusammen, das die Vielfalt und Kreativität der Stadt und der Menschen widerspiegelt. Die Kampagne war in vier Runden gegliedert, dies sorgte für eine fortlaufende Interaktion und hielt das Interesse der Teilnehmer hoch. Von herzlichen und humorvollen Momentaufnahmen bis hin zu tiefgründigen und nachdenklichen Perspektiven – die Posts zeigten die AUB und Budapest in all ihren Facetten.

Neben der Anerkennung und Sichtbarkeit auf Instagram bot die



Kampagne attraktive Preise für die aktivsten Teilnehmer. Darüber hinaus gab es Sonderpreise für Beiträge, die sich in Kategorien wie dem kreativsten, herzlichsten, lustigsten oder glänzendsten Beitrag und Selfie auszeichneten. Diese Preise förderten die Vielfalt in den Einreichungen und belohnten die individuelle Kreativität.

Wir möchten jedem Einzelnen, der an dieser Kampagne teilgenom-

men hat, herzlich danken. Die Beiträge haben nicht nur die ästhetische Landschaft von Instagram bereichert, sondern auch die Wahrnehmung und Wertschätzung der Andrássy Universität und ihrer Rolle in der Stadt Budapest gestärkt.

Mit dem Abschluss der Kampagne #citylightaub entstand ein eindrucksvolles Portfolio an Bildern, das die dynamische und vielseitige Natur Budapests sowie den Geist der

Andrássy Universität hervorhebt. Die Kampagne war nicht nur ein Wettbewerb, sondern auch eine Plattform für künstlerischen Ausdruck und Gemeinschaftsgefühl. Die faszinierenden Beiträge sind auf unserer Instagram-Seite zu finden:

[instagram.com/andrassy_uni](https://www.instagram.com/andrassy_uni)

Anita Katalin FEKETE

#citylightaub #andrassyuni #aub

Aktuelles um das Projekt AnDTies

2023 wurden im Rahmen des Projekts An-DTiES (RRF-2.1.2-21-2022-00016 neue Mobiltelefone, Laptops, Tablets sowie weitere technische Hilfsmittel angeschafft..

Darüber hinaus hat die Universität ebenfalls aus Projektmitteln digitale Bibliotheksdatenbanken abonniert (*Cambridge University Press (CUP) Journals – Full Collection; De Gruyter Journals – Social Sciences and Humanities Package; EBSCO – Academic Search Complete, Emerald – Business, Management & Strategy; JSTOR – Arts & Sciences IX, X, XI, Business & Economics, Essential Collection, Jewish Studies; Statista*), drei Schulungskurse fürs Lehr- und Forschungspersonal

zu den Themen „soziale Medien in der wissenschaftlichen Kommunikation“, „neue Methoden des wissenschaftlichen Publizierens“ und „die Digitalisierung der Hochschulbildung“ organisiert. Das Verwaltungspersonal erhielt Schulungen in Excel und Word.

Die Einführung eines neuen elektronische Bibliotheksverwaltungssystems wird derzeit mit Unterstützung der Auf-

bau- und Resilienzfazilität der Europäischen Union vorbereitet. Die AUB hat sich für das Bibliothekssystem KOHA entschieden, das vor allem im deutschsprachigen Raum weit verbreitet ist und eine hohe Servicequalität ermöglicht.

Iringó NEMES



VERANSTALTUNGEN IM WINTERSEMESTER 2023

UNIVERSITÄT, LEHRSTÜHLE, DOKTORSCHULE

20. Jahrestagung der German Law & Economics Association

Vom 6. bis 7. Juli 2023 fand die 20. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Recht und Ökonomik / German Law & Economics Association an der Andrásy Universität Budapest unter Organisation von Prof. Dr. Martina Eckardt und Prof. Dr. Stefan Okruch statt.

Über 30 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Deutschland, Ungarn, der Schweiz, Italien, Frankreich und den Niederlanden diskutierten an den beiden Tagen aktuelle Themen interdisziplinär aus juristischer und ökonomischer Perspektive. Themengebiete waren etwa die Digitalisierung und der Klimaschutz, aber auch Fragen der Besteuerung, der Haftung und gleichen Lohnes. Diese wurden in 12 Sitzungen unter reger Diskussionsbeteiligung aller Anwesenden erörtert. Ergänzt wurden die Fachvorträge durch zwei Keynote Lectures. Prof. Gary Hoover, PhD, Tulane University/USA, sprach zum Thema



"Ethical Violations in Professional Writing", während Prof. Dr. Bengt-Arne Wickström, AUB einen Vortrag zur Frage von Schutzrechten für Sprachen von Minderheiten hielt. Nach allge-

meiner Einschätzung war die Tagung, die nach 2016 bereits zum zweiten Mal an der AUB stattfand, wiederum ein voller Erfolg.

Martina ECKARDT

Auf den Spuren der deutschen und ungarischen Minderheiten

Wie sind die Deutschen in Rumänien gelandet? Warum gibt es dreisprachige Städtenamen? Was ist eigentlich eine Wehrkirche? – Um Antworten auf diese und weitere Fragen zu finden ging es diesen Sommer zur Regional Exkursion nach Rumänien.

Vom 27. August 2023 bis 2. September 2023 reiste eine Gruppe Studierender unter Leitung von Dr. Heinrich Kreft und der Assistenz von Tanissa Conradi, nach Rumänien um mehr über die deutschen und ungarischen Minder-

heiten im Land zu erfahren. Der Fokus der Reise lag darauf die besonderen historischen Hintergründe, sowie deren Auswirkungen auf die heutige Politik und das Leben der Minderheiten zu verstehen. Hierfür reiste die Gruppe von 18 Studieren-

den durch Siebenbürgen und das Gebiet der Banater Schwaben um sich mit VertreterInnen der deutschen Minderheit, PolitikerInnen, DiplomatInnen und weiteren spannenden GesprächspartnerInnen zu treffen und das Thema aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. Das von Herrn Krefz zusammengestellte Programm, mit Aufhalten in den Städten Temeswar, Karlsburg, Hermannstadt, Kronstadt, Klausenburg, sowie weiteren Zwischenstopps in Michelsburg, Heltau, Kerz, Wolkenstein und Schäßburg bot, eine optimale Möglichkeit auch die Region umfassend kennenzulernen.

Bei den Treffen mit den deutschen Konsulinnen Frau Lochner und Frau Jahn in Temeswar und Hermannstadt berichteten beide von den Aufgaben der Konsulate, Projekten und Herausforderungen Ihrer Arbeit. In den Gesprächen mit dem ungarischen Honorarkonsul in Temeswar und dem ungarischen Konsulat in Klausenburg wurde deutlich, dass die Regierung Ungarns sich verstärkt für die ungarische Minderheit in Rumänien einsetzt. Insbesondere nach 2011 nahmen viele Mitglieder der Minderheit ihr Recht in Anspruch zur rumänischen auch die ungarische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Obwohl die deutsche Minderheit auch von der Bundesregierung unterstützt wird, unterscheidet sich die Art der Förderung zwischen dem ungarischen und deutschen Staat. In Treffen mit PolitikerInnen wie beispielsweise dem deutschen Bürgermeister Dominic Fritz von Temeswar und der Bürgermeisterin Astrid Fodor (Hermannstadt), die der deutschen Minderheit angehört, wurde insbesondere die Multikulturalität der Region hervorgehoben und die Wichtigkeit kultureller Förderung betont.

Hervorzuheben sind weiterhin die Besuche der Demokratischen Foren der Deutschen in Rumänien in Hermannstadt, Kronstadt und Klausenburg, die gezeigt haben, dass die deutsche Minderheit mit spezifischen Herausforderungen konfrontiert, ist die eigene Identität, Kultur und das historische Erbe zu bewahren. Es wird aktiv daran gearbeitet nicht nur die deutsche Sprache, sondern auch kulturelle Bräuche, wie beispielsweise Tanz, zu erhalten. Mittels der Stadtführungen in den verschiedenen Städten sowie der Besuche in einigen Wehrkirchen und Kirchenburgen der Region gelang es, das historische Erbe der deutschen und ungarischen Minderheit und die Region besser kennenzulernen. Viele Einflüsse sind bis heute nachweisbar und prägen beispielsweise das Stadtbild. Die mehr als 800-jährige Geschichte der Siebenbürger Sachsen und ihrer Kirche wurde den Studierenden mit einem Besuch der Sonderausstellung im Begegnungszentrum Friedrich Teutsch (Hermannstadt) detailliert nähergebracht und trug verstärkt zum Verständnis der historischen Zusammenhänge bei. In Bezug auf die neuere Geschichte bot die Führung im Museum der Revolution in Temeswar, welches die Ereignisse der Revolution im Dezember 1989 in Rumänien darstellt, ebenfalls spannende Einblicke. Der Sturz des Ceausescu Regimes hatte große Auswirkungen auf die deutsche Minderheit der Banater Schwaben und der Siebenbürger Sachsen, die in der Folge in großer Zahl in den 1990er Jahren das Land verließen.

Obwohl die deutsche Minderheit in Rumänien schrumpft, ist insbesondere die deutsche Sprache noch



sehr beliebt in Rumänien. Dies liegt vor allem auch an den Investitionen deutscher Firmen in der Region begründet. Ein großes Problem für die deutschen Schulen stellt jedoch der LehrerInnenmangel dar. Darüber hinaus genießt die deutsche Minderheit jedoch weiterhin einen positiven Ruf in Rumänien.

Das Ziel der Reise die deutsche und ungarische Minderheit in Rumänien besser kennenzulernen, wurde durch das umfassende und vielfältige Programm erreicht. So wurde zum einen das historische Erbe der deutschen Minderheit, aber auch der ungarischen Minderheit, das bis heute bewahrt werden konnte, während der Reise deutlich. Zum anderen nahmen die Studierenden mit, wie wichtig der Schutz von Minderheiten, ihrer Sprache, Identität und Kultur ist und inwieweit Regionen durch diese Vielfalt profitieren. Die verschiedenen GesprächspartnerInnen boten hierbei die Möglichkeit, das Thema aus einer akademischen, historischen aber auch aktuellen gesellschaftlichen Perspektive zu beleuchten und so zum besseren Verständnis beizutragen. Ein großes Dankeschön gilt der finanziellen Förderung durch den DAAD und dem Auswärtigen Amt sowie Mónika Patarcsits, die nach dem Zusammenbruch unserer Busses von Budapest aus zunächst einen rumänischen und dann einen ungarischen Ersatzbus organisierte.

Tanissa CONRADI



Internationales Doktorandenseminar an der Jagiellonen Universität Krakau

Vom 21. bis 23. September 2023 fand an der Jagiellonen Universität in Krakau ein internationales Doktorandenseminar statt, an dem privat- und gesellschaftsrechtliche Lehrstühle von sieben Universitäten aus fünf verschiedenen Ländern teilnahmen.

Aus Deutschland nahmen die Lehrstühle von Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff (Universität Heidelberg) und Prof. Dr. Christoph Teichmann (Universität Würzburg), aus Österreich Univ.-Prof. Dr. Dr. h.c. Susanne Kalss (Wirtschaftsuniversität Wien) und Univ.-Prof. Dr. Ulrich Torggler (Universität Wien), aus der Schweiz Prof. Dr. Julia Nicolussi (Universität Zürich), von der Andrassy Universität Budapest Prof. Dr. Christian Schubel und aus Polen Prof. Dr. Krzysztof Oplustil (Universität Krakau), der auch das diesjährige Seminar organisiert hatte, teil.

Das Besondere an diesem Seminar, das in diesem Jahr zum vierten Mal stattfand, liegt darin, dass es in jedem zweiten Jahr – immer in einem anderen Land und an einer anderen der beteiligten Universitäten durchgeführt – Doktoranden und Doktorandinnen, die von den beteiligten Lehrstühlen vorgeschlagen werden, eine Gelegenheit bieten möchte, ihre Forschungskonzepte und -ergebnisse zu präsentieren und in den anschließenden Diskussionen wertvolle Erkenntnisse und Impulse für diese Forschung zu gewinnen. Darüber hinaus bietet das Seminar den Teilnehmerinnen und

Teilnehmern eine gute Gelegenheit, Kontakte zum wissenschaftlichen Nachwuchs ausländischer Universitäten zu knüpfen, was sich schon als hilfreich bei der Realisierung von Forschungsprojekten erwiesen hat. Eine erste Chance für ein Kennenlernen ergab sich bereits unmittelbar nach der Ankunft am Abend des 21. September bei einem gemeinsamen Abendessen in der freundlichen Atmosphäre eines Lokals in der Krakauer Altstadt.

Die beiden folgenden Tage standen im Zeichen der insgesamt 12 Referate von Doktoranden, Doktorandinnen und einer Habilitandin, die bis auf eine Ausnahme alle auf deutsch gehalten wurden. In inhaltlicher Hinsicht deckten die Vorträge ein breites Spektrum des Privat- und Gesellschaftsrechts ab. Die Themen reichten von Corporate-Governance-Regeln für Finanzinstitute bis hin zu gesellschaftsrechtlichen Fragestellungen wie die Auslegung der Vorschriften über die Zuständigkeit von Gesellschaftsorganen oder zum Gläubigerschutz bei Verschmelzung von Gesellschaften. Weitere interessante Referate behandelten u.a. konzernrechtliche Fragestellungen und aktuelle Themen wie die Nachhaltigkeitsaspekte von Unternehmen oder die Regeln der Business Judgement Rule. Die Andrassy Universität wurde hierbei vertreten von Christiane Kittner von der AUB-Doktorschule, die einen Vortrag zum Thema „Europarechtskonforme Wegzugsbesteuerung in Deutschland – de lege lata und de lege ferenda“ hielt. Sie informierte da-

bei über die deutschen steuerlichen Vorschriften für den Wegzug von Unternehmen und problematisierte diese vor dem Hintergrund der Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes. Außer Prof. Schubel und Christiane Kittner bestand das „Team Budapest“ aus Ildikó Ötvös und Dr. Leszek Dzuiba vom Lehrstuhl für Privat- und Wirtschaftsrecht, die bereits auf früheren Seminaren ihre Promotionsprojekte vorgestellt hatten, sowie aus Áron Damó-Csorba, der erst wenige Tage zuvor in die AUB-Doktorschule aufgenommen worden war.

Am zweiten Abend wurde das fachliche Programm des Seminars durch eine Stadtführung in Krakau, einschließlich des ehemaligen jüdischen Stadtviertels Kazimierz, ergänzt, gefolgt von einem festlichen Abendessen, bei dem die Teilnehmer die Diskussionen des Tages noch lange fortsetzen konnten. Am Ende des Seminars wurde dann bekannt gegeben, dass das nächste Seminar in zwei Jahren in Zürich stattfinden wird.

Ildikó ÖTVÖS



Nationale und internationale Energie- und Klimadiplomatie

Der Präsident und wissenschaftliche Geschäftsführer des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie Prof. Dr. Manfred Fishedick sprach über die Lückenschließung der großen Differenz zwischen den international vereinbarten Klimazielen und den tatsächlichen globalen wie nationalen Emissionsminderungen.

Dr. Heinrich Kreft, Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie II begrüßte am Donnerstag, 28. September 2023 den Präsidenten und wissenschaftliche Geschäftsführer des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie Prof. Dr. Manfred Fishedick in der Andrassy Universität.

Kreft hob in seiner Eröffnungsrede hervor, dass die Eindämmung der globalen Klimaerwärmung die größte Herausforderung der Menschheit sei. Hierzu seien nachhaltige Aktionen notwendig. Fischerdick stimmt ihm zu, dass die Eindämmung des globalen Klimas gegenwärtig die größte Herausforderung für die Menschheit sei. Dies erfordere nicht nur kurzfristige Reaktionen, sondern auch eine langfristige Verpflichtung zur Umsetzung nachhaltiger Maßnahmen. Er betonte, dass der Klimawandel nicht nur eine einzelne Herausforderung darstellt, sondern auch mit den 17 globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030, den sogenannten Sustainable Development Goals (SDGs), verknüpft ist. Diese Ziele richten sich an alle Akteure, Regierungen weltweit, Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Wissenschaft. Zudem wies er darauf hin, dass wir bereits an einem Punkt angelangt sind, an dem die Erde Schwierigkeiten hat, sich zu regenerieren. Der gegenwärtige Ressourcenverbrauch würde 1,75 Erden erfordern, um eine nachhaltige Regeneration zu ermöglichen. Bei Berücksichtigung des deutschen durchschnittlichen Verbrauchs wären sogar drei Erden notwendig. Dies unterstreicht die Dringlichkeit der Situation. Er verwies auch auf den jüngsten Bericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) vom August 2021 (AR 6), der die Notwendigkeit drastischer Maßnahmen eindringlich un-



terstreicht. Fischerdick machte darauf aufmerksam, dass ohne entschlossenes Handeln die mittlere globale Temperatur bis 2040 um 15 Grad steigen könnte, was den Zielen der Vereinten Nationen (UN) diametral entgegensteht. Zudem würde die Anzahl von extremen Wetterereignissen stark zunehmen, was langfristig eine ernsthafte Bedrohung für die Menschheit darstellt. Diese Bedrohungen manifestieren sich nicht nur auf physischer Ebene, beispielsweise durch anhaltenden Starkregen, sondern auch auf subtile Weise. Besonders Hitzewellen stellen eine Gefahr für ältere Menschen und Personen, die im Freien arbeiten, dar. Ein Meilenstein in den internationalen Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels war

die Klimakonferenz von Paris im Jahr 2015. Zum ersten Mal seit 25 Jahren wurde ein Vertrag verabschiedet, der die Verpflichtungen aller Länder im Bereich des Klimaschutzes festlegt. Das Hauptziel dieses Abkommens besteht darin, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad Celsius zu begrenzen.

Die Veranstaltung bot wertvolle Einblicke in die drängenden Herausforderungen des globalen Klimaschutzes und unterstrich die Dringlichkeit konkreter Maßnahmen. Sie verdeutlichte auch die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit und des Engagements aller Sektoren der Gesellschaft, um eine nachhaltige Zukunft zu gewährleisten.

Sally LEHMANN

Lange Nacht der Wissenschaften an der AUB

Nach einem Jahr Pause nahm die AUB am 29. September 2023 wieder an der europaweiten [Langen Nacht der Wissenschaften/European Researchers' Night](#) teil. Angeboten wurden Programme in den Bereichen Geschichte und Diplomatie.

Einmal im Jahr öffnen Universitäten, Forschungszentren, Museen und andere wissenschaftliche Einrichtungen ihre Pforten, um einem breiten Publikum Einblicke in die spannende Welt der Forschung zu geben. Den Rahmen dafür gibt die „Lange Nacht der Wissenschaften“, eine Initiative der Europäischen Kommission. Am diesjährigen Ereignis, das am 29. September stattfand, nahm auch die AUB teil. Mit den angebotenen Program-

men wurden nicht nur die Fachbereiche Geschichte und Diplomatie, sondern auch Deutsch als Sprache der Wissenschaft in Budapest repräsentiert.

Den Bereich Geschichtswissenschaft vertrat Dr. Orsolya Tamássy-Lénárt, Dozentin am Lehrstuhl für Kulturwissenschaften der AUB. Sie lud gleich zweimal in Folge zu einem Abendspaziergang durch das Magnatenviertel („Palotanegyed“) des 8. Bezirks von Budapest. Einmal auf Ungarisch und einmal auf Deutsch stellte sie bedeutende Gebäude in der Nachbarschaft der Universität vor, denn Geschichte kann man hier auf Schritt und Tritt erleben: Das alte Abgeordnetenhaus (heute Italienisches Institut), das Nationalmuseum, die Palais der Familien Almásy, Pálffy, Wenckheim, Gschwindt, Károlyi... und natürlich

Sarah Meißner:
Dr. Orsolya Tamássy-Lénárt
mit Interessenten vor der AUB



auch das Festetics-Palais, wo die AUB beheimatet ist. In der frühherbstlichen Abenddämmerung konnten sich die BesucherInnen in jene Zeit zurückversetzen, als die innere Josefstadt Wohnort der Aristokratie war. Beide Spaziergänge waren ausgebucht.

Parallel zum bewegten Programm im Freien nutzte Botschafter Dr. Heinrich Kreft, Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie II, den repräsentativen Andrassy Saal der Universität, um mit seinen Gästen über seinen Fachbereich, die Diplomatie zu sprechen. Seine GesprächspartnerInnen waren vier Alumni der AUB: Gréta Holczmann und Eszter Németh arbeiten

heute als Referentinnen für deutsche Angelegenheiten im ungarischen Ministerium für Auswärtiges und Außenhandel. Sarah Diehl und Benjamin Coester sind MitarbeiterInnen des Auswärtigen Amtes und schalteten sich aus Deutschland zum Gespräch dazu. In der Diskussion ging es nicht um theoretische Fragen des Fachs internationale Beziehungen, sondern um jene Menschen, die Diplomatie in der Praxis gestalten: die DiplomatInnen selbst. Die TeilnehmerInnen des Gesprächs erzählten über ihren Werdegang, stellten Ähnlichkeiten und Unterschiede im deutschen und im ungarischen diplomatischen Dienst

fest, und antworteten bereitwillig auf die Fragen aus dem Publikum.

Die Lange Nacht der Wissenschaften bietet landesweit viele spannende Programme, insbesondere in Budapest, wo so viele Forschungsstätten beheimatet sind. Umso mehr freuen wir uns, dass auch unsere Programme Anklang fanden und so gut besucht waren! Wir bedanken uns bei allen unseren Gästen fürs kommen und sind schon voller Ideen für nächstes Jahr.

Júlia NÉMETH



Widerstandsmomente – „Ich bin nicht auf die Welt gekommen, um wegzuschauen“

Awareness-Week 03.10–13.10.2023

Während der Awareness-Week, die darauf abzielt, die Universitätsgemeinschaft für aktuelle Themen zu sensibilisieren und ein Bewusstsein für gesellschaftskritische Fragestellungen zu schaffen, präsentierte der Lehrstuhl für Diplomatie in Kooperation mit dem Österreichischen Kulturforum auf Initiative von Dr. Kreft den Dokumentarfilm „Widerstandsmomente“ der Regisseurin Jo Schmeiser. Dieser Film ist ein Zeugnis von mutigen Frauen, die sich in Zeiten widriger Umstände dazu entschieden haben laut zu sein, um ihren Unmut über die allgegenwärtige Ungerechtigkeit, die ihnen angetan wurde und immer noch angetan wird, auszudrücken. Frau Schmeiser erzählt in diesem Dokumentarfilm ihre eigene Geschichte zusammen mit Geschichten anderer Frauen, die sich für eine solidarische und diskriminierungsfreie

Gesellschaft einsetzen. In rund 90 Minuten zeigt sie durch Erzählungen, Stimmen, Schriften und Objekte den Widerstand gegen das Naziregime in der Vergangenheit und verknüpft diese mit aktuellen rassistischen Erfahrungen. Das Zitat durchzieht den Film wie ein Leitmotiv und unterstreicht dabei die Vielschichtigkeit des Widerstandes als einen fortwährenden Prozess, der mit einem einzigen, entscheidenden Moment beginnt.

Die nachfolgende Diskussion eröffnete eine lebendige Debatte über die Merkmale des Widerstandsmoments, die Verantwortung, die Menschen tragen, deren weibliche Vorfahren sich dem Widerstand angeschlossen haben, sowie die Bedeutung künstlerischer Darstellungen, wenn sich Nachkommen mit diesem Thema auseinandersetzen.

Ramiza BAJRAMI

Das kulturelle Erbe der deutschen Minderheit in Transkarpatien

Identität, Sprache und Erinnerungen

Die deutsche Minderheit in der Ukraine hat eine tiefgehende und wechselhafte Geschichte. Die ukrainische Regisseurin Olena Dej präsentiert in zwei einführenden Reportagen anhand der Lebenswege zweier Karpatendeutscher den kulturellen Reichtum dieser Region.

Bisher zeigte sich die Geschichte der deutschen Minderheit in Transkarpatien als Nischenthema. In Zusammenarbeit mit dem Nationalen öffentlich-rechtlichen Fernsehen der Ukraine und der Initiative Karpatendeutsche Ukraine konzipierten das Forschungszentrum Deutsch in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (FZ DiMOS) und der Lehrstuhl für Kulturwissenschaften der Andrassy Universität Budapest daher diese Veranstaltung. Ziel war es, tiefere Einblicke in die kulturelle und linguistische Vielfalt der deutschen Minderheit in der Ukraine zu gewähren.

Einleitend wurden im Zuge der Veranstaltung „Sprache und Kultur der deutschen Minderheit in der Ukraine“ am Abend des 5. Oktobers 2023 zwei Reportagen von Dej präsentiert. [Die erste Reportage](#) porträtierte den Sprachwissenschaftler Prof. Dr. Georg Melika. Geboren im Elsass und in einer multilingualen Umgebung in Frankreich aufgewachsen, erlernte er zuerst Französisch, dann auch Deutsch. Sein Lebensweg führte ihn schließlich in die geschlossene Region Transkarpatien, wo er später Deutschlehrer wurde und sich intensiv mit dem Thema „Das Deutschtum Transkarpatiens“ auseinandersetzte. In seiner Arbeit analysierte er die Mundarten der deutschen und österreichischen Kolonisten in Transkarpatien und widmete sich der Erforschung der Lebenswelten der deutschen Minderheit, wobei er die Multikulturalität und Mehrsprachigkeit dieser Region in den Fokus rückte.

[Das zweite Interview](#) fokussierte Erwin Gerber, einen Landwirt, der im ukrainischen Dorf Pausching auf-



Dr. Orsolya Tamássy-Lénárt beim Vortrag

wuchs und von seinem mehrsprachigen Umfeld geprägt wurde. Er ist ein lebendiges Beispiel für die Erhaltung der deutschen Sprache in der Ukraine und betont die Wichtigkeit, die Verbindung zur Heimatsprache zu bewahren, auch in einer Zeit, in der viele auswandern. Seine Lebensgeschichte unterstreicht die Bedeutung der Resilienz und der Toleranz in einer sich verändernden Dorfgemeinschaft.

Im Anschluss an die Vorführung der Reportagen fand eine Podiumsdiskussion mit den Beteiligten Anton Bartschi, Olena Dej, Dr. Ákos Bitter und Dr. Orsolya Tamássy-Lénárt statt. Dabei wurde die Betrachtung des Deutschen als Sprachklammer und nicht mehr als Nationalsprache in der Region Mittel-, Ost- und Südosteuropa angesprochen.

Auch die Sehnsucht der deutschen Minderheit nach Kommunikation und Geschichtserzählung wurde diskutiert. Die Regisseurin und Journalistin, Frau Dej, hob hervor, dass die Minderheiten in den Medien repräsentiert sein sollten, und betonte die Vorbildfunktion der Transkarpatier in Europa.

Die deutsche Sprache als verbindendes Element bewahrt das Erbe einer Minderheit und inspiriert auch die jüngere Generation dieser kulturellen Gemeinschaft zur Suche nach Identität.

Die Diskussion bot eine tiefgründige Auseinandersetzung mit der vielschichtigen Geschichte und Tradition dieses kulturellen Kollektivs. Zudem verdeutlichten die Reportagen und der Dialog die Notwendigkeit, die Vielfalt und Geschichte der deutschen Minderheit in der Ukraine zu würdigen und zu verstehen.

Das Werk „Die Deutschen der Transkarpatien-Ukraine – Entstehung, Entwicklung ihrer Siedlungen und Lebensweise im multiethnischen Raum“ von Prof. Dr. Georg Melika wird demnächst auch in der Bibliothek der Andrassy Universität Budapest erhältlich sein.

Deborah Jael SPEINLE



Der Aufstieg Chinas als Herausforderung für die Welt

Interkulturelle Kollision als Ursache diplomatischer Fehleinschätzungen

Das Interesse an China ist mit dem Aufstieg des Landes in aller Welt gewachsen. Hierbei steht zumeist die Wirtschaft, die Politik und dort immer stärker die Sicherheitspolitik im Fokus. China ist aber eben auch eine alte, eine sehr alte Kulturnation und der Austausch zwischen Deutschland und China kein Phänomen der Neuzeit.

Dr. Jasmin Gong, Expertin für deutsch-chinesische Kulturbeziehungen sowie Ehefrau eines deutschen Diplomaten hielt aus dem südchinesischen Kanton einen faszinierenden online-Vortrag am 11. Oktober 2023 über die „Interkulturelle Kollision als Ursache diplomatischer Fehleinschätzungen in den deutsch-chinesischen Beziehungen am Beispiel der Kolonisierung Tsingtaos“

Deutschland und China haben sich über Jahrhunderte gegenseitig kulturell beeinflusst. So haben deutsche Missionare einen erheblichen Einfluss auf die chinesische Frühaufklärung gehabt. Die Ermordung zweier deutscher katholischer Missionare an Allerheiligen 1889, der sogenannte Juye-Vorfall (chinesisch: 曹州教案 oder 巨野教案, nahm das Deutsche Reich als Vorwand, die Konzession der Kiautschou-Bucht an der Südküste von Shandong zu beschlagnahmen. Die chinesische Bucht wurde von deutschen Truppen besetzt. Bereits ein Jahr später verpachtete die Qing-Dynastie dem Deutschen Reich die Bucht auf 99 Jahre. Der Vertrag wurde ähnlich gestaltet, wie der im gleichen Jahr geschlossene Vertrag mit Großbritannien, welches Hongkong erst 1997 wieder an China zurückgab. Im Anschluss daran bauten Angehörige des Deutschen Reiches einen Stützpunkt auf, der als „Musterkolonie“ Kiautschou Macht, Ansehen und Einfluss des Deutschen Reiches in Asien demonstrieren sollte. Es entstand in wenigen Jahren eine Stadt mit moderner Infrastruktur und lebhaftem Handel. Manche der damals gegründeten Unternehmen entwickelten sich bis in die Gegenwart zu großen Konzernen wie die Germania-Brauerei mit ihrem bis heute gebrauten und weltweit vertriebenen Tsingtau-Bier. Doch die Musterkolonie hatte auch ihre Schattenseiten, wie die damals in allen Kolonien übliche Rassentrennung.



Die deutsch-chinesischen Beziehungen in der späten Qing-Dynastie

Der wirtschaftliche Wert Qingdaos (Tsingtao) als Handelsstützpunkt und Hafen zog auch das japanische Interesse auf sich. Der Beginn des Ersten Weltkrieges in Europa war schließlich für Japan der willkommene Anlass, das deutsche Pachtgebiet Jiaozhou (Kiautschou) anzugreifen. Im November 1914 mussten sich die deutschen Verteidiger der japanischen Übermacht ergeben. Mit dem Verlust sämtlicher Kolonien durch den Versailler Vertrag kam 1918 auch das endgültige Ende der deutschen Herrschaft in Qingdao.

In Deutschland waren es J.W. von Goethe und G.W. Leibniz, die das Interesse an der chinesischen Kultur – „Licht aus dem Osten“ – förderten. Auf der anderen Seite waren es u.a. chinesische Diplomaten, die aus Deutschland – u.a. über den Preußisch-Französischen Krieg – und die europäische Kultur berichteten und das Interesse daran beförderten nach dem chinesischen Motto „Chinesisches Denken als Fundament – Nützliches vom Westen lernen.“ Daran hat sich bis heute wenig geändert – wie der Aufstieg Chinas zeigt, der inzwischen zu einer Herausforderung für die Welt geworden ist.

Heinrich KREFT

Die Welt von morgen

Globale Megatrends und ihre Bedeutung für die Zukunftsperspektiven der Wirtschaft

Die moderne globalisierte Welt ist geprägt von einer tiefgreifenden Vernetzung, die Kontinente z.B. durch Glasfasernetze, Gas- und Ölpipelines oder auch Handelsrouten miteinander

verbindet. Dr. Andrej Heinke, Vice President im Bereich Corporate Sector Research bei Bosch GmbH in Stuttgart, widmet sich der Erforschung globaler Entwicklungstrends

und sprach über die potenziellen Gefahren und Möglichkeiten, die aus diesen internationalen Dynamiken erwachsen.

Dr. Heinrich Kreft, Botschafter und Leiter des Lehrstuhls Diplomatie II, eröffnete am 17. Oktober 2023 den Vortrag mit dem Titel "Corporate Strategic Foresight: Globale wirtschaftliche Herausforderungen



Dr. Heinrich Krefl
und Dr. Andrej Heinke

und Chancen". In seiner einleitenden Ansprache wies er auf die Bedeutung globaler Entwicklungen der heutigen Zeit hin, die im aktuellen internationalen Diskurs vorherrschend sind.

Der Zukunftsforscher Heinke bot im Zuge der Veranstaltung einen Einblick in die Komplexität dieser globalen Megatrends und die Wechselwirkungen, welche die Zukunft der Wirtschaft und Politik maßgeblich beeinflussen werden. Globale Verflechtungen bergen ein Spannungsfeld aus Chancen und Risiken, weshalb eine umfassende Analyse und strategische Weitsicht unerlässlich sind. Heinke hat eine essenzielle Rolle innerhalb des Unternehmens und konzentriert sich darauf, über zukünftige Handlungsoptionen zu reflektieren. Dabei betont er die Notwendigkeit, den Blick zu weiten und „auf Vorrat zu denken“, um den Herausforderungen

gewachsen zu sein.

Im Rahmen des Vortrags wurden zunächst entscheidende Veränderungen in den globalen Wertschöpfungsketten beleuchtet. Über einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten zeigt sich ein bedenklicher Trend: Die USA verzeichnen einen Rückgang in ihrer Wertschöpfung, während China zunehmend an Bedeutung gewinnt. Diese Entwicklungen haben Konflikte hervorgebracht, die nicht nur die beteiligten Länder, sondern die gesamte Weltwirtschaft gefährden, wie Heinke betonte.

Ein besonderes Augenmerk legte er auf die Produktion von Batterien für Elektrofahrzeuge, die sich zu einem Schlüsselsektor in der heutigen Wirtschaft entwickelt hat. Großteils findet die Herstellung in asiatischen Ländern statt, darunter China, Südkorea und Japan. China hat Abhängigkeiten nicht

nur im Bereich der Batterieproduktion, sondern auch in der Solar- und Windkraftindustrie geschaffen. Das Land setzt auf die Gestaltung zukünftiger technologischer Standards und investiert massiv in diese Bereiche. Dies hat einen wettbewerbsintensiven Kampf ausgelöst und wird die Zukunft der globalen Wirtschaft maßgeblich beeinflussen. Heinke unterstrich, dass dieses Monopolrisiko auch in vielen anderen technologischen Bereichen, einschließlich der Herstellung fortschrittlicher Materialien, künstlicher Intelligenz und Energie- und Umwelttechnologien, präsent ist.

Ebenso spielt der Halbleitermarkt eine zentrale Rolle in der globalen Wirtschaft. Darüber hinaus diskutierte Heinke weitere Faktoren, wie die militärische Präsenz der USA und Chinas in Asien, die das internationale Kräfteverhältnis maßgeblich beeinflussen.

Energiesicherheit und die Abhängigkeit von Rohstoffen, insbesondere in Europa, wurden als zusätzliche Herausforderungen hervorgehoben. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Bedeutung der KI für die zukünftige Wirtschaft und den Herausforderungen, die sich aus dem Ukraine-Krieg ergeben.

Die von Heinke beschriebenen Entwicklungen spiegeln die Komplexität globaler Megatrends wider und unterstreichen die Bedeutung der Entwicklung von Zukunftsstrategien, um den sich verändernden Bedingungen in Wirtschaft und Politik effektiv begegnen zu können.

Deborah Jael SPEINLE

2. Europakonferenz „Europäische Perspektiven“

Unter dem Titel „Die EU auf dem Weg zu neuer Stärke?“ fand am 19. und 20. Oktober 2023 die zweite Europakonferenz in der Reihe „Europäische Perspektiven“ an der Andrassy Universität Budapest statt, die in Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung durchgeführt wurde. Eröffnet wurde die Veranstaltung am Abend des 19. Oktobers 2023 mit Grußworten von Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, dem Rektor der AUB, und Dr. Markus Ehm, dem Regionalleiter der Hanns-Seidel-Stiftung.

Es folgte die Keynote Speech des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Medien Nordrhein-Westfalens sowie Chef der

Staatskanzlei, Nathanael Liminski. Ausgehend von einer geschichtlichen Tour d’Horizon arbeitete er die wichtigsten Herausforderungen heraus, für deren Bewältigung die Europäische Union Antworten finden muss. Dabei hob er die enorme Relevanz der Zusammenarbeit, unter anderem von Deutschland und Ungarn, hervor. Liminski betonte, wie wichtig es sei, die EU handlungsfähig zu machen und Lösungen für diskutierte Themen zu finden. Dazu forderte er, die EU grundlegend zu reformieren, da deren Verfahren momentan noch zu langsam und zu umständlich seien.

Der zweite Tag der Konferenz wurde von Prof. Dr. Ellen Bos, Prorektorin für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs der Andrassy Universität Budapest, eröffnet.

Im Laufe dieses Tages wurden vier Panels durchgeführt:

Panel 1: Geopolitik – Europa als Spielball oder eigenständiger Akteur?

Dr. Tamás Matura zeigte in seinem Vortrag die Entwicklung des politischen Einflusses Chinas in Europa, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, auf. Nach Jahren der Expansion, so Matura, sei dieser aufgrund der jüngsten Krisen wie der Covid-19 Pandemie und dem russisch-ukrainischen-Krieg etc. zurückgegangen.

Dr. Sárka Cabadová Waisová gab einen Überblick über die Entwicklung der Außenpolitik Tschechiens. Dabei ging sie besonders auf die Beziehungen des Landes zu Russland und China ein. Sie betonte, dass die Beziehungen zu diesen beiden Ländern nicht unabhängig voneinander begriffen werden können. Sie hielt fest, dass sich Tschechien aufgrund der Annäherung Chinas zu Russland zunehmend von China distanzieren. Cabadová Waisová wies aber auch darauf hin, dass auch die Außenpolitik der USA in Tschechien zunehmend auf Unverständnis treffe, sodass sich auch diese Beziehung abschwäche.

Im letzten Vortrag dieses Panels analysierte Dr. habil. András Hettyey das Verhältnis Ungarns zur EU. Ausgehend von einigen Hypothesen machte er deutlich, dass sich die Strategie der EU in einem Umbruch befinde. Dies zeige sich darin, dass sicherheitspolitische Instrumente und das Streben nach mehr Machtpolitik anstelle von Menschenrechten in den Vordergrund rückten, was von Ungarn nur begrenzt mitgetragen werde, sodass es vermehrt zu Konflikten zwischen der EU und Ungarn komme.

Panel 2: Europäische Sicherheit zwischen GASP und NATO

Das zweite Panel eröffnete Dr. Thomas Mayr-Harting. Sein Vortrag behandelte die Auswirkungen des russischen Überfalls auf die Ukraine. Er wertete diesen als Weckruf für die Sicherheitspolitik der Europäischen Union. Er hob hervor, dass sich der Zusammenhalt der Mitgliedstaaten entgegen allen Befürchtungen als stabil erwiesen



Nathanael Liminski (Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei)

habe und die Union ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis stellte. Dies belegt nicht zuletzt die Aufrechterhaltung der Sanktionen gegen Russland.

Prof. Dr. Dr. hc. Herbert Küpper stellte sich in seinem Vortrag die Frage, wie der militärische Handlungsspielraum der EU im rechtlichen Sinne festgelegt und die Errichtung einer gemeinsamen Verteidigung im europäischen Raum juristisch umsetzbar sei. Dabei betrachtete er auch die Zusammenarbeit von EU und NATO. Er kam zu dem Ergebnis, dass die NATO als primäre Verteidigungsorganisation allein die europäischen Sicherheitsprobleme nicht lösen könne. Stattdessen seien bereits einige Instrumente im Gesetz vorhanden, die dem Europäischen Rat einen Handlungsspielraum gewähren, in Zukunft einen gemeinsamen Raum der militärischen Sicherheit einzurichten.

Prof. Dr. Margareta Mommsen beschäftigte sich mit dem Sicherheitsverständnis Russlands in der Ära Putin. Dabei zeigte sie, dass sich das Konzept der Sicherheit nicht allein aus „harten“ geopolitischen Faktoren, sondern auch aus ideologischen und traditionellen Einflüssen speist. Hauptziel der russischen Sicherheitspolitik sei nicht nur die bloße Abwehr militärischer Gefahren, sondern auch die Bewahrung der „geistig-moralischen“ Grundlagen der Nation. Mommsen hob hervor, dass es seit März 2021 einen Wandel in der russischen Sicherheitspolitik gegeben habe, der zunehmend mit der paranoiden Bedrohungsvorstellung verbunden sei, dass der Westen Russland vernichten wolle.

Panel 3: Krisen als Treiber der Integration

Prof. Dr. Michael Gehler zeigte anhand von zwölf verschiedenen Meilensteinen der europäischen Integrationspolitik zwischen 1950 und 2023 auf, dass Krisen durchaus genutzt werden können, um Handlungsspielräume zu erweitern und die Integration weiter voranzutreiben. Dr. habil. Mariano Barbato setzte sich in seinem Vortrag mit der Krise der Politisierung auseinander. Diese Krise müsse im Zusammenspiel der Innen- und Außenpolitik begriffen werden. In diesem Zusammenhang diskutierte er Möglichkeiten, wie diese Krise produktiv bewältigt werden könnte.

Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger stellte sich in seinem Vortrag die Frage, ob Integration durch Krisenbewältigung möglich sei, und warf dafür einen Blick auf die Nationalgeschichte der Schweiz. Er zeigte, wie verschiedene Entwicklungsblockaden und die damit verbundenen krisenhaften Erscheinungen Anreize für kreative Problemlösungen boten, welche ihrerseits halfen, die Integration weiter voranzutreiben. Diese Entwicklung gipfelte in der Schaffung des modernen Bundesstaats 1848. Pállinger verwies auf parallele Entwicklungsmuster der schweizerischen und europäischen Integrationsgeschichte.

Panel 4: Europäische Wertegrundlage – zwischen Erosion und Neufundierung

Prof. Dr. Detlef Sack ging in seinem Vortrag der Frage nach, ob die gegen-

wärtige Häufung der Krisen zu einer Erosion oder doch eher zu einer Neufindung der Demokratie in Europa führen würde. Er zeigte auf, dass sich das sogenannte Democratic Backsliding vor allem in der inkrementellen Erosion grundlegender individueller und politischer Rechte sowie der Machtverschiebung zur Exekutive manifestiere. Allerdings ließe sich dieser Prozess nicht einseitig als negativer Trend begreifen, da gleichzeitig auch demokratische Innovationen und Regierungswechsel vorkommen. Vielmehr sei ein interdependentes „Durchwursteln“ und eine Vertiefung der Integration in Krisen zu beobachten.

Ausgehend von der parallelen Dekonsolidierung der Demokratie in Ungarn und Serbien suchte Fanni Elek in ihrem Vortrag nach gemeinsamen Erklärungsmustern. In beiden Ländern ließen sich Klientelismus, State Capture und eine exklusive Identitätspolitik beobachten. Das Vorliegen dieser drei Elemente legt die Verwen-

dung des Konzepts des Cäsarismus nahe. Dabei lässt sich festhalten, dass eine solche Art der Politik nicht mit den Werten der EU kompatibel sei. Zum Ende ihres Vortrags stellte sie drei mögliche Szenarien bezüglich der Entwicklung dieses Zustands in den beiden Ländern vor.

Prof. Dr. Ellen Bos setzte sich in ihrem Vortrag mit der Frage auseinander, inwieweit die in Art. 2 EUV verankerten Werte EU noch eine gemeinsame Wertegrundlage der Mitgliedstaaten darstellen. Die Grundannahme, dass der EU-Beitritt ein dauerhaftes Bekenntnis zu den herrschenden EU-Werten darstelle, habe sich durch die Prozesse des Democratic Backsliding in mehreren Mitgliedstaaten als falsch erwiesen. Konkret lässt sich, so eine populäre These, eine Ost-West-Spaltung in der EU beobachten. Bos diskutierte mehrere Ansätze, um diese Spaltung zu erklären sowie empirische Befunde. Sie hob dabei hervor, dass empirische Untersuchungen zeigen würden, dass

in allen Mitgliedstaaten der EU die in Art. 2 EUV verankerten Werte grundsätzlich breite Unterstützung finden, dass es aber bei Themen wie Migration, Genderfragen, nationale Identität Trennlinien zwischen Ostmittel- und Westeuropa gebe.

In der abschließenden Diskussion wurden die Themen noch einmal vertieft und Handlungsoptionen für die Weiterentwicklung der europäischen Integration erörtert. Zum Schluss dankten die Organisatoren der Hanns-Seidel-Stiftung für die großzügige Unterstützung dieser Veranstaltung.

Pia POLLMEIER

Hanns
Seidel
Stiftung



Carl Lutz-Vortrag: 1000+ Lösungen für unsere Zukunft



Dr. Bertrand Piccard

Am 2. November 2023 hielt Dr. Bertrand Piccard, Abenteurer, Erfinder und Vorsitzender der Solar Impulse Stiftung, einen inspirierenden Vortrag an der AUB.

Piccard flog 1999 als erster Mensch nonstop in einem Heissluftballon um die Erde. Von März 2015 bis Juli 2016 umrundete er auch mit einem Solarflugzeug in mehreren Etappen die Welt.

In seinem Vortrag betonte Piccard, dass es 1000 kleiner Lösungen bedarf, um Fortschritte in Richtung einer nachhaltigen Lebensweise zu erzielen, 2-3 Lösungen würden nicht den gewünschten Wandel bringen. Um die Welt verändern zu können, müsse man sich von alten Gewohnheiten, Dogmen und Überzeugungen in der Wirtschaft verabschieden. Das derzeitige System der Maximierung von Produktion und Konsum sei nicht mehr nachhaltig und bringe uns nicht weiter. In Zukunft sollten wir uns mehr auf Qualität und Effizienz als auf Quantität konzentrieren. Das größte Problem sei, dass wir zu viel Energie, Lebensmittel usw. verschwenden. Dies müsse sich unbedingt ändern, so Piccard. Auch wenn es sehr kostenintensiv sei, neue Lösungen, Ideen und Systeme zu entwickeln,

müsse man das für unsere Zukunft auf jeden Fall in Kauf nehmen und wenn man in diese 1000 kleinen Lösungen investiere, würden sie die Entwicklung in eine positive Richtung vorantreiben. Diese Veränderungen würden auch neue Möglichkeiten und Arbeitsplätze schaffen.

Um die Verbreitung dieser nachhaltigen Lösungen voranzutreiben,

betreibt er mit seiner [Solarimpulse Foundation](#) eine öffentlich zugängliche Datenbank (1000+ Lösungen für ein qualitatives Wachstum).

Am Ende seines Vortrags hatten die Zuschauer noch die Möglichkeit Fragen zu stellen, die Piccard ausführlich beantwortet hat.

Die Veranstaltung fand als Teil der Reihe der Carl Lutz-Vorträge im Rah-

men des Projekts "[Changing Orders Research Programme](#)" des II. Swiss-Hungarian Cooperation Programme statt. Der Vortrag wurde mit freundlicher Unterstützung der schweizerischen Botschaft verwirklicht.

Dóra JANKOWSKI

SWISS-HUNGARIAN
Cooperation Programme



AUB goes Brüssel

Brüssel Exkursion "Discover Europe" 08.11.-11.11.2023

Die diesjährige Brüssel Exkursion stand unter dem Titel „Discover Europe“ und bot den Studierenden Einblicke in die EU- Institutionen und NATO; Herausforderungen der europäischen Politik und aktuelle Debatten.

Am frühen Morgen des 8. Novembers ging es für eine Gruppe Studierender unter Leitung von Dr. Heinrich Kreft, Leiter des Lehrstuhls Diplomatie II, nach Brüssel, in das Herz der Europäischen Union. Als inhaltlichen Einstieg in die Exkursion sprach Dr. Ostry, Leiter des Europabüros der Konrad-Adenauer-Stiftung über die gegenwärtigen Herausforderungen der EU, Handlungspotentiale und die Arbeit der Stiftung. Ohne die Unterstützung der KAS wäre diese Exkursion nicht möglich gewesen.

Um die Arbeit der EU-Institutionen besser kennenzulernen nahm die Gruppe an einer Plenardebatte des Europäischen Parlaments teil und sprach anschließend mit Michael Gahler (MdEP) über sicherheitspolitische Herausforderungen, seine Arbeit im Parlament und die EU-Erweiterungspolitik. Das Thema der Westbalkanerweiterung wurde ebenfalls mit Mitgliedern des Kabinetts

Olivér Várhelyis in der Kommission vertieft. Im Rat der Europäischen Union sprach Juri Aston über die Arbeit im Generalsekretariat und die außenpolitischen Herausforderungen der EU. Auch die aktuellen sicherheitspolitischen Themen wie die Rolle Chinas und der Angriffskrieg Russlands wurden bei den Besuchen im NATO-Hauptquartier und beim Europäischen Auswärtigen Dienst diskutiert. Hierbei wurde deutlich, dass insbesondere Russland eine Herausforderung für die weiteren Generationen bleiben wird und wie wichtig die Handlungsfähigkeit der NATO aber auch der EU ist.

Bei den Besuchen der ständigen Vertretung Deutschlands, sowie Nordrhein-Westfalens wurde unter anderem die Unterrepräsentanz deutscher Staatsangehöriger in den europäischen Institutionen und die verschiedenen Elemente der Mitsprache in der EU thematisiert. Die Europawahlen 2024 standen sowohl anlässlich der Diskussion beim Besuch im Wilfried Martens Center mit dem Gastgeber Peter Hefele als auch beim Gespräch mit Klaus Welle, dem ehemaligen GS des EP, im Zentrum. Insbesondere die Themen der Migration, Rechtsruck in Europa und Präsenz der EU in den Mitgliedsstaaten wurden

Gruppenfoto im NATO-Hauptquartier





Gespräch mit Juri Aston
beim Rat der Europäischen Union



Gespräch mit Dr. Wojcik
über die Arbeit und Aufgaben
der Landesvertretung NRW

hier diskutiert. Das Programm der Exkursion wurde durch ein Gespräch mit FAZ Korrespondent Dr. Thomas Gutschker und einem Vortrag von EP-Präsidentin Roberta Metsola abgerundet. Ein besonderes Highlight war weiterhin die Teilnahme an einem Vortrag der ungarischen Präsidentin Katalin Novák, die über die Herausforderungen des demografischen Wandels sprach und auf die Vorreiterrolle Ungarns in diesem Kontext hinwies.

Den Abschluss des offiziellen Programms bildete ein Besuch im Haus der Europäischen Geschichte, bei dem die Studierenden eine Zeitreise von den Ursprüngen Europas über die beiden Weltkriege bis zur Entwicklung und Erweiterung der Europäischen Union, machten. Hierbei konnte der vielfältige Input der verschiedenen Programmpunkte verarbeitet werden und es wurde deutlich, dass Europa bereits viele verschiedene Phasen durchlaufen hat um am heutigen Punkt anzukommen. Die Exkursion bot spannende Einblicke in die vielfältigen Themen und Berufsfelder die in Brüssel zu finden sind und hob die Wichtigkeit hervor sich für ein geeintes und friedliches Europa einzusetzen. Ebenso wurde deutlich wie stark der Einfluss der EU auf unser tägliches Leben ist, aber auch dass die EU vor einer Vielzahl an Herausforderungen steht. Um die EU weiterzuentwickeln und beispielsweise die Handlungsfähigkeit zu verbessern und vor einem Rechtsruck zu schützen, bedarf es den Einsatz jedes Einzelnen.

Tanissa CONRADI



Kaffeepause vor dem
Europäischen Parlament

Filmabend: „Die Unbeugsamen“

„Politik ist eine viel zu ernste Sache, um sie allein den Männern zu überlassen“ Dieser berühmte Ausspruch von Käthe Strobel aus dem Jahr 1959 war für viele Frauen ein Grund in die Politik zu gehen. So auch für die Frauen in dem Dokumentarfilm ‘Die Unbeugsamen’.

Am 15. November wurde im Spiegelsaal der Andrássy Universität Budapest (AUB), unterstützt durch die Hanns-Seidel-Stiftung, ein ganz besonderer Film gezeigt: ‘Die Unbeugsamen’ ist eine Hommage an all jene Frauen der Bonner Republik, die sich trotz aller gesellschaftlichen Widerständen der Nachkriegszeit einen Platz in den politischen Reihen Westdeutschlands erkämpften. Der Regisseur und Journalist Torsten Körner lässt dafür jene Pionierinnen sprechen, die Sexismus, Belästigung und Diskriminierung in Kauf nahmen, um deutsche Politik aktiv mitzugestalten. Eine der porträtierten Politikerinnen, Frau Professor Ursula Männle, Staatsministerin a.D. und ehemalige Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, führte in den Film ein und stand den ZuschauerInnen im Anschluss für die sehr lebhaft Diskussions zu Verfügung. Initiiert und moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Heinrich Kreft, Inhaber des Lehrstuhls für Diplomatie II.

Der Vorsitzende der Studierendenschaft Marcus Jakobsch eröffnete die Veranstaltung, die auch Teil der Awareness-Week der Studierendenschaft war.

Frau Männle, schilderte wie dem Film zunächst ein Buch mit den gesammelten Biografien der Politikerinnen vorausging, das zu einem großen Verkaufsschlager wurde. Um an diesem Erfolg anzuknüpfen, entstand die Idee eines Kinofilms.

Der Film schafft es, eine Brücke zwischen damals und heute zu schlagen, indem er die Erinnerungen der Politikerinnen mit Archiv-Ausschnitten untermalt. Manches erscheint dem modernen Zuschauer absurd. So fragt ein Journalist zum Beispiel, ob man



Eine der porträtierten Politikerinnen, Frau Professor Ursula Männle, Staatsministerin a.D. und ehemalige Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung mit Dr. Heinrich Kreft

die erste gewählte Bundesministerin der Bonner Republik, Elisabeth Schwarzhaupt, als Minister oder doch eher als Ministerin anreden sollte. Andere Szenen wiederum rufen Empörung hervor – damals wie auch heute. So wurde die Abgeordnete Waltraud Schoppe nach ihrem eindringlichen Appell zur Unterlassung von Sexismus im Bundestag, höhnisch von Seiten der Männer ausgelacht.

In der auf den Film folgenden Diskussion wurde Frau Dr. Männle mehrmals für die Vorreiterrolle gedankt, die sie eingenommen hat. Es wird deutlich, dass insbesondere die Themen Empowerment und die partiübergreifende Zusammenarbeit von Frauen zur Zeit der Bonner Republik das Publikum beschäftigten. Auf die kritische Frage, inwieweit sich konservative Politik mit Feminismus vereinen lässt, bestätigt Frau Dr. Männle, dass Frauen bei den Grünen es wahrscheinlich einfacher haben. Ein Blick auf die Geschichte zeigt, so Männle, dass es in der Union insbesondere ledige Frauen oder Witwen es schafften, sich politisch zu etablieren.

Auf die Frage, ob die Emanzipationsbewegung im Vergleich zu damals an Momentum verloren hat, merkt

Frau Männle an, sie habe das Gefühl, damals mussten Frauen mehr kämpfen. Auch der Wille, im Notfall das Amt niederzulegen, war damals stärker ausgeprägt – wie der im Film geschilderte Rücktritt und Parteiaustritt der FDP-Politikerin Ingrid Matthäus-Maier. Heutzutage sind Frauen einfach auch ernstzunehmende Konkurrenz für Männer, so Männle. Zum Thema Quoten äußert sich die Politikerin, dass sie lange dagegen gewesen wäre, aber ‘die Realität [im Politikbereich] hat sie vom absoluten Gegenteil überzeugt’. Sie sei absolut gegen ‘Gleichmacherei’, aber die Politik muss die Gesamtheit abbilden und dazu gehört eine bestmögliche Gleichstellung von Männern und Frauen.

Cara RÄKER, Nic SCHRÖDER

Exkursion nach Rom: Konferenz über Religion in China



Von rechts nach links:
Prof. Giovagnoli, Frau Schmitt,
Dr. Krefzt, Dr. habil. Barbato

Die Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Volksrepublik China blicken auf eine lange Geschichte zurück mit schmerzhaften Erfahrungen für die Gläubigen. Neue Versuche zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen werden skeptisch gesehen, können aber ein Aufbruch zu einem besseren Verhältnis sein.

Die Verfassung der Volksrepublik China (VRC) besagt, dass die Bürger „Glaubensfreiheit“ genießen, beschränkt den Schutz für die Religionsausübung jedoch auf „normale religiöse Aktivitäten“. Die Regierung erkennt fünf offizielle Religionen an: Buddhismus, Taoismus, Islam, Protestantismus und Katholizismus. Nur religiöse Gruppen, die einer der fünf staatlich anerkannten „patriotischen religiösen Vereinigungen“ angehören, die diese Religionen vertreten, können sich bei der Regierung registrieren lassen und offiziell Gottesdienste abhalten. Die Vorschriften verlangen von den Geistlichen, dass sie der Kommunistische Partei Chinas und dem Sozialismus die Treue schwören und sich „illegalen religiösen Aktivitäten und religiöser extremistischer Ideologie entgegenstellen sowie der Unterwanderung durch ausländische Kräfte unter Verwendung der Religion widerstehen“. Von Religionsfreiheit, wie wir sie verstehen, kann also keine Rede sein. Wie

sieht das religiöse Leben in der Praxis aus? Wie steht es um das Christentum in China und insbesondere um die katholische Kirche? Wie gestaltet der Heilige Stuhl seine Beziehungen zu China?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, lud die Hanns-Seidel-Stiftung Vatikan/Italien zusammen mit dem Zentrum für Diplomatie der Andrassy Universität am 27. November 2023 zur Konferenz „Religion in China“ ein. Im Rahmen des China-Seminars hatten sechs Studierende die Möglichkeit Herrn Dr. Krefzt, der diese Konferenz initiiert hatte, in die italienische Hauptstadt Rom zu begleiten. Nach der Eröffnung der Konferenz durch die Leiterin des Büros der Hanns-Seidel-Stiftung, Silke Schmitt und Herrn Dr. Krefzt wurde das Einführungsreferat von Pater Moritz Kuhlmann SJ, Doktorand der Sinologie an der Ludwig Maximilians Universität München und der chinesischen Renmin-Universität gehalten, der aus Peking zugeschaltet wurde. Er legte dar, dass es sich bei den Beziehungen zwischen dem Vatikan und der VR China nicht nur um eine Staat – Religion Beziehung handle, sondern vielmehr um die Beziehungen zwischen der VR China und der westlichen Zivilisation. In China werde die katholische Kirche stark mit der westlichen Kultur in Verbindung gebracht und damit in den Augen der KP als etwas tendenziell Negatives angesehen. Eine weitere Beobachtung von Kuhlmann ist die Inkulturation des Christentums, die derzeit de facto von der Kommunistischen Partei durch ihre Sinisierungs-Kampagne betrieben werde. Im Konflikt mit dem Heiligen Stuhl gehe es vornehmlich um das Recht der Bischofs-Ernennung. Der Eingangsvortrag wurde – ebenfalls virtuell aus Peking – von Professor Sicsi ergänzt, der seit 26 Jahren in China lebt und lehrt.

Im Folgenden legten verschiedene Referierende eine Bestandsaufnahme der protestantischen und katholischen Kirche in China dar. Zunächst zeigte Isabell Friemann, Beraterin am „East Asia Department and China Information Centre“ in Hamburg, auf, wie sich die katholische und auch protestantische Kirche in China entwickelt haben. Bereits in der Mitte des 19. Jahrhunderts begann die erste protestantische Mission in China. Kein Land habe so viele Missionsversuche erlebt wie China. Die protestantischen Gemeinden überlebten die Unterdrückung durch die chinesische Obrigkeit, weil sie kleine, verstreute Gruppen waren, die gemeinsam Gottesdienst feiern konnten, ohne zwingend einen Priester zu haben. Den Katholiken sei es verwehrt, eigene Bischof zu ernennen. Heute lebten in der Volksrepublik China offiziell 38 Millionen Christen. Allerdings wird vermutet, dass es um die 100 Millionen Christen gibt. Aus eigener Erfahrung in China konnte der nächste Referent Vincenzo Han Duo, Priester aus dem Funing-Mindong-Xiapu Bistum berichten. Er erzählte, dass die chinesische Gesellschaft nicht viel über das Christentum wisse und die Unterschiede zwischen Protestantismus und Katholizismus so gut wie nicht bekannt seien. Die katholische Kirche werde als etwas Geheimnisvolles angesehen.

hen. Insbesondere die sich nach Rom orientierende „Untergrundkirche“ werde stark eingeschränkt.

Im letzten Block erläutern Agostino Giovagnoli, Dozent an der Università Cattolica del Sacro Cuore, und der US-Amerikaner Matthew Santucci, Korrespondent beim Eternal World Television Network, die Beziehung zwischen dem Heiligen Stuhl und China. Giovagnoli stellt zunächst klar, dass es sich zwar um einen Konflikt über religiöse Themen handele, dieser aber komplett politisch aufgeladen sei. Insbesondere gehe es um die diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und Taiwan, die der Volksrepublik China ein Dorn im Auge sind. Bezüglich der Anerkennung von Bischöfen, die von der chinesischen Regierung ernannt werden, waren bisher alle Päpste auf einer Linie. Bereits

zu Zeiten von Papst Benedikt XVI. gab es 2009 einen Entwurf über die Anerkennung der staatlich ernannten chinesischen Bischöfe durch den Heiligen Stuhl. Beide Referenten sprachen das 2018 unterzeichnete vorläufige Abkommen zwischen dem Vatikan und China an. Das Abkommen sehe vor, dass Bischöfe sowohl vom Papst als auch von den chinesischen Behörden gemeinsam ernannt werden, wobei die letzte Entscheidung beim Papst liege. Vor diesem Abkommen hatte die Regierung in Peking die Bischöfe für katholische Bistümer bestimmt, während eine im Untergrund agierende, dem Vatikan treue Kirche ihre eigenen Bischöfe hatte, die von der kommunistischen Partei in den meisten Fällen nicht anerkannt wurden. Durch dieses Abkommen strebt der Heilige Stuhl an, die langjährige

Kluft zwischen der Untergrundkirche und der staatlich unterstützten offiziellen Kirche in Festlandchina zu verringern und langfristig das Glaubensleben der Katholiken in China zu erleichtern. Giovagnoli ist sich sicher, dass dieses Abkommen und seine Verlängerung die diplomatischen Beziehungen in eine neue Dimension bringen werden.

Nic SCHRÖDER



Vergabe von Teilnahmezertifikaten für TeilnehmerInnen von Workshops im Bereich der Praxis Diplomatie

Im Rahmen einer kleinen Feier überreichte Dr. Krefz zum Ende des Sommersemesters die Teilnahmezertifikate an die AUB-Studierenden, die an einem der drei vom Auswärtigen Amt finanzierten Workshops zur Praxis der

Diplomatie – Medientraining, Public Speaking in English und Vorbereitung auf den EU-Concours teilgenommen hatten. Mit über 70 Teilnehmern – darunter 20 Rechtsreferendaren aus Baden-Württemberg, Bayern, NRW und

Sachsen – war die Vorbereitung auf das Auswahlverfahren der EU wieder der populärste Workshop. Bei den anderen war allerdings auch die Teilnehmerzahl gedeckelt.

Besonders erfreulich ist, dass das Medientraining durch die Deutsche Welle Akademie im Wintersemester wieder in Präsenz stattfinden konnte.

Heinrich KREFT



Studierende mit ihren Zertifikaten und Dr. Krefz, dem Verantwortlichen der Workshops

Legal Operations and Tech-Assisted Legal Services

Am 30. November 2023 fand der vom Lehrstuhl für Zivil- und Wirtschaftsrecht veranstaltete Gastvortrag statt, in dem dargestellt wurde, wie die Effektivität und Effizienz juristischer Arbeitsabläufe durch Prozessmanagement und die Nutzung von „smart“ Technologien optimiert werden können.

Der Vortrag von Dr. Orsolya Szabó (InvestCEE Legal-Tech Consultancy) wurde auf Englisch unter dem Titel „Legal Operations and Tech-Assisted Legal Services“ gehalten. Da aber der Titel auf Deutsch nicht – oder besser gesagt nicht mit den entsprechenden deutschen Wörtern – so richtig übersetzt werden kann, scheint es begründet zu sein, den Betreff des Vortrages ein wenig zu erklären. Mit dem Begriff „Legal Operations“ bzw. „LegalOps“ sind Tätigkeiten und Prozesse gemeint, die das vielfältige Management einer Rechtsabteilung oder einer Anwaltskanzlei ausmachen und dafür eingesetzt werden, um die Qualität, Effektivität und Effizienz der juristischen Arbeit technologieunterstützt sicherzustellen und zu erhöhen. Unter „Tech-Assisted Legal Services“ sind moderne, auf IT-Technologien gestützten Rechtsdienstleistungen erfasst.

Der Vortrag suchte vor allem auf jene Frage Antwort, wie ein Rechtsteam oder eine Rechtsabteilung am besten Personal und Ressourcen so einsetzen kann, damit die Ziele der Organisation effektiv und effizient vorangetrieben werden, wobei aber das Unternehmen vor Risiken geschützt wird und auch die Qualität der erbrachten juristischen Leistungen gewährleistet werden kann.

In dem ersten Teil des Vortrags wurde eine in den Jahren 2018 bis 2020 durchgeführte internationale Befragung dargestellt, an der auch die Vortragende mitgewirkt hat. Die Umfrage sollte ermitteln, wie „digital reif“ die Befragten sind. Im Rahmen der Umfrage sind verschiedene Unternehmen über die Herausforderungen in ihren Arbeitsprozessen

befragt worden – konkret zu Themen wie das Management ihrer alltäglichen (juristischen) Arbeitsabläufe, die Zusammenarbeit mit dem Legal Team und den Externen, die Prozesse hinsichtlich der Datenanalyse, das Finanz- und das Wissensmanagement, der Einsatz von Technologie-Tools, schließlich die Kommunikation und die strategische Planung. Die Untersuchung befasste sich auch mit den Schwierigkeiten, die im Zusammenhang mit der Position der Rechtsdienste in der Unternehmenshierarchie auftreten. Im Lichte der Forschungsergebnisse gab die Referentin auch konkrete Empfehlungen für „best practices“ ab.

In einer weiteren Einheit wies die Referentin darauf hin, dass Personen, die „LegalOps“-Positionen wahrnehmen, nicht nur für die Leitung der juristischen Arbeit einer Firma verantwortlich sein könnten, sondern auch für die Leitung der Investitionen in juristische Technologien mit Schwerpunkt Optimierung der Arbeitsprozesse und die Integration digitaler Rechtslösungen in die Gesamtgeschäftsstrategie. Diese Anforderungen der Praxis würden auch zur Folge haben, dass neue Stellen entstünden. Als solche zu nennen sind etwa jene des Legal Solutions Engineer, dessen Aufgabe die Bereitstellung von Automatisierungslösungen sei, oder jene des Innovationsmanagers, der das Wissensmanagement, die Strategie und die Nutzung von Technologielösungen vorantreiben sollte.

Der zweite Teil des Vortrags konzentrierte sich dann auf Technologielösungen, die wesentlich zur Verbesserung und Erleichterung der Erbringung juristischer Dienstleistungen beitragen können – wie etwa das juristische Datenmanagement bzw. die Datenerfassung, die Automatisierung von Dokumenten oder das datengesteuerte Vertragsmanagement. Abschließend stellte die Referentin einige Fallstudien vor, an die sich eine lebhafte Diskussion auf der Grundlage von Fragen aus dem Publikum anschloss.

Adel VARGHA-BAUMGARTNER



Konferenz zu 50 Jahren diplomatischer Beziehungen – Neubeginn und Kontinuität

Mit einer internationalen Konferenz im Festetics-Palais würdigten die Nationale Verwaltungsuniversität (NKE), das Deutsch-Ungarische Jugendwerk und die Andrássy Universität Budapest am Montag 04. Dezember 2023 das 50. Jubiläum der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Ungarn und (West-) Deutschland.

Vor vollbesetzten Sitzreihen begrüßte Gergely Pröhle, der Kuratoriumsvorsitzende der Trägerstiftung der Andrássy-Universität, das Publikum und die Referenten im Spiegelsaal der deutschsprachigen Andrássy Universität Budapest. Der ehemalige Botschafter Ungarns in Berlin erinnerte an die Absicht, die hinter den von ihm angeregten Bänden über die ungarisch-deutschen diplomatischen Beziehungen („Chronik der Neuanfänge 1867–2001“ sowie „Neubeginn und Kontinuität, 2002“) stand, und verwies auf die Aktualität dieser Begriffe in Verbindung mit der Konferenz.

Hintergedanken des Élysée-Vertrags ins Gedächtnis rufen

Pröhle betonte in diesem Kontext, dass der vor sechzig Jahren zwischen Frankreich und Deutschland geschlossene Élysée-Vertrag im Grunde von nichts anderem, als von der Einsicht in die Notwendigkeit handelte, dass sich beide Seiten regelmäßig miteinander austauschen sollten. Nachdem die eigentlich im Dezember anstehende turnusmäßige Sitzung des Ungarisch-Deutschen Forums verschoben wurde, sollte man sich den Hintergedanken der französisch-deutschen Versöhnungspraxis ins Gedächtnis rufen – genau wie es die Organisatoren dieser Konferenz taten. Der Kuratoriumsvorsitzende unterstrich, dass es im Verlauf von eintausend Jahren im Verhältnis Deutschlands zu Ungarn zu jeder Zeit einen Dialog gab oder wenigstens Reflexionen auf die

Taten der jeweils anderen Seite. Das dürfe aus dem Instrumentarium der Diplomatie zwischen beiden Ländern auch heute nicht verloren gehen, selbst wenn gerade eine kühle Distanz in den politischen Beziehungen wahrzunehmen ist.

Einmalige Gelegenheit für die Minderheit

„Die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Bande dieser beiden Völker sind viel tiefer, als dass diese durch vorübergehende Perioden wie die heutige zerrissen werden könnten“, meinte der das Ministerpräsidentenamt leitende Minister Gergely Gulyás. Er erinnerte daran, dass Ungarn als Zielgebiet für deutsche Investoren seit mehr als drei Jahrzehnten unverändert Priorität genießt. Ein Viertel des ungarischen Außenhandelsvolumens wird auch heute in der Relation mit Deutschland realisiert. Kontaktabnahrungen erleichtert, dass in Ungarn – trotz der Vertreibungen nach dem Zweiten Weltkrieg – bis heute eine auch zahlenmäßig bedeutende deutsche nationale Minderheit lebt. Die Angehörigen dieser Minderheit haben die auch im internationalen Vergleich einmalige Gelegenheit, in Ungarn alle Schulen des Lebens vom Kindergartenalter an über die Mittel- und Hochschulen bis zur Erlangung des Dokortitels in ihrer Muttersprache zu durchlaufen und die entsprechenden Abschlüsse zu machen. Dafür schuf der unmittelbar nach der Wende zwischen Ministerpräsident József Antall und dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl unterzeichnete Freundschaftsvertrag die Rahmenbedingungen. Selbst wenn sich das Ungarn-Bild insbesondere auf dem Gebiet der Politik in den letzten Jahren etwas eingetrübt hat, sei dies zu einem nicht eben geringen Teil der Einflussnahme durch befangene Medien zuzuschreiben, meinte Gulyás, um sogleich hinzuzufügen, dass die Mehrheit der Deutschen laut Meinungsumfragen auch weiterhin große Sympathie für Ungarn zeigt. Deshalb sieht



Plakat der Konferenz



V.l.n.r.: Prof. Dr. István Mustó, Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, Dr. Erzsébet Knáb, Dr. Bence Bauer

Copyright: Képszerkesztőség

der Minister auch keinen Grund zur Beunruhigung: Das Aufrechterhalten des Dialogs und die positiven Beispiele aus vielen Jahrhunderten sollten helfen, diesen schwierigen Zeitabschnitt zu überwinden.

Jede Generation aufs Neue gefordert

„Deutsche und Ungarn sind Nachbarn ohne gemeinsame Grenze“, rief die frühere deutsche Staatsministerin Ursula Seiler-Albring ein geflügeltes Wort in Erinnerung. Die einstige Botschafterin der Bundesrepublik in Budapest hob in ihrem Vortrag jene positiven Eigenschaften hervor, die sich über die Jahrhunderte des friedlichen Zusammenlebens in das kollektive Gedächtnis der beiden Völker eingebrannt haben. Dann aber warnte sie, positive Bewertungen gingen auch mit Verantwortung einher. Denn jede Generation müsse sich aufs Neue dafür engagieren, damit Sympathiewerte, die sich aus übereinstimmenden Interessen und Zielen vergangener Jahre, aus ähnlichen Anschauungen oder Nostalgie speisen, auch in der Gegenwart und erst recht in der Zukunft eine Motivationskraft darstellen können. „Eine Sache aber darf es ganz sicher nicht zwischen zwei Nachbarn geben“, schlug sie den Bogen zu ihrer eingangs geäußerten Metapher, „nämlich den Dialog über unsere gemeinsamen Angelegenheiten zu beenden.“

Einheit Europas ist eine Notwendigkeit

Ungarns Botschafter in Berlin, Dr. Péter Györköv, zeichnete eine kurze Kulturtopographie der deutsch-ungarischen Beziehungen, um dann auf die neuralgischen Streitpunkte der Gegenwart einzugehen: Medienfreiheit, Demokratie, Politikbegrifflichkeiten (Liberalismus vs. Illiberalismus, Populismus, Rechtsstaatlichkeit). Ebenso erwähnte er in diesem Zusammenhang die zunehmend tiefere Widersprüche generierenden – ja geradezu antagonistische Züge annehmenden – Debatten über die Migrationspolitik. Der Diplomat zeigte sich überzeugt, dass sich die bestehende Situation bis zu den Europawahlen im kom-

menden Jahr weder in Ungarn noch in Deutschland entscheidend verändern wird (genauso wenig wie in anderen EU-Mitgliedstaaten), weshalb die politische Agenda erst in Kenntnis der Wahlergebnisse neu formuliert werden kann. Dieses zeitliche Zusammentreffen mit der Ratspräsidentenschaft, die Ungarn im zweiten Halbjahr 2024 übernimmt, verschaffe dieser eine riesige Bedeutung für das Land. Doch wie auch immer sich die Zukunft gestaltet, sollten jene, denen das Schicksal des alten Kontinents am Herzen liegt, nie die Worte Konrad Adenauers vergessen: „Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle.“

Zwingende Neupositionierung Europas

Deutschlands Botschafterin in Budapest, Julia Gross, thematisierte die gemeinsamen Aufgaben und die Probleme, die durch ein geschlossenes Auftreten gelöst werden können – davon gebe es in den deutsch-ungarischen Beziehungen zur Genüge. Neben den bilateralen Beziehungen sei auch die Rolle der Netzwerke und Bündnisse nicht zu unterschätzen, meinte Gross. Das gelte etwa für eine zwingende Neupositionierung Europas im russisch-ukrainischen Krieg oder im neuerlich aufflammenden Nahostkonflikt. Was die Prinzipien angehe, bestehen in der Politik der beiden Länder überwiegend Sympathien. Deshalb brachte die Botschafterin ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass in Zukunft neben dem unmittelbar an die öffentliche Meinung gewandten Politisieren oder besser noch an dessen Stelle wieder die Diplomatie den ihr traditionell gebührenden Rang bei der Vertiefung der Beziehungen zwischen den Nationen erlangen kann.

Rückblende in den Dezember 1973

Im historischen Block der Konferenz ging zunächst der Geschichtswissenschaftler und Diplomat Ádám Masát auf die Meilensteine der Jahrzehnte zwischen 1973 und 2023 aus ungarischer Sicht ein. Die von ihm in zehn Zeitabschnitte

unterteilten Ereignisse begannen nach seiner Sichtweise mit der Verkündung der Ostpolitik des Sozialdemokraten Willy Brandt und der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, was den Weg für Verhandlungen mit weiteren Staaten Mittelosteuropas freimachte. Ein greifbares Ergebnis war die Unterzeichnung einer Vorvereinbarung für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Ungarn und Deutschland am 13. Dezember 1973. Das Original exemplar dieses Protokolls zeigte dem Publikum dann bereits der Lehrstuhlleiter an der Andrássy Universität, Dr. Heinrich Kref. Begleitet von einem maschinengeschriebenen Bericht der ostdeutschen Staatssicherheit, den diese über das diplomatische Ereignis erstellt hatte. Die beiden Wissenschaftler leiteten aus ihren Vorträgen den Schluss ab, dass die Zusammenarbeit der beiden Länder ungeachtet der politischen Gegensätze noch immer enormes Potenzial bereithält, das unbedingt ausgeschöpft werden sollte.

Große Persönlichkeiten als Vorbilder

„Politik braucht Visionen“, zitierte István Hiller Worte von Bruno Kreisky, mit denen er die Diskussion im Panel „50 Jahre – Politische und wirtschaftliche Wechselwirkungen“ einleitete. Der Historiker und Politiker sinnierte über die geschichtsformende Rolle der Persönlichkeit, die angefangen mit den 1960er und 1970er Jahren infolge der revolutionären Einflussnahme durch die Massenmedien einem radikalen Wandel unterlag: Die Akteure des öffentlichen Lebens „zogen“ in den Alltag der Menschen ein, ihr Einfluss wuchs ins Unermessliche. Für die heutigen Generationen könnten die großen Persönlichkeiten jener Zeit als Vorbilder dienen, weil sie sich talentiert und engagiert für die von ihnen erträumten Visionen stark gemacht hatten. Man sollte sich den deutsch-ungarischen Beziehungen ebenfalls mit dieser Konsequenz und aus dem Kontext einer langfristigen strategischen Denkweise annähern, dabei jedoch alle positiven Erträge der bestehenden Verflechtungen bewahren, riet der ehemalige Bildungs- und Kulturminister.

Hintergründe der Diplomatie

Die Teilnehmer des Rundtischgesprächs am Vormittag behandelten zunächst Hintergründe der Diplomatie in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre. Der frühere Außenminister und EU-Kommissar Péter Balázs hob das spätestens seit 1987 vorhandene Streben der ungarischen Gesetzgebung hervor, in den heimischen Standards Kompatibilität zu den EU-Richtlinien zu erreichen. Der Bundestagsabgeordnete Knut Abraham erinnerte an die Tätigkeit, die Otto von Habsburg im Europäischen Parlament für „sein“ Ungarn entfaltete. Der frühere Geschäftsführer der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer, Jürgen Illing, und Moderator Gergely Pröhle rückten derweil die Persönlichkeit eines Otto Graf von Lambsdorff in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Der Graf verfolgte eine überaus bewusste Mitteleuropapolitik; seine Vorschläge zur Gestaltung des Wirtschaftslebens haben tiefe Spuren in den Prozessen hinterlassen, die Ungarn und andere Länder der Region zur Zeit der Systemwende prägten. Beim

Diskurs gesellschaftspolitischer Fragen wurde wiederholt in die Debatte eingeworfen, man sollte gut dreißig Jahre nach der Wende den Gedankengang wagen, wie sich die in der Euphorie der Wendezeit ersonnene Zukunft zur heutigen Lage in den betroffenen Ländern verhält, die unter dem Druck der Realitäten entstand. Das könnte helfen, die Auseinandersetzungen in den Foren der großen Politiker besser zu verstehen, meinte der Direktor des Nézöpont-Instituts, Ágoston Sámuel Mráz, um dann die Standpunkte der Anhänger von Subsidiarität und Zentralisierung, die Differenzen zwischen den Akteuren von Wirtschaft und Politik sowie die Geschichte des Aufstiegs der Populisten als Beispiele anzuführen.

Es ist an der Zeit, Europa mitzugestalten

Im Anschluss an das Mittagessen beantworteten die Leiter der die Konferenz auf die Beine stellenden ungarisch-deutschen Institutionen Fragen, die der Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, Bence Bauer, aufwarf. Erzsébet Knáb – die aus einer leitenden Position bei einem deutschen Unternehmen der Automobilindustrie zum Deutsch-Ungarischen Jugendwerk stieß – möchte die heranwachsende Generation darin unterstützen, sich ein verantwortungsbewusstes, lösungsorientiertes Denken anzueignen und in einer Welt voll von Missverständnissen und Fehlinterpretationen einen Konsens anzustreben. Der Rektor der Andrássy-Universität, Zoltán Tibor Pállinger, interpretierte die Worte „Europa gestalten“ auf dem neuen Logo der Institution. Demnach sei nun die Zeit für die Universität gekommen, die schon so viele Europa-Experten ausbilden konnte, dass ihre einstigen Studenten, ausgestattet mit den hier erworbenen Fähigkeiten und der Kultur dieser einzigartigen Hochschule, die Zukunft des Kontinents auch tatsächlich aktiv mitgestalten. Diesen Auftrag erteilte er seinen aktuell rund 200 Studenten aus 16 Ländern. Dem konnte István Mustó nur beipflichten. Der Ökonom, der einst den spanischen EU-Beitritt als deutscher Experte begleitete, hält es für machbar, eine politische Wende binnen zwei oder drei Jahren, eine wirtschaftliche Wende in fünf bis fünfzehn Jahren zu bewältigen. Die wichtigste Wende jedoch, bei der es um einen Mentalitätsbruch der Betroffenen geht, lasse sich nur über den Zeitraum von Generationen bewerkstelligen. Als krönender Abschluss der Konferenz wurde eine für das Jubiläum angefertigte Gedenkmünze vorgestellt, aufgelegt von der Ungarischen Nationalbank – das Edelmetall von 10 cm Durchmesser entwarf Zoltán Endrödy.

*Ferenc VASBÁNYAI,
aus dem Ungarischen übertragen
von Rainer ACKERMANN*

Der gleiche Artikel erschien auch in der Budapester Zeitung (9.Jg. Nr. 228) am 05.12.2023.



Die angespannte Sicherheitslage an der Ostflanke von EU und NATO seit dem russischen Krieg gegen die Ukraine

Perspektiven aus Ost- und Ostmitteleuropa



Central and Eastern Europe vis-à-vis Russia and Ukraine after the war – How to secure Europe's eastern flank?

Im Februar 2022 wurde die bisherige, auf Kooperation mit Russland ausgerichtete Sicherheitsarchitektur Europas nachhaltig zerstört, was insbesondere in Ostmitteleuropa Sorgen um die zukünftige Sicherheit schürt. Welchen Blick haben die betroffenen Staaten dieser Region auf die aktuelle und zukünftige regionale Sicherheit?

Zum Zeitpunkt der Konferenz liegt der russische Angriff auf die Ukraine schon fast zwei Jahre zurück und noch immer ist ein Ende des Krieges nicht abzusehen. Seitdem hat sich die Sicherheitslage in ganz Europa nachhaltig verändert, insbesondere in den ost- und ostmitteleuropäischen Staaten. Der konventionell geführte Krieg wird in der Nachbarschaft als eine ernste Bedrohung empfunden, aber auch der Informationskrieg Russlands oder die Blockade von Getreidelieferungen durch das Schwarze Meer verstärken das Gefühl der Unsicherheit in der Region. Um die Perzeption der Sicherheitslage in den Staaten der Region und die Sicher-

ung der Ostflanke von EU und NATO zu sichern, lud der Leiter des Lehrstuhls für Diplomatie und des Zentrums für Diplomatie und Sicherheitspolitik an der Andrászy-Universität, Dr. Heinrich Kreft, zusammen mit dem Brüsseler Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung Experten aus der gesamten Region zu einer Sicherheitskonferenz an die AUB ein.

Nach der Begrüßung durch Rektor Zoltán Tibor Pállinger und Tom Körner von der KAS führte Dr. Kreft mit einem Grundsatzreferat über die aktuelle Lage in die Thematik ein. Er führte aus, dass die NATO bereits seit 2014 auf die wachsende Bedrohung durch Russland durch eine Stärkung der Ostflanke der NATO, reagiert habe, die seit dem Februar 2022 noch deutlich ausgebaut worden sei. Die Entschlossenheit von EU und NATO, die von der russischen Führung in dieser Form nicht erwartet wurde, sind ein Zeichen der Hoffnung und der Akzeptanz der neuen Realitäten, mit denen sich der Westen konfrontiert sieht. Anschließend präsentierte Bruno Surdel, Analyst am Centre for International Relations in Warschau die

polnische Perspektive. Surdel verwies auf die enge Kooperation Polens mit den baltischen Staaten zur Stärkung der NATO-Präsenz, wie auch auf Herausforderungen des Ukrainekrieges im landwirtschaftlichen Bereich, die sich auf die Einfuhr ukrainischen Getreides in die EU beziehen. Es folgte mit Martin Svarovsky der tschechische Einblick mit einem Fokus auf das errichtete Sanktionsregime. Die Europäer hätten falsche Erwartungen diesbezüglich gehabt, da Russland in der Lage war, bisherige Importe überwiegend durch das Ankurbeln heimischer Produktion auszugleichen. Neben einer militärischen Dimension sprach sich Svarovsky für die Stärkung einer „civilian intelligence“ aus, die u.a. kulturelle und demographische Faktoren miteinbeziehe. Zudem verwies er auf die Notwendigkeit der heimischen Unterstützung, die westliche Politiker benötigten für eine anhaltende Unterstützung der Ukraine. Dr. András Hettzey von der NKE stellte die Sichtweise Ungarns dar, das bisher u.a. mit Kritik an der massiven Ukraineunterstützung hervorgetreten ist. Hettzey führte die Position Ungarns auf eine wachsende psychologische Entfremdung vom Westen zurück. Zugleich sei der ungarische Sonderweg auch damit zu erklären, dass Energieimporte aus Russland auch weiterhin für die ungarischen Haushalte notwendig sind. Dennoch wachse die Bedeutung des Landes für die NATO, auch durch bedeutende Kooperationen beispielsweise mit der deutschen Rüstungsindustrie. Ein möglicher Richtungswechsel in der Sicherheitspolitik steht auch der Slowakei bevor, dessen Positionen durch Orsolya Raczova dargestellt wurden, einer slowakischen Expertin für Geopolitik. Die Unwägbarkeiten der Slowakei werden bereits dadurch ersichtlich, dass im Jahr 2022 drei Regierungen an der Macht waren. Die heimische Parteienlandschaft duldet in der Vergangenheit durchaus prorussische Rhetorik, auch wenn die Außenpolitik stets pragmatisch ausgerichtet war, so Raczova. Spannende Einblicke gewährte sie auch in der Frage nach zukünftigen Szenarien für den Krieg: So seien unter anderem eine Ausdehnung über das Jahr 2025 hinaus denkbar, zudem könne die Ukraine Teil einer größeren, globalen sicherheitspolitischen Destabilisierung werden.

Einen tiefen Einblick in die historischen Verflechtungen des Baltikums mit Russland lieferte Indrek Kannik, der unter anderem 1994 estnischer Verteidigungsminister gewesen ist. Im Jahr 1941 wurden sowjetische Massaker in Estland verübt und zementierten die lange Feindschaft beider Völker, dennoch lebten 1991 40% Russen im Land. Kannik hielt einen möglichen Sturz der russischen Führung für wahrscheinlich, sollte die Ukraine in ihrem Kampf siegreich sein, doch die grundlegende Abwehrhaltung Russlands gegen den Westen sieht er als fortdauernd. Auch die lettische Diplomatin und ehemalige stellvertretende Generalsekretärin der NATO, Baiba Braže, befürchtet eine anhaltende Konfliktsituation mit Russland, von der auch Lettland massiv betroffen ist. Die Diplomatin plädierte dafür, dass die NATO dringend auch neue Formen hybrider Kriegsführung stärker in den Blick nimmt. Aufschlussreich waren zudem ihre Einblicke in die sich ändernden Geschlechterperspektiven auf

die NATO. Der einzige Nicht-Europäer der Konferenz, der US-Amerikaner Peter Rough vom Washingtoner Hudson Institut, war online zugeschaltet. Rough analysierte die Positionen und Zwänge der Republikanischen Partei sowie der USA als eine globale Führungsmacht, die insbesondere den Mittleren Osten und den Indopazifik im Blick haben müsse. Zugleich erkannte er aber auch ein wachsendes isolationistisches Lager im Land. Tendenzen, die sich je nach Wahlausgang im November 2024 durch eine innenpolitische Selbstbeschäftigung verschärfen könnten. Zurück in Europa, wurde mit dem ehemaligen rumänischen Brigadegeneral Eduard Simion der Fokus wieder auf das Militärische gelegt. Speziell das Schwarze Meer ist für Rumänien elementar, etwa für den freien Warenverkehr. Deswegen sprach sich Simion auch für eine kohärente Schwarzmeer-Strategie der NATO aus, die u.a. eine weitergehende Kooperation in geheimdienstlicher Zusammenarbeit mit Bulgarien vorsehen sollte. Passend anknüpfend daran wurde auch der bulgarische Blick auf die Geschehnisse durch den Parlamentarier Georg Georgiev präsentiert. Auch in Bulgarien hat die Regierung mit starken russischen Sympathien in Politik und Zivilgesellschaft zu kämpfen. Doch nostalgische Gefühle an die sowjetische Vergangenheit werden insbesondere durch eine junge, proeuropäische Jugend weitestgehend zurückgewiesen. Auch wenn es momentan berechtigte Fragen bezüglich eines zukünftigen Sicherheitsmodells für Europa gibt, sollten schon jetzt Pläne für die Zeit nach dem Krieg entworfen werden, so Georgiev. Als finalen Teilnehmer konnte Dr. Kreft Vladislav Kulminski begrüßen, der als Vertreter Moldaus ein kleines, aber zu oft vernachlässigtes Land in Sicherheitsfragen präsentierte. Moldau galt jahrhundertlang als Pufferstaat zwischen Großmächten. Erst seit 1991 hat das Land die Möglichkeit, eine eigene Außen- und Sicherheitspolitik zu gestalten. Auch geht Kulminski davon aus, dass Moldau nur aufgrund des bisher erfolgreichen Abwehrkampfes der Ukraine überhaupt noch souverän ist. Besonders sensibel ist der Status Transnistriens, das international zwar als moldauisches Territorium gilt, jedoch als russischer Brückenkopf zur Destabilisierung Moldaus dient, womit Moskau das kleine Land in der eigenen Einflussphäre halten will. Trotz der angespannten Lage äußerte sich Kulminski dennoch zuversichtlich, dass die Integrität Moldaus langfristig wiederherstellbar ist.

Insgesamt kann die Konferenz, an der u.a. mehrere in Budapest residierende Botschafter teilgenommen haben, aufgrund der unterschiedlichen nationalen Einblicke und der regen Diskussion mit den Studierenden und sonstigen Teilnehmern als großer Erfolg gelten.

Jannik RICKERT

„Die Erweiterung“ – Das europäische Einigungs- projekt als Literaturvorlage?

Lesung und Gespräch mit Dr. Robert Menasse

Auf Einladung von Botschafter Dr. Heinrich Krefl kam der bekannte österreichische Schriftsteller Robert Menasse zu einer Lesung und einem Gespräch am 06.12.2023 in die AUB.

Nach der Begrüßung durch Rektor Prof. Dr. Zoltán Pállinger und der stellv. Leiterin des Österreichischen Kulturforums, Renate Seib, las der Autor eingangs den Prolog aus seinem im vergangenen Jahr erschienen Roman „Die Erweiterung“ vor. Dieser spielt im Kunsthistorischen Museum Wien und in dem der Autor einige seiner Romanfiguren vorstellt, die im Museum den Helm des Skanderbeg in Augenschein nehmen. Der Prolog endet mit der einprägsamen Aussage: „Europa schließt in fünf Minuten.“

Soll Albanien in die Europäische Union aufgenommen werden? Diese Frage bildet das zentrale Thema dieses satirischen Romans. Der Träger des Europäischen Buchpreises stellt darin die inneren Konflikte Europas in den Mittelpunkt. Nachdem Menasse bereits 2017 für seinen ersten EU-Roman „Die Hauptstadt“ den Deutschen Buchpreis erhielt, geht er mit „Die Erweiterung“ noch einen Schritt weiter. Erneut steht Europa im Mittelpunkt, aber dieses Mal dreht sich nicht alles um Brüssel, sondern um die westlichen Balkanstaaten, vor allem Albanien.

In diesem zeitweise bitterbösen und dennoch kurzweiligen Werk versammeln sich Politiker und Beamte, Blutsbrüder und Liebespaare, um über das Schicksal Albaniens zu entscheiden. Dabei nimmt die Geschichte ungewöhnliche Wendungen, die von einem mysteriösen Helm mit gehörntem Ziegenkopf bis zu einem Kreuzfahrtschiff reichen, auf dem die EU-Prominenz im Mittelmeer herumirrt.

Dr. Krefl leitete sein Gespräch mit Robert Menasse damit ein, dass er

an die Schlussworte des vorgetragenen Prologs anknüpfte: „Ist es bereits fünf vor zwölf für Europa? Wie steht es derzeit um die europäische Integration?“ Menasse beklagte den seit Jahren anhaltenden Trend weg von der europäischen Gemeinschaft und zurück zum Nationalstaat, dabei könne dieser die anstehenden Probleme der Menschen gar nicht lösen und ihre Wünsche erfüllen. Die Folge sei eine Entfremdung von der Politik und eine Flucht in den Rechtsextremismus. Die Politiker betrieben kaum mehr als Symbolpolitik, so dass die Menschen das Gefühl haben in ihren Sorgen von ihren Regierungen nicht ernst genommen zu werden.

Auf die Frage Krefls, ob eine weitere Erweiterung der EU das Problem nicht noch weiter akzentuiere, erwiderte der Autor, dass der Balkan historisch zu Europa gehöre und auch schon immer ein Krisenherd gewesen sei. Diese nationalen und ethnischen Konflikte könnten aber in einem Europa, in dem die Grenzen verschwänden befriedet werden.

Menasse kam wiederholt auf den wachsenden Nationalismus in Österreich und anderen EU-Ländern zu sprechen und erklärte, dass dies vor allem daran liege, dass die EU zu intransparent sei und ihr Nutzen für den Bürger in dessen Alltag nicht zu erkennen sei.

Insgesamt war das Gespräch, in das schließlich auch das Publikum einbezogen wurde, ein aufschlussreicher Dialog über die Herausforderungen und Potenziale der EU-Erweiterung sowie die Rolle Europas in einer Zeit des erstarkenden Nationalismus.

Catrin LASCH, Helin BULUT

osztrák kulturális fórum^{bud}



Dr. Krefl im Gespräch mit Robert Menasse unter dem Porträtbild Graf Andrássys

IM FOKUS

Das Jahr 2024: 20 Jahre Osterweiterung und Europawahlen

Am 1. Mai 2004 traten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern der Europäischen Union bei. 2007 folgten Bulgarien und Rumänien. Mit dem Beitritt Kroatiens 2013 war die bisher größte Erweiterungsrunde der EU, die sogenannte Osterweiterung, abgeschlossen. Damit kann im Jahr 2024 zumindest die erste Gruppe der „neuen“ östlichen Mitgliedstaaten das 20-jährige Jubiläum des Beitritts feiern. Gleichzeitig finden zwischen dem 6. und 9. Juni 2024 auch die zehnten direkten Wahlen des Europäischen Parlaments statt. Glaubt man den Ergebnissen der Meinungsforschungsinstitute, ist allerdings wenige Monate vor dem Jubiläum und den Europawahlen keine festliche Stimmung zu spüren. Die Gemeinschaft steht vor großen Herausforderungen und der Vorrat an politischen Gemeinsamkeiten zwischen den Mitgliedstaaten hat stark abgenommen, was die Suche nach zukunftsweisenden Lösungen immer schwerer macht.

Ein Blick auf die letzten beiden Dekaden offenbart, dass sich die EU in dieser Zeit mit zahlreichen innen- und außenpolitischen Herausforderungen konfrontiert sah. Die Subprime-Krise in den USA von 2008 entwickelte sich zu einem veritablen ökonomischen Flächenbrand, der in der EU in der (griechischen) Schuldenkrise kulminierte. Ebenfalls im Jahr 2008 eskalierte der Konflikt zwischen Russland und Georgien um Südossetien zu einer kriegerischen Auseinandersetzung. Zwei Jahre später, machte der Arabische Frühling, der im Dezember 2010 begann, deutlich, dass sich Europa nicht von geopolitischen Ereignissen abkoppeln kann. Auch die völkerrechtswidrige Annexion der zur Ukraine gehörenden Krim durch Russland im Jahr 2014 führte die außenpolitische Exponiertheit der EU vor Augen. Dies gilt genauso für die insbesondere durch die Eskalation des Bürgerkrieges in Syrien ausgelöste enorme Fluchtbewegung Richtung Europa, die innerhalb der EU in den Jahren 2015/16 zu einer Flüchtlings- und Migrationskrise führte. Der Bürgerkrieg in Syrien war seinerseits eine Spätfolge des arabischen Frühlings.

Im Jahr 2016 kam es dann zu einem noch nie dagewesenen Ereignis

in der EU: zum ersten Mal entschied sich in Großbritannien die Bevölkerung eines Mitgliedstaats in einem Referendum für den Austritt aus der Union (Brexit). Damit war der langfristige Trend der stetigen Erweiterung der Union gebrochen. Im selben Jahr gewann Donald Trump die Präsidentschaftswahlen in den USA und erschütterte die Basis der bis dahin als selbstverständlich und solide angesehenen euro-atlantischen Beziehungen. Vor allen Dingen für die europäische Sicherheit bedeutete dies eine fundamentale Herausforderung. Trumps Amtszeit belastete das Verhältnis zwischen der EU und den USA und führte zu einer Debatte über die Notwendigkeit einer europäischen strategischen Autonomie. Diese Diskussion wurde weiter befeuert durch die Folgen der Ende 2019 ausgebrochenen Covid-19-Pandemie und den seit Februar 2022 geführten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Diese krisenhaften Entwicklungen führten zu Grenzschließungen, dem Zusammenbruch von Lieferketten und einer Krise der Energieversorgung mit drastisch steigenden Energiepreisen, welche wiederum die Inflation in der EU auf lange nicht gekannte Höhen trieben.

Generell sieht sich die Union mit einer sich verschärfenden machtpolitischen Auseinandersetzung zwischen den USA und China konfrontiert, die alt hergebrachte Strukturen der Weltpolitik zunehmend in Frage stellt. Gleichzeitig verschieben sich die Schwerpunkte der Globalisierung vom globalen Norden zusehends in den asiatischen Raum. Außerdem beschleunigt sich der wirtschaftliche Wandel aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung und des vermehrten Einsatzes Künstlicher Intelligenz. Schließlich erscheint selbst in den USA und in Europa die Demokratie nicht mehr so stabil wie noch vor wenigen Jahren. Diese Entwicklungen entfalten sich vor dem Hintergrund der immer akuter werdenden Klimakrise. Während die Probleme also stetig zunehmen, scheint die Lösungskapazität westlicher Demokratien und der EU nicht mehr mit den Herausforderungen Schritt halten zu können.

Die neuen Mitgliedstaaten mussten im Vorfeld ihres EU-Beitritts sowohl ihre Wirtschaft als auch ihre politischen Systeme reformieren, da stabile demokratische Institutionen und freie Marktwirtschaften Voraussetzung für die EU-Mitgliedschaft sind. Dank der notwendigen Reformen kam es zunächst zu einer Festigung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Allerdings ist nach dem Beitritt schnell deutlich geworden, dass das Bekenntnis zu den Werten von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit bei einem Teil der politischen Eliten keiner vertieften Überzeugung entsprach, sondern nur im Hinblick auf den Beitritt übernommen wurde. Bereits wenige Jahre nach dem Beitritt setzten in mehreren Mitgliedstaaten Erosionsprozesse von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein. Diese haben zu intensiven Konflikten innerhalb der Union geführt.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht konnten eindruckliche Fortschritte erzielt werden. Trotz ihrer geringen ökonomischen Größe wurden die neuen Mitgliedstaaten wichtige Handelspartner der EU 15 und insbesondere Deutschlands. Entgegen aller Anpassungsleistungen der Mittel- und Osteuropäischen Staaten sind die Einkommensunterschiede zur „alten“ EU aber immer noch signifikant, dies hat in breiten Kreisen zu einer gewissen Desillusionierung geführt, da nicht alle Hoffnungen auf eine schnelle Angleichung an das Wohlstandsniveau der alten Mitgliedstaaten, die mit dem Beitritt zur EU verbunden waren, erfüllt werden konnten. Dennoch ist laut Eurobarometer die große Mehrheit der EU-Bürger (72%) heute davon überzeugt, dass das eigene Land von der Mitgliedschaft in der EU profitiert. Dieser Wert ist seit dem Jahr 2010 kontinuierlich angestiegen. Darüber hinaus fühlen sich auch in den neuen Mitgliedstaaten mindestens 80% der Bevölkerungen als EU-Bürger, in Ungarn, Polen, Estland, Litauen und Slowenien sogar 90% oder mehr. Trotz aller enttäuschter Erwartungen und Kritik an der EU scheint die EU-Mitgliedschaft also dennoch von der Mehrheit als selbstverständlich angesehen zu werden und sich fest im Bewusstsein der Bürger in den neuen Mitgliedstaaten verankert zu haben. Dafür spricht auch, dass 70% der Bürger glauben, dass die Aktivitäten der EU Auswirkungen auf ihr tägliches Leben haben.

Auch wenn sich die EU-Bürger in den letzten Jahren mit einer Pandemie, einem Krieg in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, einer Energiekrise und hohen Inflationsraten konfrontiert sahen, blickt eine große Mehrheit von ihnen (60%) laut der aktuellen Eurobarometer-Umfrage optimistisch auf die Zukunft der EU. Dieser Wert ist zwar gegenüber der letzten Eurobarometer-Umfrage im Frühjahr 2023 um vier Prozentpunkte gesunken, aber nach wie vor sehen die Bürger mit Ausnahme von Frankreich in allen Mitgliedstaaten die Zukunft der EU mehrheitlich positiv. Dabei sind die jüngeren Generationen im Alter von 15 bis 39 Jahren deutlich optimistischer als die älteren.

Gleichzeitig blicken die Bürger der EU aber mehrheitlich pessimistisch

auf die weitere Entwicklung ihrer eigenen materiellen Verhältnisse. 73% gehen davon aus, dass sich ihr Lebensstandard im nächsten Jahr verschlechtern wird. 47% gaben an, bereits jetzt eine Verschlechterung zu spüren und ein gutes Drittel hat bereits Probleme gehabt, Rechnungen zu bezahlen. Auch mit der politischen Entwicklung in ihrem Land sind die EU-Bürger mehrheitlich unzufrieden. 60% der Befragten sind der Meinung, dass sich die Dinge in ihrem Land in die falsche Richtung bewegen. Gleichzeitig vertreten nur knapp die Hälfte der Befragten diese Einschätzung (48%) auch im Hinblick auf die EU, welche damit deutlich besser als die Nationalstaaten abschneidet.

Überdies wünschen sich 53% der Befragten eine wichtigere Rolle des Europäischen Parlaments. Diese Position wird in 21 der 27 Mitgliedstaaten von einer Mehrheit der Bürger geteilt. Dabei sind im Hinblick auf die zu bearbeitenden Politikbereiche mehr als ein Drittel der Bürger der Meinung, dass der Kampf gegen Armut und soziale Exklusion sowie das Gesundheitswesen die wichtigsten Aufgabefelder darstellen, die das Europäische Parlament in seiner Arbeit priorisieren sollte. Danach folgen Maßnahmen gegen den Klimawandel und die Unterstützung der Wirtschaft sowie die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Trotz der anhaltenden Diskussionen um die in Artikel 2 EUV verankerten europäischen Werte und die Krise der Rechtsstaatlichkeit wird Demokratie von den relativ meisten Bürgern als wichtigster vom EU-Parlament zu verteidigender Wert betrachtet (38%). An zweiter Stelle werden von den Bürgern die Verteidigung der Menschenrechte in der EU und weltweit sowie Rede- und Meinungsfreiheit genannt (27%). An dritter Stelle folgt die Rechtsstaatlichkeit (25%).

Vor diesem Hintergrund werden vom 6. bis zum 9. Juni 2024 die Bürger der EU zum zehnten Mal ihre Vertreter im Europäischen Parlament direkt wählen können. In der aktuellen Eurobarometer-Umfrage bekunden 57% der Bürger Interesse an den Europawahlen und 68% geben an, dass sie wahrscheinlich an den Wahlen teilnehmen werden. Das Interesse an den



Wahlen und die Wahlwahrscheinlichkeit sind damit um sechs bzw. neun Prozentpunkte höher als vor den letzten Europawahlen im Jahr 2019.

Angesichts des Erfolges rechtspopulistischer und rechtsradikaler Parteien in nationalen Wahlen und ihrem Aufschwung in aktuellen Meinungsumfragen stehen die Europawahlen ganz im Zeichen der Frage, ob es den etablierten Parteien der Mitte gelingen wird, ihre traditionelle Mehrheit zu verteidigen oder ob es auch im europäischen Parlament einen Rechtsruck und damit verbunden eine fundamentale Verschiebung der Kräfteverhältnisse geben wird. Eine solche Entwicklung hätte zur Folge, dass das bisher immer inte-



grationsfreundliche Parlament seine Rolle als Motor der Integration einbüßen könnte.

Zurzeit sind im Europäischen Parlament die dem rechten Spektrum zuzuordnenden Parteien überwiegend in zwei Fraktionen organisiert: der Fraktion Europäische Konservative und Reformer (EKR) und der Fraktion Identität und Demokratie (ID). Die EKR besteht aus 66 Abgeordneten von 20 Parteien aus 16 Mitgliedstaaten. Mit 24 Abgeordneten ist die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) dabei der zentrale Akteur. Die zweitgrößte Gruppe in der EKR bilden die neun Abgeordneten der italienischen Fratelli d'Italia. In der ID sind 62 Ab-

geordnete aus acht Mitgliedstaaten organisiert. Die stärkste Gruppierung bilden die 25 Abgeordneten der italienischen Lega, an zweiter Stelle folgen die 18 Abgeordneten des französischen Rassemblement National (RN), an dritter Stelle die jeweils neun Abgeordneten der Alternative für Deutschland (AfD) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Die zwölf Abgeordneten der ungarischen Fidesz sind nach ihrem Austritt aus der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) keiner der beiden Fraktionen beigetreten, allerdings stärken sie auch als fraktionslose Abgeordnete das rechte Lager. Insgesamt umfasst das rechte Lager im Europäischen Parlament zurzeit 139 von 705 Abgeordneten, was knapp einem Fünftel der Sitze entspricht.

Aktuelle Prognosen gehen davon aus, dass das rechte Lager aus den kommenden Europawahlen gestärkt hervorgehen wird. Die zurzeit in EKR und ID organisierten Parteien werden voraussichtlich jeweils zwischen 80 und 90 Mandate erringen. Das rechte Lager würde damit insgesamt auf etwa 180 Sitze kommen. Dies würde einem Anstieg von knapp einem Fünftel auf ein Viertel der Mandate des Europäischen Parlaments entsprechen. Für den künftigen Einfluss dieses Lagers wird es von großer Bedeutung sein, ob es den rechten Parteien gelingen wird, eine einheitliche Fraktion zu bilden. Insbesondere der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán hat in der Vergangenheit mehrfach erfolglose Anläufe in diese Richtung unternommen. Allerdings ist es alles andere als sicher, dass eine solche einheitliche Fraktion zustande kommen wird, sind doch die Positionen der Parteien in zahlreichen zentralen Fragen unvereinbar. In der Haltung zu Russland und dessen Angriffskrieg gegen die Ukraine verfolgen Fidesz, AfD, RN und FPÖ eine russlandfreundliche Politik, während PiS zu den härtesten Gegnern Putins zählt. Auch in der Migrationspolitik gibt es keinen Konsens. Während die Parteien aus den südlichen Mitgliedstaaten eine Verteilung von Flüchtlingen auf die anderen Mitgliedstaaten befürworten, wird dies von anderen Parteien wie z.B. Fidesz, PiS und AfD kategorisch abgelehnt.

In diesem Zusammenhang muss noch darauf hingewiesen werden, dass sich die Parteien auch im Ausmaß ihrer Radikalität unterscheiden. So vertreten tendenziell die Parteien der ID radikalere – zum Extremismus neigende – Positionen als die der EKR.

Zu erwarten ist, dass die EVP sowie die Sozialisten und Demokraten (S&D) bei den Wahlen im Juni ihren Mandatsanteil ungefähr halten können, demgegenüber werden für die Grünen und die Liberalen (Renew) deutliche Verluste prognostiziert. Danach würden die drei Fraktionen von EVP, S&D und Renew auf ungefähr 390 bis 400 Mandate kommen, zählt man die Grünen hinzu, hätte die Koalition der Parteien der Mitte im neuen Parlament etwa 440 bis 459 Mandate. Sollten sich die aktuellen Prognosen bewahrheiten, würde das rechte Lager zwar deutlich zulegen können, aber die etablierten Parteien der Mitte würden dennoch auch in der nächsten Legislaturperiode über eine klare Mehrheit verfügen. Damit bliebe die Gestaltungsmacht der rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräfte weiterhin begrenzt.

Allerdings wird für die tatsächliche Gestaltungsmacht der rechten Parteien nicht nur ihr Ergebnis bei den Wahlen entscheidend sein, sondern vor allem auch das Verhalten der anderen Parteien und dabei insbesondere das der Mitte-Rechts-Parteien. Sollten die konservativen Parteien in der EVP ihr Verhältnis zu den Parteien des rechten Lagers neu gestalten, könnten sich dadurch für diese ganz neue Optionen ergeben. In diesem Zusammenhang sind etwa Initiativen des Fraktionsvorsitzenden der EVP, Manfred Weber, Verbindungen zur Vorsitzenden der Fratelli d'Italia, Giorgia Meloni, aufzubauen und die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit auszuloten, von Bedeutung. Ein Rückblick in die 1930er Jahre zeigt, dass bei einer solchen Annäherung die Gefahr besteht, dass die bisher verantwortlich agierenden konservativen Parteien der EVP graduell ihre Funktion als Gatekeeper gegenüber den rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräften einbüßen könnten und deren Machtoptionen dadurch entscheidend stärken könnten. Dies

würde nicht nur den bis dahin gel-
den europafreundlichen Konsens im
Europäischen Parlament unterminie-
ren, sondern auch zur Normalisierung
extremer Positionen beitragen.

In dieser Konstellation wird klar er-
sichtlich, dass es bei den Europawah-
len von 2024 um eine entscheidende
Weichenstellung für die zukünftige
Entwicklung Europas gehen wird.
Dies gilt umso mehr, als im Jahr 2024
nicht nur im Juni die Wahlen des Eu-
ropäischen Parlaments stattfinden
werden, sondern am 17. März auch
Präsidentenwahlen in Russland und
am 5. November Präsidenten- und
Kongresswahlen in den USA. Diese
drei Wahlen werden nicht nur innen-
politische Bedeutung haben, sondern
auch Auswirkungen auf die internati-
onale Ordnung. Für den Fall dass der
russische Präsident Wladimir Putin

aus den Wahlen gestärkt hervorgehen
sollte und Donald Trump erneut zum
amerikanischen Präsidenten gewählt
wird, und gleichzeitig durch den Er-
folg der rechten und rechtsextremen
Parteien die Mehrheitsbildung im
Europäischen Parlament erschwert
wird, könnte sich daraus für Euro-
pa ein Worst Case Szenario ergeben.
Denn wenn Trump in einer solchen
Konstellation die USA aus der NATO
zurückziehen und gleichzeitig auf
Kosten von ukrainischen und euro-
päischen Interessen die Unterstüt-
zung der Ukraine beenden würde,
hätte eine Europäische Union, die
durch interne Spaltungen geschwächt
und entscheidungsunfähig wäre, dem
wenig entgegen zu setzen.

*Ellen BOS und
Zoltán Tibor PÁLLINGER*

Quellen:

Eurobarometer Autumn 2023, EB 100.1 (2023):
Parlament 2023. Six month before the 2024
European Elections, abrufbar unter: [https://
europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3152](https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/3152).

Flash Eurobarometer 528 (2023): Staatsbürger-
schaft und Demokratie, abrufbar unter: [https://
europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2971](https://europa.eu/eurobarometer/surveys/detail/2971).

Kapern, Peter (2023): Europawahl 2024. Grei-
fen Rechtsextreme nach der Macht in Europa?,
Deutschlandfunk, 23.11.2023.

Lassila, Jussi et al (2023): The 2024 Elections in
Russia, the EU and the US. International Im-
plications and Impacts on the War in Ukraine.
FIIA Briefing Paper December 2023/378.

Müller Manuel (2023): Wenn an diesem Sonn-
tag Europawahl wäre (November 2023): EV
baut Vorsprung weit aus – Rechtsruck histori-
schen Ausmaßes möglich, Der Europäische
Föderalist, 9.12.2023, abrufbar unter: [https://
www.foederalist.eu/2023/11/europawahl-um-
fragen-november-2023.html](https://www.foederalist.eu/2023/11/europawahl-umfragen-november-2023.html).

Blended Intensive Programme

„Die Zukunft von Europa in der Donauregion“

Das Zentrum für Demokratieforschung der AUB hat im Sommer 2023 zum zweiten Mal im Rahmen von Erasmus+ gefördertes Blended Intensive Programme (BIP) an der AUB organisiert.

Das gemeinsam mit fünf Partnerhochschulen –
Bergische Universität Wuppertal, Universität Pas-
sau, Fachhochschule Burgenland, Westböhmisches
Universität Pilsen und Babes-Bolyai Universität Klau-
senburg – angebotene BIP zum Thema „Die Zukunft von
EUropa in der Donauregion: Interne und externe Heraus-
forderung für Demokratie und Rechtsstaat“ bestand aus
einer Kombination von Online und Präsenzphasen. Das
BIP richtete sich an deutschsprachige Teilnehmende,
welche die genannten Herausforderungen in der EU und
im Donaunraum analysieren und Strategien zu ihrer Be-
wältigung erarbeiten wollten.

Nach einer Online-Vorbereitungsphase im Juni fand der
Präsenzteil des BIP vom 27. August bis zum 2. Septem-
ber 2023 an der AUB in Budapest statt. 31 Studierende aus
Deutschland, Österreich, Rumänien und Tschechien, die
von zehn Lehrkräften der beteiligten Hochschulen betreut
wurden, haben sich gemeinsam mit den inneren Erosions-
prozessen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie
den aktuellen geopolitischen Herausforderungen für die EU
und den Donaunraum beschäftigt und Strategien zu deren Be-
wältigung erarbeitet. Dabei standen folgende Themenblöcke
im Fokus: (1) Europäische Werte und Rechtsstaatlichkeit, (2)

die EU als internationaler Akteur, (3) geostrategische Her-
ausforderungen sowie (4) die Erosion von Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit. Diese Themen wurden auch anhand von
Fallstudien zu Ungarn und Rumänien konkretisiert. Die
Tage begannen jeweils mit einem inhaltlichen Input der Do-
zierenden und wurden in Form von Gruppenarbeiten, Dis-
kussionen und Workshops im Laufe des Vormittags weiter
vertieft. Dabei hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit,
die Gedanken, die während der Diskussionen und Work-
shops entstanden sind, strukturiert über mehrere Tage zu
vertiefen. Die interaktive und diskursive Struktur des Pro-
gramms ermöglichte einen regen Austausch zwischen den
Teilnehmenden, die auch eine große Bandbreite an Perspek-
tiven und Erfahrungen einbrachten. Diese Tiefe und Vielfalt
bereicherte die Diskussionen und förderte ein komplexes
und nuanciertes Verständnis der behandelten Themen aus
einer politikwissenschaftlichen Perspektive.

Als Ergebnis einer Woche intensiven Arbeitens und Dis-
kutierens wurde am Ende der Woche der Entwurf eines
„Weißbuchs zur Zukunft Europas“ präsentiert, das Emp-
fehlungen enthält, wie die EU auf einer gefestigten Wer-
tebasis ihre geostrategische Position stärken könnte. Die
Teilnehmenden haben in Gruppen zu den einzelnen The-
menbereichen jeweils die wichtigsten Herausforderungen
herausgearbeitet und Szenarien mit möglichen Lösungen
entwickelt und bewertet. Der Entwurf des [Weißbuchs](#) wur-
de schließlich im Rahmen einer Online-Abschlussveran-
staltung im September finalisiert.

Teilnehmende BIP mit Prof. Bos



Das Arbeitsprogramm an den Vormittagen wurde durch ein vielfältiges Rahmenprogramm an den Nachmittagen ergänzt. Stadtführungen und Exkursionen, unter anderem zum Memento Park und zum Ungarischen Parlament, dienten dazu, die theoretischen Inhalte zu vertiefen und in den Kontext der ungarischen Geschichte und Kultur zu setzen. Die Besuche am Kossuth tér und im Burgviertel boten zudem

eindrucksvolle Einblicke in die lokale Erinnerungskultur. Zusätzlich hatten die Teilnehmenden bei einem Besuch des Österreichischen Kulturforums die Möglichkeit, die österreichische Kulturdiplomatie in Ungarn kennenzulernen. Die intensive Woche in Budapest fand ihren Abschluss in einem gemeinsamen Schiffsausflug nach Szentendre.

Die Resonanz auf das BIP war äußerst positiv. Die Teilnehmenden schätzten

die ausgewogene Mischung aus theoretischen Inputs, praktischen Exkursionen und diskursiven Elementen. Es war sehr aufschlussreich, eine Plattform für den Austausch und die Reflexion über die Zukunft von Europa in der Donauregion zu bieten, und es steht bereits fest, dass die beteiligten Partner auch im nächsten Jahr gemeinsam ein BIP organisieren werden.

Fanni ELEK



UNIVERSITATEA
BABEȘ-BOLYAI



Das Zentrum für Demokratieforschung (ZeDEM) an der Dreiländertagung in Linz

Mitarbeiter*innen des Zentrums für Demokratieforschung der AUB (ZeDEM) nahmen vom 11.-12. September 2023 mit einem gemeinsamen Panel an der Dreiländertagung der Gesellschaften der Politikwissenschaft der deutschsprachigen Länder teil. Im Rahmen des Panels wurden die ungarische Innen-, Außen- und Regionalpolitik analysiert. Die Konferenz fand an der Johannes-Kepler-Universität Linz (JKU) statt.

Die Mitarbeiter*innen des [Zentrums für Demokratieforschung](#) (ZeDEM) arbeiteten gemeinsam ein Panel zum Thema „Strategien des Demokratieabbaus in Zentral- und Südosteuropa“ aus und reichten dieses für die [DACH-Dreiländertagung](#), organisiert von den Gesellschaften der Politikwissenschaft von Deutschland, Österreich und der Schweiz in Linz ein. Die Konferenz, die sich mit der Frage der „Zeitenwende:

Politikwissenschaft in unsicheren Zeiten“ befasste, fand zwischen 11. und 13. September 2023 an der Johannes-Kepler-Universität Linz (JKU), Österreich statt. Durch die Teilnahme an der Konferenz erhofften sich die ZeDEM-Kollegen*innen die Aufmerksamkeit der deutschsprachigen Politikwissenschaft auf die Forschungsaktivitäten der Andrássy Universität zu lenken sowie den Bekanntheitsgrad der Uni zu erhöhen.

Eröffnungsveranstaltung der Dreiländertagung.
Das Bild wurde von der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft zur Verfügung gestellt.



Foto Copyright: by FLAP Photography

Eröffnet wurde die Konferenz am 11. September 2023 um 18:30 mit einer Abendveranstaltung und Diskussionsrunde im Festsaal des Uni-Centers. Der Abend begann mit einer Reihe von Danksagungen für die Förderer und Organisator*innen der Konferenz, danach folgte die Podiumsdiskussion zum Themenbereich der „Zeitenwende“ mit Reinhard Heinisch (Universität Salzburg) und Sonja Blum (Universität Bielefeld). Moderiert wurde die Auftaktveranstaltung von Margitta Mätzke (JUK), die durch den gesamten Abend führte. Thema der Podiumsdiskussion war die Frage, was genau unter der „Zeitenwende“ zu verstehen sei. Diskutiert wurden die unterschiedlichen Interpretationen der „Zeitwende“: Während aus deutscher Perspektive darunter die Änderung der deutschen Außenpolitik und die Stärkung der militärischen Kooperation verstanden wird, stellt aus politikwissenschaftlicher Sicht der Anstieg autoritärer Tendenzen in politischen Systemen die zentrale Frage der Zeitenwende dar. Das Podium diskutierte außerdem die Krise der Demokratie, den Aufstieg autoritärer Systeme, die Bedeutung von Populismus in Demokratien, die veränderten Erwartungshaltungen an die Demokratien und die Frage, wie die derzeitigen Systeme auf diese Vielzahl an Krisen reagieren können.

Am zweiten Konferenztag, 12. September 2023, fanden die Vorträge der Konferenzteilnehmer*innen statt. Das Spektrum an angebotenen Themen war breit gestreut und

viele hauptsächlich junge Wissenschaftlicher*innen hatten die Möglichkeit, ihre Forschungsprojekte vorzustellen und mit den anwesenden Kollegen*innen zu diskutieren.

Das vom ZeDEM organisierte Panel „Strategien des Demokratieabbaus in Zentral- und Südosteuropa“ fand am zweiten Tag von 17:00–18:30 statt. Daniel Göler von der Universität Passau übernahm die Moderation.

Der erste Vortragende war Christopher Walsch (Corvinus Universität, ehemaliger Research Fellow an der AUB), der seinen Vortrag zum Thema „The Visegrad Group Past and Present. Is 2022 a Turning Point for the Central European Cooperation Scheme?“ präsentierte. Die Forschungsfrage des Vortrags lautete, ob die vier zentraleuropäischen Staaten Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn weiterhin im Regionalverbund Visegrádgruppe kooperieren, da die individuellen Reaktionen auf den russischen Angriffskrieg unterschiedlich ausfielen. Walschs Antwort lautet „nein“, was politisierte Politikbereiche betrifft (etwa zu Russlands Krieg gegen Ukraine, zu Asyl und Migration, zum EU-Rechtsstaatsverfahren in Ungarn und in Polen, zu ukrainischen Agrarprodukten im Binnenmarkt). Andererseits sieht Walsch eine fortdauernde Zusammenarbeit der vier Staaten in weniger politisierten transnationalen Agenden (Umwelt- und Technologieagenden; Bildung und Projektarbeit). Sein Rückschluss lautet, dass das Format derzeit eingefroren („frozen“) ist, aber weiter besteht („not dismissed“).

Anschließend präsentierten Ellen Bos (ZeDEM/AUB) und Kristina Kurze (ZeDEM/AUB und Universität Göttingen) ihre Forschungsergebnisse zur „Analyse der expansiven Logik von Orbáns illiberalem Regime“. Ausgehend von der Tatsache, dass das ungarische System eine tiefgehende Transformation seit 2010 erlebt hat, die nachweislich zu Rückschritten bei der Demokratiequalität und der Rechtsstaatlichkeit geführt hat, stellten die beiden Vortragenden die Frage, wie die Fidesz-KDNP-Regierung das etablierte hybride Regime weiterhin erfolgreich ausdehnen, stabilisieren und legitimieren konnte. Ungarn wurde 2022 vom *Nations in Transit*-Bericht als einziger EU-Mitgliedsstaat als hybrides Regime eingestuft. Während der Großteil der *democratic backsliding*-Forschung sich mit dem Transformationsprozess beschäftigt, ist es für das Verständnis der Stabilität des Regimes von grundlegender Bedeutung, die Aufmerksamkeit nicht nur auf die von der Regierung kontrollierten Schlüsselbereiche des politischen Systems wie Justiz und Mediensystem, sondern auch auf weitere wichtige Bereiche zu lenken. Neben den Schlüsselbereichen sind zusätzlich die von der Regierung angewandten Methoden zu untersuchen, die Regierungspolitik legitimieren. Der Vortrag diskutierte in diesem Zusammenhang das Konzept der expansiven Logik. Herausgearbeitet wurde, wie die Defizite bei der Rechtsstaatlichkeit zur Ausweitung der Regierungskontrolle sowie der Anpassung bestimmter Sektoren an die Normen und Interessen der Regierung beitragen. Dabei wurden als empirische Fälle zwei Politikfelder herangezogen: Bildung (insbesondere Hochschulbildung) und Energiesicherung, wobei die Regierung die Beziehungen zu autokratischen Regime gegenüber demokratischen Entscheidungsfindungsprozessen durchsetzt. Ziel der geplanten qualitativen Studie ist es, zu einem besseren Verständnis der Beziehungen zwischen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Staatlichkeit beizutragen.

Danach sprach Zoltán Tibor Pállinger (ZeDEM/AUB) über „Das Janusgesicht Demokratischer Innovation in

Ungarn“. Die seit 2010 mit einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit ausgestattete Fidesz-KDNP Regierung verabschiedete eine neue Verfassung und änderte das Wahlsystem. Mit der Umgestaltung des politischen Systems wurden die politischen Mehrheitsrechte gestärkt und der Handlungsspielraum der Opposition, u.a. die Minderheitenrechte, eingeschränkt. Die Umgestaltung des politischen Systems spiegelt sich in den negativen Indizes zur Demokratiequalität wider. Der Vortrag befasste sich mit der Anwendung demokratischer Innovationen durch die politischen Akteure: Auf der einen Seite setzt die Regierung verstärkt das Element der direkten Demokratie (Volksabstimmungen) ein und schuf außerdem das System der Nationalen Konsultationen. Durch diese Instrumente werden die Anhänger*innen in verschiedenen Themenbereichen mobilisiert, um einerseits die eigene Position gegenüber der EU zu stärken und andererseits innenpolitisch die Diskurshoheit zu erlangen. Auf der anderen Seite ist auch die Opposition – insbesondere auf lokaler Ebene – bemüht, demokratische Innovationen einzusetzen. Alles in allem gelingt es jedoch der Regierungsseite, nicht zuletzt aufgrund ihrer überlegenen Ressourcen, den Diskurs zu dominieren, während sich die Opposition mit ihren Anliegen nicht durchsetzen kann. Damit gelingt es ihr auch nicht, sich als ernsthafte Alternative zur Regierung zu präsentieren.

Der letzte Vortrag von Christina Griessler (ZeDEM/AUB und netPOL) befasste sich mit der Regionalen Diffusion illiberaler Politik: „Orbáns Einflussnahme im Westbalkan“. Der Fokus richtet sich auf die ungarische Außenpolitik in Bezug auf den EU-Erweiterungsprozess des Westbalkans. Obwohl die EU-Erweiterungspolitik in den letzten Jahren zum Stillstand kam, setzt sich der ungarische Premierminister Orbán für die EU-Mitgliedschaft der sechs Westbalkanstaaten ein. Orbán ist bemüht, den Prozess der EU-Erweiterung von dem notwendigen politischen Reformprozess, der die Umsetzung der EU-Konditionen gewährleisten sollte, zu entkoppeln. Laut Orbán soll der EU-Erweiterungsprozess politischer werden und nicht auf die Umsetzung der Vorgaben fo-

kussieren. Grundsätzlich pflegt Orbán zu autoritären Führungspersönlichkeiten in der Region gute persönliche Beziehungen, die durch die Unterzeichnung von strategischen bilateralen Kooperationsabkommen und zum Teil durch die Gewährung günstiger finanzieller Kredite unterstützt werden. Orbáns Politik schafft somit ein „Alternativmodell“ gegenüber der EU, dass von den Freunden Orbáns auf dem Westbalkan bevorzugt wird, jedoch konsequenterweise zu einer weiteren Behinderung des EU-Erweiterungsprozesses führen muss, da ein Teil der EU-Mitgliedsstaaten keine weiteren illiberalen bzw. autoritären Regime in die EU aufnehmen möchte. Der Vortrag gab einen Überblick über die Position Ungarns in Bezug auf die EU-Erweiterungspolitik, erläuterte die bestehenden bilateralen Beziehungen Ungarns zu den Staaten des Westbalkans und ging zum Schluss auf die Einschätzung der ungarischen Westbalkanpolitik durch Experten*innen aus dem Westbalkan ein.

Die Teilnahme an der Konferenz mit einem ZeDEM-Panel war eine exzellente Gelegenheit die AUB und ZeDEM der deutschsprachigen Politikwissenschaft vorzustellen. Grundsätzlich wurde die Idee einer gemeinsamen Konferenzbewerbung mit einem Panel von den ZeDEM-Kollegen*innen positiv aufgenommen. Vor diesem Hintergrund gibt es bereits Pläne für weitere gemeinsame Konferenzteilnahmen, um das Forschungszentrum noch sichtbarer zu machen.

Christina GRIESSLER



ZENTRUM FÜR
DEMOKRATIEFORSCHUNG



16. Interdisziplinäres Doktorandenkolloquium (IDK) im Rahmen der Kooperation mit der Autonomen Region Trentino-Südtirol

Das 16. Interdisziplinäres Doktorandenkolloquiums (IDK) fand am 29. und 30. November 2023 nach vier Jahren Online-Tagungen erstmals wieder in Präsenz an der AUB statt. Mit Blick auf die im nächsten Juni stattfindenden zehnten Direktwahlen zum Europäischen Parlament lautete das Rahmenthema „Die Europäische Union vor den Europawahlen“.

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßten der Rektor der AUB, Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger, der online zugeschaltete Präsident von EURAC Research, Prof. Dr. Roland Psenner, sowie die Prorektorin für Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs der AUB, Prof. Dr. Ellen Bos, die Teilnehmenden DoktorandInnen und WissenschaftlerInnen.

Wie immer war das IDK so organisiert, dass die DoktorandInnen zum einen die Gelegenheit hatten, im traditionellen Ph.D.-Workshop ihre Promotionsprojekte zur Diskussion zu stellen. Diesmal nahmen neun DoktorandInnen der AUB diese Gelegenheit wahr. Der Workshop wurde von Prof. Dr. Ellen Bos (AUB) und Dr. Georg Grote (EURAC Research) geleitet.

Im ersten Panel des Ph.D.-Workshops präsentierten drei DoktorandInnen des Teilprogramms Politikwissenschaften ihre Promotionsprojekte. Den Anfang machte Roland Jürgen Urban, der sein Projekt „Geschichten der Ermächtigung“ – Politische Bildung und partizipative Demokratieansätze mit Fokus auf den österreichischen Kinder- und Jugendbeteiligungsprozess Moverz“ vorstellte. Danach berichtete Nina Bianca Dohr über ihr Projekt „Politische Positionswechsel unter öffentlichem Druck – Am Beispiel des Themas Parteispenden in Österreich und Italien“. Anschließend sprach Sarah Diehl, die online zugeschaltet war, über ihr Projekt „The EU as an effective actor in decarbonising mobility within the EU's multi-level governance system? An analysis of the actual implementation of European climate policy goals in the field of mobility since 2016 in two to three selected member states using a case study approach“. Im zweiten Panel des PhD-Workshop präsentierte zunächst Jessica Kiel, Doktorandin im Teilprogramm Rechtswissenschaften, ihr Projekt „Rechtsvergleichende Betrachtung des Tatbestandes Majestätsbeleidigung“. Anschließend berichtete Gabriele Leiggener, Doktorandin im Teilprogramm Wirtschaftswissenschaften, über ihr Projekt



„People. Power. Planet. Corporate Social Responsibility und dessen Auswirkung auf das operative und strategische Management von kleinen- und mittelständischen Unternehmen im Tertiärsektor“. Im dritten Panel präsentierte Vivien Gertrud Neder, Doktorandin im Teilprogramm Geschichtswissenschaft, ihr Projekt „Kamera, Ton und eine Prise Paprika – Die Bedeutung ungarischer Filmschaffender in Hollywood“. Danach stellte Marco Stephan, Doktorand im Teilprogramm Wirtschaftswissenschaften, sein Projekt „Untersuchung des Kunstmarktes für Gemälde der Akten Meister auf Vorhandensein eines Ankereffekts – Eine verhaltensökonomische Betrachtung“ vor. Im vierten und letzten Panel des Ph.D.-Workshops folgten die Präsentationen von zwei weiteren Arbeiten aus dem Teilprogramm Wirtschaftswissenschaften. Thies Lesch berichtete über sein Projekt „Über Compliance zu Integrity? Über die Ausgestaltung verantwortlichen Managements in faktischen Konzernen“ und Dániel

Tubik über seine Arbeit zum Thema „Nachhaltigkeit und Diversität als Bewertungsfaktoren in Multifaktorenmodellen: Eine empirisch gestützte Modellierung“.

Auch dieses Mal entwickelten sich in den sich an die Vorträge anschließenden Fragerunden lebhaft Diskusionen und es ergaben sich auch interessante Verknüpfungen zwischen den einzelnen Dissertationsprojekten und Forschungsthemen.

Zum Rahmenthema „Die Europäische Union vor den Europawahlen“ wurden an den beiden Tagen fünf Impulsvorträge gehalten. Am ersten Tag des IDK gab Dr. habil. Mariano Barbato (AUB, DAAD-Langzeitdozent) einen Überblick über Fraktionsbildungen und Konfliktlinien im Europäischen Parlament und gab einen Ausblick auf die bei den kommenden Europawahlen zu erwartenden Veränderungen. Melani Barlai (AUB, netPOL) berichtete über den Einsatz von Online Wahltools bei den Europawahlen und ging dabei insbesondere auf das Projekt Vote Match

und das an der AUB entwickelte Tool „Vokskabin“ ein. Christina Griessler (AUB, netPOL) setzte sich in ihrem Vortrag mit der Frage auseinander, welche Rolle die Konfliktbearbeitung im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses spielt. Am zweiten Tag blickte Georg Grote (EURAC Research) in seinem Vortrag auf die Entwicklung der europäischen Integration seit 1945 zurück und zeigte dabei auf, wie sich die Europaidee in dieser Zeit veränderte. Der letzte Impulsvortrag von Marc Röggla und Jakob Volgger (EURAC Research) setzte sich mit der Rolle von Minderheitenmedien für den Spracherhalt von Minderheiten auseinander, wobei sie die Ergebnisse ihrer vergleichende Studie über baskische, ladinische und sorbische Medien präsentierten. Auch im Anschluss an die Impulsvorträge entwickelten sich spannende Diskussionen.

Die DoktorandInnen und DozentInnen freuen sich darauf, dass das nächste IDK im Frühjahr 2024 an der EURAC Research in Bozen stattfinden wird.

Ellen BOS

Die EU und der Westbalkan

Aktuelle Entwicklungen der europäischen Erweiterungspolitik

Europa ist seit Februar 2022 von einer grundlegenden Änderung der politischen Verhältnisse gekennzeichnet. Mit der russischen Invasion der Ukraine war besonders die EU gefordert, ihre Politik gegenüber den Ländern der östlichen Partnerschaft zu überdenken. Die Herausforderung der EU bestand darin, die Ukraine gegenüber Russland zu unterstützen und den Ländern, die Interesse an einer EU-Mitgliedschaft hatten, stärker an die EU zu binden. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden der Ukraine, Moldau und Georgien eine EU-Beitrittsperspektive in Aussicht gestellt. Ukraine und Moldau erhielten im Juni 2022 und Georgien im Dezember 2023 den EU-Kandidatenstatus.

Mit den neuen Kandidatenländern stellt sich die Frage, ob die EU nicht ihre Erweiterungsstrategie reformieren müsste, um besser auf die Gegebenheiten der neuen Kandidaten eingehen zu können. Der derzeitige EU-Erweiterungsprozess versucht seit über zwei Jahrzehnten, mehrere Staaten Südosteuropas auf eine EU-Mitgliedschaft vorzubereiten. Doch dieser Prozess hat sich in den letzten Jahren größtenteils durch Stillstand und Blockadepolitik ausgezeichnet. Durch die Entscheidung der EU, die EU-Mitgliedschaft den drei osteuropäischen Staa-

ten zu ermöglichen, erhofften sich die Staaten des Westbalkans, dass eine positive Dynamik den eingeschlafenen Prozess der Erweiterungspolitik wieder zum Leben erwecken würde. Mit einem Blick zurück und einen nach vorne soll der Versuch unternommen werden, eine Einschätzung der Erweiterungspolitik der EU zu geben.

Der Blick zurück...

Die EU-Erweiterungspolitik, die von der EU bis heute als die wichtigste Strategie zur Stabilisierung der Westbalkanregion angesehen wird, ist nach dem Beitritt Kroatiens 2013 im Sand verlaufen. Kroatien hatte es noch in die EU geschafft, danach folgten mehrere Krisen, die sich nachteilig auf die EU sowie die innenpolitische Situation der Staaten der Westbalkanregion auswirkten. Die EU konnte nicht mehr den Optimismus der 2000er Jahre vermitteln, der noch die sogenannte Big-Bang Erweiterung von 2004 begleitete. Die EU war ab 2008 damit beschäftigt, auf eine Vielzahl an Krisen zu reagieren. In der zweiten Hälfte der 2000er kamen in der Westbalkanregion zusehends Regierungen an die Macht, die der EU und den Reformforderungen gegenüber kritisch waren. Die Umsetzung von Reformen wurde nicht mehr als

prioritär angesehen, da die regionale Elite mittlerweile die Erfahrung gemacht hatte, dass nicht automatisch ein Fortschritt im Erweiterungsprozess zu erwarten ist, auch wenn Reformen umgesetzt wurden. Das beste Beispiel dafür ist die Namensänderung der ehemaligen Republik Mazedonien auf Nordmazedonien, um den Forderungen des EU-Mitgliedslandes Griechenland gerecht zu werden. Dann kam die Blockade durch Frankreich.

EU-Mitgliedsstaaten, die sich für die Erweiterung einsetzten, initiierten 2014 den Berlin Prozess, der mit konkreten Kooperationsprojekten die Westbalkanstaaten auf ihren Weg in die EU unterstützen und dem Erweiterungsprozess neue Impulse verleihen sollte. Doch auch diese Initiative brachte nur kurzfristige Erfolge. Das entstandene politische Vakuum in der Region ermöglichte es anderen externen Akteuren wie China, Russland, den Golfstaaten und der Türkei in der Region verstärkt aktiv zu werden, was wiederum Unbehagen bei der EU auslöste. Trotz finanzieller Unterstützung und der Karotte eines EU-Beitritts zeigte sich, dass die EU nicht mehr über jene Anziehungskraft verfügte, die dem Mechanismus der politischen Konditionalität zur Wirkung verhalf. Mittlerweile kommunizieren die Vertreter*innen der EU und der Westbalkanstaaten nicht mehr miteinander, sondern aneinander vorbei. Beide Seiten pflegen ihre Narrative, die die Schuld für den Erweiterungsstillstand der jeweils anderen Seite zuschieben. Im Westbalkan kann der Beitrittsprozess seine eigentliche Funktion der Stabilisierung und Demokratisierung der Region nicht mehr erfüllen. In einigen Ländern ist sogar ein Rückgang der Demokratiequalität erkennbar und die Etablierung von sogenannten „Stabilitokratien“, das sind Regime, die Sicherheit nach innen und außen garantieren, aber nicht unbedingt Demokratie fördern. Doch eigentlich sollte auch klar sein, dass Regime, die sich nicht zur Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verpflichten, nicht Mitglieder der EU werden können.

Das Problem der Erweiterungspolitik ist, dass eine Erweiterung der Union einstimmig erfolgen muss und einzelne Staaten den Prozess behindern können. Die von der EU versprochene Belohnung bei der Umsetzung von Reformen fielen oft nationalstaatlichen Interessen von EU-Mitgliedsstaaten zu Opfer, die durch ein Veto den Prozess blockierten. Die Problematik, dass die EU in der Erweiterungspolitik nicht als einheitlicher Akteur auftritt und einzelne EU-Mitgliedsstaaten den Prozess blockieren, wird ebenfalls bei der Erweiterung der drei Staaten der östlichen Partnerschaft zu tragen kommen. Die EU besitzt gegenüber den osteuropäischen Ländern noch einen gewissen Grad an Anziehungskraft und Glaubwürdigkeit, den sie jedoch gegenüber den Westbalkanländern bereits verspielt hat.

Die Westbalkanstaaten wurden zu Beginn ihres EU-Weges angehalten, ihre Konflikte mit den Nachbarstaaten zu lösen, bevor diese in die EU aufgenommen werden. Während Mitte der 2000er Jahre noch die Kooperation mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und die Auslieferung von vermeintlichen Kriegsverbrechern Priorität hatte, wurde später neben der Aufforderung der regionalen Kooperation noch Aussöhnung und die Förderung guter nachbarschaftliche Beziehungen eingefordert. Einige bilaterale Streitfälle, die durch den Zerfall Jugoslawiens auf-

getreten waren, konnten tatsächlich gelöst werden. Andere Fälle wiederum, die staatliche und demokratische Entwicklung von Bosnien-Herzegowina und Kosovo, sind bis heute bestehende Problemfälle der EU und der internationalen Gemeinschaft allgemein.

Vergleichbar mit den Kriegserfahrungen der Westbalkanstaaten sollte sich die EU überlegen, wie sie mit den regionalen Herausforderungen der neuen osteuropäischen EU-Anwärter, umgehen wird.

Der Blick nach vorne

Die Frage nach dem Umgang von Kriegserfahrungen, latenten Konflikten sowie manifesten Kriegssituationen im Rahmen der EU-Erweiterungsstrategie wird in Zukunft auch die Staaten der östlichen Partnerschaft betreffen. Ukraine, Moldau und Georgien hatten seit 2004 ihre Beziehungen zur EU im Rahmen der Östlichen Partnerschaft (EaP) gepflegt, die ursprünglich keinen EU-Beitritt vorsah. Doch mit einer im Raum stehenden Mitgliedschaft wären Überlegungen anzustellen, ob diese Staaten nicht spezifische Kriterien erfüllen sollten, um offene regionale Streitfragen als Vorbedingung für einen EU-Beitritt zumindest zu adressieren. Ein Problem ist, dass Russland in unterschiedlichem Ausmaß in allen drei Staaten Einfluss hat.

Moldau hat das Transnistrien-Problem, eine russisch-kontrollierte Enklave, die die territoriale Souveränität der Republik Moldau einschränkt. Es kann nicht im Interesse der EU sein, einen kleinen russischen Staat inmitten der EU zu haben. Da sich Russland nicht in direkter Nachbarschaft zu Transnistrien befindet, könnte es zu einer Vereinbarung mit den transnistrischen Behörden, betreffend einer Eingliederung in Form einer Autonomie, in Moldau kommen.

Georgien ist mit einer ähnlichen Situation konfrontiert, doch erschwerend kommt hinzu, dass Russland ein direkter Nachbar ist. Die Regierung in Tbilisi hat keine direkte Kontrolle über die Provinzen Südossetien und Abchasien, die von russischen Truppen besetzt sind. Georgien hatte in einem unüberlegten, nationalistisch aufgeheizten Moment versucht die beiden abtrünnigen Provinzen in Sommer 2008 zurückzuerobern. Doch die georgischen Truppen, die in den Provinzen einmarschierten, wurden schnell von russischen Soldaten auf ihr Staatsgebiet zurückgedrängt. Georgien muss versuchen, gute nachbarschaftliche Beziehungen mit Russland zu pflegen. Fraglich ist, wie sich ein EU-Beitritt auf die Nachbarschaft mit Russland auswirken wird. Georgien ist aufgrund der geographischen Lage in einer schwierigen Situation.

Der komplexeste Fall ist jedoch derzeit die Ukraine, die sich in einem Krieg mit Russland befindet. Neben den menschlichen Verlusten und materiellen Schäden sind auch Teile des ukrainischen Staatsgebiets von Russland besetzt. Die Ukraine ist, im Gegensatz zu den anderen beiden Staaten, in einen aktiven Krieg involviert und ein Ende ist derzeit nicht in Sicht. Die EU wird Geld für den Wiederaufbau zur Verfügung stellen und mit einer stärkeren Einbindung der Ukraine in EU-Strukturen versuchen, die Wirtschaft anzukurbeln, um so den Wohlstand zu fördern. Doch ein weiterer Punkt, der Probleme für die Aufnahme der Ukra-

ine darstellt und über den nicht viel gesprochen wird, ist die geographische und demographische Größe des Landes. Während Georgien und Moldau in Bezug auf die territoriale Größe und Bevölkerungszahl mit anderen Westbalkanstaaten vergleichbar sind, hat die Ukraine fast eine zweieinhalb mal höhere Bevölkerungszahl (43,8 Mio.) als der gesamte Westbalkan (17,5 Mio.) und ein Territorium, das fast dreimal größer ist als das des Westbalkans (603 500 km² zu 207,481 km²). Bei einem Beitritt der Ukraine würde sich die EU-Grenze gegen Osten verschieben und Russland würde zum direkten Nachbarn der EU werden.

Obwohl das Zugestehen des Beitrittskandidatenstatus in einem relativ kurzen Zeitraum entschieden wurde, bedeutet das nicht, dass ein Beitritt demnächst erfolgen wird. Die drei Staaten der östlichen Partnerschaft sollten sich nicht täuschen lassen, ihre Kollegen aus dem Westbalkan wissen, dass es sich um einen langen Prozess handelt. Die Ukraine könnte sich zu einer neuen Türkei entwickeln, wenn der Erweiterungsprozess keine Resultate bringt.

Schluss

Die EU wird sich in den nächsten Jahren mit einer Reihe von Problemen auseinandersetzen müssen, um eine erfolgreiche Erweiterungspolitik umsetzen zu können. Wahrscheinlich ist, dass die EU ihre Versprechungen nicht einhalten kann und relativ schnell die Ernüchte-

rung bei den neuen Beitrittskandidaten eintreten wird. Die EU wird ihr Ansehen auch in diesen Ländern verlieren, wenn sie nicht ernsthaft über eine Reform der Erweiterungsstrategie nachdenkt. Unter anderem wären auch die Einstimmigkeit bei Erweiterungsfragen abzuschaffen, um Blockaden von einzelnen Mitgliedsstaaten zu verunmöglichen. Außerdem wäre zu überlegen, ob es vielleicht doch notwendig ist, auf die spezifischen Umstände der Beitrittskandidaten einzugehen.

Die Erweiterungsstrategie hatte von Erfahrungen gelernt und bestimmte politische Gegebenheiten – wie z.B. bei den Westbalkanstaaten – berücksichtigt. Nach dem Scheitern der Zypern-Frage wurde der Zusatz aufgenommen, dass Staaten ihre bilateralen Probleme vor einem Beitritt lösen müssen, damit sie keine Konflikte in die Union importieren. Somit wäre es keine Neuheit, wenn bestimmte zusätzliche Kriterien dem Beitrittsprozess hinzugefügt werden.

Diese EU-Erweiterung ist eine große Herausforderung für die EU und vielleicht hat sie sich zu viel vorgenommen. Immerhin schaffte sie es nicht, die viel kleineren Westbalkanstaaten über einen Zeitraum von 20 Jahren auf die EU-Mitgliedschaft vorzubereiten.

Christina GRIESSLER



„Europa quo vadis?“

„Strategische Herausforderungen und Optionen Europas“

Anderthalb Jahre nach der durch Russlands Angriff auf die Ukraine ausgelösten Zeitenwende und ein halbes Jahr vor den nächsten Europawahlen steht Europa mehr denn je unter Druck. Inmitten einer geopolitischen Neuordnung und einem globalen industriepolitischen Ringen fehlt es der Europäischen Union an einer gemeinsamen Strategie und der notwendigen Dynamik.

Daraus ergeben sich für die EU grundsätzliche Fragen:

Wie kann sie ihre Werte und Interessen im Innen- und Außenverhältnis wirksam schützen? Wie kann sie im globalen Wettbewerb um Technologieführerschaft und geopolitischen Einfluss mithalten und die eigene Souveränität stärken? Wie kann die EU ihre Mitglieder schützen und ihren Anspruch nach außen, eine Ordnungs-

und Friedensmacht zu sein, bewahren? Und wie kann sie im Innern Demokratie und Freiheit wirksam schützen?

Was sind die aktuellen Risiken und wesentlichen politischen Baustellen für die EU und ihre Mitgliedstaaten? Was sind ihre strategischen Optionen?

Globale Herausforderungen

Der globale Trend zur Fragmentierung (Regionalisierung?) des Welt Handels stellt die auf Freihandel ausgegerichtete europäische Wirtschaft (und insbesondere die deutsche) vor große Anpassungsprobleme. Nach einigen Dekaden Wachstum des grenzüberschreitenden Güterhandels ist dieser in eine Phase der Stagnation eingetreten vor allem aufgrund weltweit zunehmenden Protektionismus, insbesondere in Form nicht-tarifärer Handelsbeschränkungen. Die sich formierenden

Handelsblöcke und hier in erster Linie die USA und China zielen zunächst auf die Sicherung heimischer Wertschöpfung, aber zunehmend auch auf die Erlangung strategischer Hegemonie entlang ihrer Lieferketten.

Die Dynamik dieses Trends hat die EU offensichtlich unterschätzt. Sie ist noch dabei sich in dieser neuen handelspolitischen Tektonik zu positionieren und muss möglichst verhindern vom sich anbahnenden amerikanisch-chinesischen geo-ökonomischen Bilateralismus in die Zange genommen zu werden. Die EU und ihre Mitglieder stehen vor der Herausforderung, ihre Wettbewerbspositionen auf wichtigen Exportmärkten zu verteidigen und zugleich den Anschluss an technologisch wichtige Zukunftsmärkte zu wahren.

Europa ist der sich am schnellsten erwärmende Kontinent. Der Klimawandel birgt durch Naturkatastro-

phen wie Dürren, Flutwellen und Starkregenereignissen ein erhebliches volkswirtschaftliches Schadenspotential und damit ein wachsendes Wohlstandsrisiko. Europa beansprucht für sich selbst eine politische Führungsrolle im globalen Kampf gegen die Erderwärmung, der EU und ihren Mitgliedsstaaten gelingt es aber nicht, auch eine entsprechende wirtschaftliche Dynamik zu entfalten. Europa fällt im immer dynamischer werdenden Technologie-Wettlauf um die zukünftige Marktführerschaft bei Technologien, die für emissionsarme Energiesysteme unerlässlich sind, wie z.B. Batterien zurück.

Der US „Inflation Reduction Act“ hat der EU vor Augen geführt, dass selbst in der marktwirtschaftlichen Führungsmacht USA der Versuch unternommen wird, heimische Kapazitäten mittels massiver staatlicher Subventionierung aufzubauen. China und andere ostasiatische Schwellenländer haben diesen Weg schon sehr viel früher beschritten und schon seit geraumer Zeit technologiespezifische Wachstumsziele als ein strategisches Instrument zur Aufwertung ihrer Wertschöpfungsketten entdeckt. Die EU-Staaten haben hierauf bislang keine gemeinsame strategische Antwort gefunden, weder was die Entwicklung eigener komparativer Vorteile noch Art und Umfang staatlicher Förderung anbelangt.

Eine Folge der weltweiten Konzentration auf wenige grüne Technologien ist der zu beobachtende Wettlauf um kritische Metalle wie Lithium, Kobalt und Seltene Erden, die für die Umsetzung der Technologien unverzichtbar sind. Der Abbau und die Verhüttung dieser kritischen Rohstoffe sind mit hohen Umwelt- und Beschaffungsrisiken behaftet, was zu ihrer Konzentration auf wenige Länder, insbesondere China geführt hat.

Der erwartete Anstieg der Nachfrage hat insbesondere in den USA zu einer Expansion von Erkundungs- und Investitionsaktivitäten in diesem Bereich geführt. Europa droht auch hier zurückzufallen. Die strategische Entscheidung, ob man/frau in erster Linie auf die Exploration und Hebung eigener Rohstoffvorkommen setzen soll, oder langfristige Rohstoffpartnerschaften mit außereuropäischen Staaten eingehen soll – oder beides – ist bisher nicht getroffen worden.

Ein weiterer Megatrend ist die Entwicklung künstlicher Intelligenz (KI), der schon heute zahlreiche Wirtschaftssektoren erreicht hat und zunehmend auch die Geopolitik beeinflusst.

Auch für Europa birgt KI erhebliches Potential, das entwickelt werden sollte. KI kann z.B. Beiträge leisten zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Steigerung der Resilienz von Lieferketten oder zur Ausrichtung des Gesundheitswesens auf unsere alternden Gesellschaften. Im Gegensatz zu amerikanischen und chinesischen Akteuren haben europäische Unternehmen einen Wettbewerbsnachteil u.a. da ihr Zugang zu großen Datenmengen eingeschränkt ist und in Europa zudem weniger große Rechenressourcen (Supercomputer) vorhanden sind.

Regionale Herausforderungen

Durch den nicht provozierten, großflächigen Angriff Russlands auf die Ukraine ist die nach dem Fall des Eisern

nen Vorhangs und dem Ende des Kalten Krieges errichtete kooperative europäische Sicherheitsarchitektur zusammengebrochen. Auf absehbare Zeit muss die Sicherheit vor allem gegen die russischen Bedrohung hergestellt werden. Dazu sind hohe Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit der europäischen NATO- und EU-Mitglieder notwendig. Diese könnten sich noch erhöhen, sollte ein zukünftiger US-Präsident das sicherheitspolitische Engagement der Vereinigten Staaten auf dem europäischen Kontinent reduzieren.

Zugleich muss Europa seine (IT-)Infrastruktur (u.a. Seekabel, Satelliten) sehr viel stärker gegen gezielte physische und Cyber-Angriffe schützen, die zu einem zentralen sicherheitspolitischen Risiko für Europa geworden sind. Im gegenwärtigen geopolitischen Klima stellt Europas Abhängigkeit von nicht-europäischen Tiefseekabeln zur Datenübertragung das größte sicherheitspolitische Risiko dar. Ein weiteres Risiko ist die Uneinigkeit Europas gegenüber dem Engagement chinesischer Staatskonzerne wie Huawei und ZTE beim Aufbau der 5-G-Infrastruktur.

EU-interne Herausforderungen

Hatte der russische Angriff auf die Ukraine die EU geeint wie seit langem nicht, so ist die politische Konfrontation, die die vorangegangenen Jahre gekennzeichnet hatte, wieder in voller Schärfe an die Oberfläche gekommen. Dieses betrifft die strategische Ausrichtung der EU und inzwischen selbst die Grundwerte der europäischen Gemeinschaft. Damit berühren sie die Grundfesten der EU, sowohl hinsichtlich der Verteilung der Entscheidungskompetenzen zwischen Brüssel und der nationalen Ebene als auch hinsichtlich der Grundrechte der EU-Bevölkerung.

Es besteht Einigkeit, dass die EU reformiert werden muss, um dynamischer zu werden und um überhaupt neue Mitglieder aufnehmen zu können. Keine Einigkeit gibt es allerdings darüber wie die EU reformiert werden soll. Dieses beeinträchtigt nicht nur die Entscheidungsprozesse, sondern belastet auch die Wirtschaft durch eine im internationalen Vergleich hohe Bürokratielast, was u.a. die Gründung von Unternehmen erschwert und Europa u.a. im globalen Technologiewettbewerb zurückfallen lässt.

Ein durch den russischen Angriffskrieg deutlich verschärftes Problem sind die im weltweiten Vergleich hohen Energiepreise, die Verbraucher und Unternehmen gleichermaßen treffen. Die EU konnte zwar in enger Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten eine akute Energiekrise abwenden, doch dürften die Energiepreise nicht auf das Vorkriegsniveau zurückfallen. Der Wegfall russischen Pipeline-Gases kann nicht schnell genug durch erneuerbare Energien, sondern kurzfristig nur durch den teuren Import von LNG wettgemacht werden.

Ein grundsätzliches Problem ist die demografische Entwicklung in der EU. Die Bevölkerung aller EU-Staaten dürfte spätestens ab 2026 kontinuierlich schrumpfen und das Durchschnittsalter der Gesellschaften steigen. Diese demografische Entwicklung hat erhebliche wirtschaftliche, soziale und politische Konsequenzen. Ein Rückgang der Zahl an Personen im erwerbsfähigen Alter belastet unmittelbar die Produktionskapazitäten

und damit die volkswirtschaftlichen Wachstumspotentiale.

Die Mitglieder der Euro-Zone sehen sich zudem spezifischen Herausforderungen ausgesetzt: Der engere Stabilitätssammenhang der Eurozone zwingt die EU zu einer größeren Kooperation, da die Europäische Währungsunion nach wie vor kein sogenannter optimaler Währungsraum ist. Sie muss deshalb, insbesondere in Krisenzeiten, durch die Geld- und Finanzpolitik stabilisiert werden, was zu zusätzlichen Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten führt.

Strategische Notwendigkeiten und Optionen für Europa

Oberstes Ziel sollte es sein, Europas Werte und Wohlstand im Innern zu sichern und nach außen fest in der sich formierenden neuen Weltordnung zu verankern. Eine solche Strategie muss

von einer gründlichen Analyse und Identifikation der Risiken in den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen ausgehen. Dafür ist intern eine höhere Bereitschaft zur Kooperation und zur Ressourcenbündelung erforderlich. Aufgrund seiner ökonomischen Gegebenheiten ist für Europas Wohlstandssicherung auch in Zukunft eine stärkere Verflechtung mit der Weltwirtschaft erforderlich, als das für die USA und China der Fall ist. Die damit verbundenen externen Risiken müssen jedoch gesenkt werden, z.B. durch die engere Kooperation mit verlässlichen Partnern. Hierbei sollte die EU darauf achten, ihre strategische Autonomie größtmöglichst zu wahren, entgegen der bereits sichtbaren Tendenz zur Blockbildung. De-Risking statt De-Coupling sollte die Strategie auch gegenüber China lauten.

Eine vorausschauende Risikoabwägung und Diversifizierung zur

Krisenprävention nach außen und der Abbau interner Konflikte und Strukturprobleme sind politikfeldübergreifend die Schlüssel für eine erfolgreiche Zeitenwende auf europäischer Ebene. Das setzt eine größere Kooperationsbereitschaft der Mitgliedstaaten und der weitere Ausbau des Binnenmarkts voraus. Auch müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit Europa sich in einem technologisch radikal verändernden Umfeld behaupten kann. Die Entfaltung der Produktivkräfte durch einen regelbasierten Binnenmarkt statt eines Subventionswettkampfs zwischen den Mitgliedstaaten ist dabei der vielversprechendere Weg. Nur so wird sich Europa zwischen den anderen, schneller wachsenden Wettbewerbern behaupten können und auf der Weltbühne ein relevanter Akteur bleiben.

Heinrich KREFT

PORTRAIT

Erasmus State-of-Mind

Interview mit der Referentin für Erasmus und Internationales der AUB

Anlass des Gesprächs ist die Auszeichnung, welche Emese Kürti, Referentin für Erasmus und Internationales der AUB im November 2023 erhalten hat.

Können Sie bitte kurz erklären, wofür Sie genau diese Auszeichnung bekommen haben?

Das Erasmus Programm wird innerhalb der EU nicht nur von der EU Kommission koordiniert, sondern von den sogenannten Nationalagenturen der einzelnen Länder. In Deutschland ist der DAAD die Nationalagentur, in Ungarn die Tempus Stiftung.

In Ungarn sind ungefähr 50 Universitäten, am Erasmus Programm beteiligt. Die Zahl der MitarbeiterInnen, die sich an den beteiligten Universitäten mit dem Erasmus Programm beschäftigen ist übersichtlich. Die Tempus Stiftung setzt sich sehr für die Professionalisierung der

"Erasmus Community" ein. Daher organisiert die Stiftung jährlich zwei Treffen von allen MitarbeiterInnen des Erasmus Programms von allen ungarischen Universitäten, wobei eins der Treffen immer mehrere Tage dauert. Im Rahmen des längeren Treffens werden jedes Jahr Erasmus MitarbeiterInnen ausgewählt, die im Jahr außerordentliche Leistungen hinsichtlich des Erasmus Programms erbracht haben, wie etwa eine hohe Anzahl an verschiedenen Mobilitäten, oder die Erasmus-Projekte in hoher Qualität abgewickelt haben.

Wie die LeserInnen vielleicht wissen, hatte die AUB im September ein Audit (externe Prüfung) von der Tempus Stiftung. Im Rahmen dessen kamen sieben MitarbeiterInnen der Stiftung und haben die Verwirklichung des Erasmus Programms bei der AUB überprüft. Es hat sich herausgestellt, dass die AUB zwar eine kleine Uni ist, aber das Erasmus Programm sehr gut läuft und eine vergleichsweise hohe Zahl von Mobilitäten verwirklicht. Aus diesem Grund wurde beim diesjährigen Treffen in Szeged vier Erasmus MitarbeiterInnen ausgezeichnet, und ich freue mich, dazugehören zu können.

Was genau ist Ihre Arbeit als Erasmus koordinatin?

Das Erasmus Programm besteht nicht nur aus den einzelnen Mobilitäten der Studierenden, auch Dozierende und MitarbeiterInnen können mit dieser Möglichkeit leben. Um



die Mobilitäten zu verwirklichen, ist es nötig z.B. ein Netzwerk an Partnerinstitutionen zu haben und dieses mit Leben zu füllen. Daher besteht meine Arbeit neben der kompletten Abwicklung sowohl der Incoming, als auch der Outgoing Mobilitäten auch z.B. aus

Kommunikation mit Partnern oder Initiierung von Partnerverträgen. Darüber hinaus hat das Erasmus Programm in jeder 7-jährigen Programmphase neue Prioritäten, wie etwa Digitalisierung oder Inklusion. Daher kommt neben den erwähnten Tätigkeiten auch

z.B. die Umsetzung der Prioritäten, wie etwa Umstieg auf digital abgeschlossene Verträge, zu den Tätigkeiten. Die wichtigsten Aufgaben sind die jährliche Beantragung der Erasmus Mitteln für die AUB bzw. am Ende jeder Programmlaufzeit von zwei Jahren, eine

fehlerfreie Abrechnung und Berichterstattung der Nationalagentur zu liefern.

Was bezeichnen Sie als größter Erfolg in Ihrer Arbeit?

Ich glaube, ein großer persönlicher Erfolg für mich ist, die Verwirklichungsregeln des Erasmus Programms in ihrer Komplexität verstanden zu haben und schrittweise auch zur Qualität des Programms beigetragen zu haben. Darüber hinaus habe ich mithilfe der AUB viel über Projektmanagement gelernt, z.B. durch Weiterbildungen. Dadurch glaube ich, das Erasmus Programm an der AUB vielleicht souveräner koordinieren zu können. Ich hoffe, mit Zeit kann das Erasmus Programm an der AUB noch besser verwirklicht werden.

Welche Schwierigkeiten oder Herausforderungen haben Sie in Ihrer Arbeit?

Das Erasmus Programm ist schon sehr komplex in der Verwirklichung, dazu kommt noch, dass jede Universität ihre eigenen internen Prozessen oder Organisation hat. Daher ist es oft eine Herausforderung z.B. die Erasmus Regeln in die Praxis umzusetzen. Dazu kommen noch die Prioritäten der einzelnen 7-jährigen Programmphase, wie etwa die Digitalisierung. Es war schon eine Herausforderung auf das digitale Erstellen der verschiedenen Erasmus Verträge umzusteigen. Manchmal denke ich, dass im Erasmus Programm zu arbeiten schon ein Abenteuer ist.

Wie gut kennen und nutzen StudentInnen und DozentInnen die verschiedenen Erasmus-Programme? Muss dafür vielleicht extra Werbung gemacht werden?

Sowohl die Studierenden als auch Dozierende und MitarbeiterInnen kennen die Möglichkeit per se. Ich bin mir aber unsicher, ob die Teilnahme am Erasmus Programm nicht als „kompliziert“ angesehen wird, obwohl es eigentlich nicht so ist. Natürlich gibt es Herausforderungen, die man lösen muss. Ich glaube aber fest daran, dass es sich trotz Herausforderungen lohnt am Abenteuer teilzunehmen. Einer meiner zukünftigen Wünsche oder Ziele wäre, die verschiedenen Schritte um am Erasmus Programm teilzunehmen irgendwie vereinfacht darzustellen, oder mithilfe von digitalen Applikationen die Prozesse einfacher zu machen.

Ein anderer Aspekt ist aktuell, dass die AUB nur 75% der beantragten Mitteln erhalten hat, daher konnten wir nicht alle BewerberInnen fördern. Wir hoffen, dass die AUB in Zukunft mehr Mitteln erhalten kann, da sich das Interesse langsam aber sicher steigt.

Wie können StudentInnen und DozentInnen über verschiedene Erasmus Möglichkeiten erfahren?

Im August-September diesen Jahres haben wir mit Herrn Prorektor Okruch und Frau Fanni Deák, damalige Leiterin der Stabsstelle des Rektorats, sehr viel an dem neuen Erasmus-Menüpunkt auf der AUB-Webseite um die Informationen so gut und systematisiert wie möglich zu vermitteln. Also ich würde sagen, die AUB Webseite bzw. das Erasmus



Menüpunkt ist der beste Ort um über die Erasmus Möglichkeiten zu erfahren.

Wie lange arbeiten Sie schon an der AUB?

Ich habe im August 2020, also quasi mitten in der Pandemie, habe ich angefangen, an der AUB zu arbeiten. Seit dem bin ich Referentin für Erasmus und Internationales.

Wie sind Sie an die AUB gekommen?

Ich glaube, ich habe 2018 oder 2019 zum ersten Mal von der AUB gehört. Ich fand, dass die AUB eine tolle deutschsprachige Insel mitten in Budapest ist. Damals habe ich in Deutschland gelebt und ich fand es als eine sehr tolle Möglichkeit, außerhalb von Deutschland mit meinen Deutschkenntnissen zu arbeiten. Ein weiterer großer Wunsch von mir war, in der Verwirklichung von Austauschprogrammen zu arbeiten, da ich selber durch die Austauschprogramme der Organisationen Youth for Understanding und DAAD im Ausland studieren durfte. Somit habe ich mich gefreut, dass einerseits in 2020 die Stelle der Referentin für Erasmus eröffnet, andererseits die Stelle aktive Deutschkenntnisse vorausgesetzt hat. Es war daher eine große Freude, dass ich damals ausgewählt wurde.

Was bedeutet das Erasmus Programm für Sie?

Als ein „Fun Fact“ möchte ich an dieser Stelle erwähnen, dass das Erasmus Programm und ich gleich alt sind. Das habe ich in 2022 erfahren, als der 35. "Geburtstag" von Erasmus überall groß gefeiert wurde. Es kann schon sein, dass ich dadurch, zwar witzig, aber enger mit dem Programm verbunden bin.



Das Erasmus Programm bedeutet für mich einerseits eine einzigartige Möglichkeit, sich (vor allem persönlich) weiterzuentwickeln. In den verschiedenen EU-Umfragen kam immer wieder zurück, dass die MobilitätsteilnehmerInnen immer selbstbewusster, eigenständiger oder unabhängiger zurückgekommen sind. Auch die Umfragen bei Dozierenden- oder Mitarbeitermobilitäten, die zeitlich kürzer sind, haben dies bestätigt.

Auch aus eigener Erfahrung kann ich es bestätigen: nachdem ich meine Mobilitäten in England und in Frankreich in Zeiten der Pandemie erfolgreich abgeschlossen habe, kann ich sagen, dass ich keine Angst mehr habe, z.B. alleine zu reisen.

Andererseits sehe ich Erasmus als die Möglichkeit den eigenen Horizont zu erweitern im Sinne von, z.B. Studierende, die am Anfang ihres Berufslebens stehen, können während eines Praktikums im Ausland unglaublich viel zum eigenen Fach dazu lernen; während eines Auslandssemesters kann man z.B. neue Perspektiven auf den eigenen Bereich kennenlernen, an die man nicht hätte denken können. Somit kann man gut eine "outside-the-box" Denkweise erlangen.

Zusammenfassend würde ich sagen, dass das Erasmus Programm als ein Meilenstein im Leben gelten kann, ab dem alles anders ist. Man kann danach in eine Art "Erasmus state-of-mind" gelangen, in dem man z.B. gerne internationale Freundschaften pflegt, verschiedene internationale Möglichkeiten sucht, gerne und viel reist usw. Seit meinem Auslandsjahr und meinen Mobilitäten in England und Frankreich, kann ich zugeben, ich bin im konstanten "Erasmus state-of-mind".

Daher möchte ich allen, aber insbesondere jenen Studierenden, Dozierenden und MitarbeiterInnen, die mit Erasmus noch nicht im Ausland waren, wünschen, dass sie mit dieser Möglichkeit unbedingt leben.

Ich bedanke mich sehr für das Gespräch und mit Auge auf die kommenden Erasmus Bewerbungsfristen, wünsche ich allen viel Erfolg!

Liebe Emese, vielen Dank für Ihre Antworten. Wir wünschen Ihnen weiterhin viel Erfolg in Ihrer Arbeit und eine schöne Zeit an der AUB.

Éva KÓSA

SEMESTERÜBERBLICK

Feierliche Eröffnung des Studienjahres 2023/2024

Wie jedes Jahr war Anfang September einer der Höhepunkte des Jahres: Die traditionelle Jahreseröffnungsfeier mit Diplomübergabe. In diesem Jahr wurde das neue Studienjahr offiziell am 08. September 2023 eröffnet.

Nach der ungarischen Nationalhymne begrüßte Rektor Prof. Dr. Zoltán Tibor Pállinger in seiner Eröffnungsrede alle Anwesenden. Er betonte, dass die Jahreseröffnungsfeier jedes Jahr ein wichtiger Meilenstein für die AUB darstelle. Sie eröffne nicht nur einen Blick auf das Studium, sondern auch auf die Zukunft, die mit dem Abschluss des Studiums für die AbsolventInnen beginne. In seiner Rede blickte Pállinger auf das letzte Semester zurück, in dem die AUB den 200. Geburtstag ihres

Namensgebers, Graf Gyula Andrássys der Älteren, gefeiert hatte. Graf Gyula Andrássy war einer der bedeutendsten Diplomaten des 19. Jahrhunderts und setzte sich nachhaltig für die Verständigung der Völker und die Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten ein. Mit dem Namen „Andrássy Gyula Deutschsprachige Universität Budapest“ setzten die Gründer die Universität in die historische Tradition Mitteleuropas.

Gastrede von Herrn Dr. Panyi Miklós

Im Anschluss folgte die Rede von Herrn Dr. Panyi Miklós, dem stellvertretenden Minister des Ministerpräsidentenamtes. In seiner Ansprache betonte er, ähnlich wie Pállinger

zuvor, die Bedeutung von Graf Gyula Andrássy und dessen Engagement für nationale und europäische Interessen. Er wies darauf hin, dass die AUB jährlich Studierende aus verschiedenen Teilen der Welt anziehe, die hier Bildung erlangen und die Möglichkeit haben, ihre persönliche Entwicklung vorantreiben zu können. Dies unterstreicht die internationale Ausrichtung und den Bildungsauftrag der AUB in einer globalisierten Welt.

Grußworte seitens der Studierendenschaft und den Alumni

Der Vorsitzende der Studierendenschaft, Simon Hassler thematisierte in seiner Rede, nicht nur die Herausforderungen, denen die AUB in den vergan-

Feierliche Eröffnung
des Studienjahres 2023/2024



genen Studienjahren gegenüberstand, wie die Auswirkungen der Pandemie und den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Er betonte auch den gestärkten Zusammenhalt innerhalb der AUB-Gemeinschaft, der sich gerade durch diese schwierigen Umstände vertiefte. Hassler unterstrich, wie die Beteiligung an den Aktivitäten der AUB-Familie dazu beigetragen hat, dass sich Ungarn und Budapest für die AbsolventInnen zu einer zweiten Heimat entwickelt haben.

Alina Alexenko, die als Vertreterin der DoktorandInnen sprach, überbrachte nicht nur ihre Glückwünsche an die AbsolventInnen, sondern hob auch hervor, wie stolz diese auf ihre erreichten Leistungen sein können. Sie wies in ihrer Ansprache auf die engagierte Arbeit hin, die sie und Herr Nikolas Hatz in den vergangenen Jahren geleistet haben, um den Austausch und die Kommunikation innerhalb der AUB-Gemeinschaft zu fördern.

Diese Bemühungen trugen maßgeblich zur Stärkung der Zusammenarbeit und des Zusammenhalts innerhalb der Universität bei.

Tünde Darkó, die Co-Vorsitzende des Alumni-Vereins, betonte die Bedeutung des Aufbaus von Brücken zwischen den Studierenden und den AbsolventInnen, um den Austausch und die Kontaktpflege zu stärken. Die AUB sei nicht nur ein Wissenszentrum und eine internationale Gemeinschaft, sondern auch eine Universität, in der sich verschiedene Kulturen, nicht nur aus Deutschland und Ungarn, begegnen.

Feierliche Vergaben

Nach den Reden wurden zwei Unterstützer der Universität für ihre Tätigkeit und Zusammenarbeit mit der AUB mit der großen Andrássy Medaille ausgezeichnet: Herr Prof. Dr. habil Dr. h.c.mult. Peter-Christian Müller-Graff Ph.D.h.c., MAE und Herr Dr. Andre-

as Weber. Professor Müller-Graff gehörte zu den Geburtshelfern der AUB und unterstützte sie auch viele Jahre danach aktiv. Dr. Andreas Weber, Abteilungsleiter für Bildung der Baden-Württemberg Stiftung, war ebenfalls jahrelang für die AUB verantwortlich, als die baden-württembergische Finanzierung noch über die Stiftung lief. Im Anschluss fand die feierliche Promotion statt, in deren Rahmen ein Doktorand sein Gelöbnis ablegte und seine Urkunde erhielt. Danach wurden die Master-Diplome, sowie ein Sonderstipendium für ukrainische Studierende des **österreichischen Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung vergeben.**

Rektor Pällinger beendete die Jahreseröffnungsfeier mit einem herzlichen Dank an alle Mitwirkenden, insbesondere dem stellvertretenden Minister und den Verwaltungsmitarbeitern.

Sally LEHMANN

Eine deutsche Studentin entdeckt die ungarische Kultur

Das Auslandssemester an der AUB ist eine aufregende Zeit, in der man die ungarische Kultur kennenlernen kann. Als deutsche Studentin habe ich die Gelegenheit in die Kultur und Sprache einzutauchen. Dabei gibt es viel zu erleben und zu lernen.

Budapest vermittelt eine perfekte Mischung aus Geschichte und Moderne. Die beeindruckende Architektur, die überall zu sehen ist, erzählt von der reichen Vergangenheit der Stadt. Von majestätischen Schlössern bis hin zu imposanten Brücken, die über die Donau führen, gibt es so viele historische Wahrzeichen, die die Geschichte der Stadt widerspiegeln.

Wenn man durch die Straßen von Budapest schlendert, kann man die junge Energie spüren, die die Stadt durchströmt. Die zahlreichen Cafés, Restaurants und Bars sind voller Studenten und bieten eine Vielzahl von kulinarischen Köstlichkeiten. Ob traditionelle ungarische Spezialitäten wie Gulasch oder super leckere internationale Küche, Budapest hat definitiv eine vielfältige und aufregende Esskultur zu bieten.

Ein weiterer beeindruckender Aspekt Budapests ist die lebendige Kulturszene. Von Opern- und Ballettaufführungen in prächtigen Theatern bis hin zu Musikfestivals und zeitgenössischer Kunst, die Stadt ist ein Paradies für Kul-



turbegeisterte. Etwas ganz besonderes sind die berühmten Thermalbäder, in denen man sich in den heilenden Wassern entspannen kann. Hiervon gibt es mehrere, z.,B. das berühmte Gellértbad an der Donau oder das Széchenyi-Heilbad im Stadtwäldchen.

Spannend ist für mich vor allem auch die ungarische Sprache. Ich hatte vorher nie mit dieser zu tun, weshalb meine Ungarischkenntnisse auf „Hallo“ und „Danke“ begrenzt waren. Über die AUB nehme ich an einem Ungarisch-Kurs teil, um die

Grundkenntnisse zu zu lernen. Interessant war für mich insbesondere, dass man in Ungarn Hallo – übersetzt Szia – auch zum Abschied sagen kann. Auch interessant ist, dass das ungarische „S“ wie in Budapest als „Sch“ ausgesprochen wird.

Ein weiterer Pluspunkt von Budapest ist die ausgezeichnete Verkehrsanbindung. Das gut ausgebaute öffentliche Verkehrssystem macht es mir möglich, die Stadt bequem zu erkunden und ich kann von mir zuhause direkt zur Uni fahren. Ob mit der U-

Bahn, der Straßenbahn oder dem Bus, es ist einfach und erschwinglich, von einem Ort zum anderen zu gelangen.

Natürlich hat jede Stadt auch ihre Herausforderungen. Ich musste lernen, mit einigen kulturellen Unterschieden und sprachlichen Barrieren umzugehen. Aber das alles gehört zum Abenteuer des Auslandsstudiums dazu und unterstützt mich dabei, über meinen Horizont hinauszublicken.

Ich freue mich auf eine weitere spannende Zeit an der AUB in Budapest.

Sarah MEIßNER



Aus dem Uni Alltag eines Erasmus-Studenten

Eric Omarchanov von der Universität Rostock absolviert im Wintersemester 2023/24 ein Erasmus-Auslandssemester in Budapest und erzählt von seinem Alltag als Student an der AUB.

Als Erasmus-Student hatte ich bei der Wahl meiner Kurse an der AUB glücklicherweise viel Freiheit, so konnte ich meine Seminare und Vorlesungen ganz nach eigenem Interesse und Schwerpunkt wählen. Insgesamt besuche ich 4 reguläre Kurse, zwei Blockseminare und den Ungarischkurs, welcher zweimal wöchentlich stattfindet. Im Vorfeld informierte ich mich im Vorlesungsverzeichnis zu den Kursen und belegte diese dann im Elektronischen Studienverwaltungssystem (ETN).

Meine Uniwoche beginnt am Montag mit dem Ungarischkurs. Bereits nach einigen Wochen kann ich mich nun auf Ungarisch vorstellen sowie einfache Sätze bilden. Am Dienstag habe ich dann mein erstes Seminar zu *Aktuellen Fragen der Ungarischen Außenpolitik*. Das Seminar bietet einen spannenden Einblick in die Grundzüge der ungarischen Außenpolitik und dessen Verhältnis zur EU und seinen Nachbarstaaten. Anschließend habe ich ein paar Freistunden, in denen ich mir gerne einen Kaffee im „Kolibri“ nebenan hole und mich in die Bibliothek der AUB setze, um die nächsten Seminare vorzubereiten.

Am Nachmittag geht es dann weiter mit einer Vorlesung zum Thema *Politische Systeme in Ostund Mitteleuropa*. Auch hier werden aktuelle Entwicklungen in den Staaten Mitteleuropas vorgestellt sowie spannende Diskussionsfragen erörtert. Im Anschluss habe ich dann einen Kurs zur *Nationalitätenbildung in Mitteleuropa*, ein Kurs aus dem Studiengang Mitteleuropäische Studien/Kulturdiplo-matie, welcher Begriffe der Nationen-

bildung am Beispiel der mitteleuropäischer Gesellschaften untersucht. Um 17:30 bin ich mit der Uni fertig und fahre nach Hause, wo ich mir dann oft etwas koche und mit meiner WG den Abend ausklingen lasse. Am Mittwoch habe ich den nächsten Kurs zum Thema *China als globaler Akteur*. In verschiedenen Sitzungen werden hier die Grundzüge der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Chinas vorgestellt.

Am Donnerstag habe ich dann nochmal den Ungarischkurs und Freitag habe ich frei. Insgesamt gefallen mir meine gewählten Veranstaltungen sehr gut. Nicht nur weil sie alle so unterschiedlich sind, sondern auch aufgrund der großen Expertise und dem Wissen der Professor*innen. Jede Woche werden sehr interessante Themen behandelt und aufgrund der kleinen Gruppen in den Seminaren finden auch regelmäßig spannende Diskus-

sionen statt. In manchen Seminaren können die Studierenden außerdem eigenen Input zur Lehrveranstaltung einbringen in Form von kleineren Präsentationen oder Essays. Ich bin sehr froh mich für ein Auslandssemester an der AUB entschieden zu haben und freue mich auf weitere spannende Wochen, bevor es dann zur Weihnachtszeit für zwei Wochen zurück nach Deutschland geht.

Eric OMARCHANOV

Gründe für ein Auslandssemester an der AUB

Interview mit Sarah Meißner

Sarah Meißner ist Studierende des Master-Studiengangs Wirtschaftswissenschaften an der Fernuniversität in Hagen und ist im September für ein Erasmus-Semester an die Andrássy Universität Budapest (AUB) gekommen. Im Folgenden schildert sie ihre persönlichen Erfahrungen, Tipps und Ratschläge hinsichtlich ihres Auslandssemesters an der AUB.

Vielen Dank, dass du dir die Zeit für unser Interview nimmst, Sarah! Aktuell befindest du dich im 5. Semester deines Studiums und hast dich dazu entschlossen, ein Auslandssemester an der AUB zu absolvieren. Könntest du uns näher erläutern, welcher Prozess notwendig ist, um ein Erasmus-Semester an der AUB zu absolvieren und welche Schritte du dabei berücksichtigt hast?

Sarah: Zunächst habe ich die Kooperationen meiner Heimatuniversität überprüft und mich bei den Koordinatoren für Internationales für ein Erasmus+ Stipendium beworben, wobei ich die AUB als meinen Erstwunsch angegeben habe. Nach erfolgreicher Bewerbung konnte ich das Grant Agreement unterzeichnen und an der AUB nominiert werden. Danach konnte ich mit den weiteren Planungen starten. Ich habe meine Kurse an der AUB ausgewählt und daraus



ein Online Learning Agreement erstellt, welches von beiden Universitäten bestätigt wurde. Zum Semesterstart bin ich nach Budapest gereist und habe in der Orientierungswoche

meine Immatrikulationsunterlagen abgeholt. Die schnelle Rückmeldung der AUB-Koordinatorin und ihre stetige Erreichbarkeit haben den Prozess erheblich erleichtert.



Was hat dich vorrangig dazu motiviert, ein Erasmus-Semester zu absolvieren, und welche speziellen Aspekte der AUB haben dich besonders angesprochen?

An einem Auslandssemester reizte mich besonders die Chance, neue Erfahrungen zu sammeln und Menschen mit verschiedenen Hintergründen kennenzulernen. Eine Auslandserfahrung ermöglicht einem außerdem, eine neue Kultur und Sprache besser kennenzulernen. Zudem ist die Auslandserfahrung ein großer Pluspunkt im Lebenslauf und spricht viele Arbeitgeber an. Persönlich sah ich die Möglichkeit, mich weiterzuentwickeln, da ein Auslandsaufenthalt viel Eigenständigkeit erfordert. Die geografische Lage von Budapest fand ich sehr spannend, da ich bisher kaum Berührungspunkte mit Osteuropa hatte und das gerne ändern wollte. An der AUB gefiel mir neben der Deutschsprachigkeit besonders die Möglichkeit, einen Einblick in die Welt der Diplomatie zu bekommen. Die Universität bietet zudem regelmäßig zusätzliche Veranstaltungen wie Lesungen und Diskussionsrunden an, und ihre Größe vermittelt ein sehr familiäres und übersichtliches Gefühl.

Mit dem Umzug in ein neues Land entstehen nicht nur Anpassungen, sondern auch finanzielle Herausforderungen. Wie gehst du damit um? Erhältst du finanzielle Unterstützung aus einem Erasmus+-Stipendium und welche Möglichkeiten kennst du, um dich im Gastland finanziell zu unterstützen oder dazuzuverdienen?

Ich erhalte ein Erasmus+-Stipendium von 490€ sowie eine einmalige Zusatzleistung von 50€, wenn ich mit der Bahn oder in einer Fahrgemeinschaft anreise. Zudem ist ein Nachteilsausgleich von 250€ möglich, wenn man Erstakademiker ist, eine Behinderung hat oder ein vorheriges Einkommen durch das Auslandssemester wegfällt (siehe Zuschuss für Chancengleichheit). Darüber hinaus erhalten alle Studierenden aus Deutschland bis zu 25 Jahre Kindergeld in Höhe von 250€. Um zusätzliches Geld zu verdienen, arbeite ich als Hiwi im Büro für Marketing und Kommunikation an der AUB, hauptsächlich für Social Media. Diese Stelle ermöglicht mir einen tieferen Einblick in die Universitätsverwaltung und -prozesse. Außerdem haben Studierende die Möglichkeit in einem Café oder Call Center zu ar-

beiten, da viele deutsche Firmen hier angesiedelt sind und deutschsprachige Mitarbeiter oft gesucht werden. Es gibt auch die Möglichkeit, AuslandsBAföG zu beantragen, abhängig vom eigenen Vermögen und dem Einkommen der Eltern, wobei die Grenzen höher sind als beim „normalen“ BaföG. Die Lebenshaltungskosten entsprechen ungefähr dem deutschen Niveau, die öffentlichen Verkehrsmittel sind günstig, und es gibt viele Rabatte für Studenten sowie gute und günstige Mittagstische. Die Miete für Wohnraum liegt etwas unter dem deutschen Niveau. Es ist auch möglich, Tagesausflüge oder Wochenendtrips in umliegende Städte und Länder zu machen, da Zug- und Fluganbindungen gut und vergleichsweise günstig sind. Die finanziellen Unterstützungen decken die Miete und andere laufende Kosten ab. Für außeruniversitäre Aktivitäten sollte man jedoch ein zusätzliches Budget einplanen.

Zum Abschluss: Welche Ratschläge oder Tipps würdest du Studierenden geben, die sich für ein Auslandssemester interessieren oder darüber nachdenken?

Ich würde empfehlen, sich mit anderen Studierenden auszutauschen, mit der eigenen Universität und auch mit der Partneruniversität zu sprechen, um alle Möglichkeiten aufzuführen. Es ist wichtig, sich über die Stadt und ihre Lebenshaltungskosten, Wohnungssituation, Sprache und Kultur zu informieren. Zudem sollte man sich bewusst sein, dass auch im Auslandssemester Prüfungen abgelegt werden müssen. Letztendlich ist es aber wichtig, mutig zu sein und den Schritt einfach zu wagen, wenn man darauf Lust hat! ☺

Herzlichen Dank für deine Zeit und die Einblicke! Wir wünschen dir weiterhin viel Erfolg und eine wunderbare Zeit in Budapest

Sally LEHMANN





Die Winterzeit in Budapest zwischen Uni und Weihnachtsmärkten

Die ungarische Hauptstadt Budapest ist zu jeder Jahreszeit eine Reise wert, aber besonders zur Weihnachtszeit entfaltet die Stadt einen ganz besonderen Charme, der nicht nur Studenten verzaubert. Ich nehme euch mit durch den Charme der Winterzeit in Budapest und zeige euch, wie ihr die Weihnachtszeit am besten verbringen könnt.

Ich bin seit drei Monaten in Budapest und habe die Stadt im Spätsommer kennengelernt. Viele meiner Kommilitonen haben die Zeit und die Wärme genutzt um an den Plattensee „Balaton“ zu fahren und die Urlaubsorte Ungarns zu erkunden. Außerdem begann die Vorlesungszeit an der AUB und ich konnte mich langsam in meinen Stundenplan einfinden.

Als der Herbst in Budapest einzog, konnte ich die Stadt im schönen Gelb der von den Bäumen gefallenen Blätter erkunden. Das kältere Wetter und die ersten Regentage luden dazu ein, sich mit Freunden im Café zu treffen und mehr Zeit in Museen und Ausstellungen zu verbringen. Auch für die Uni gab es einiges zu tun, ich hatte mehrere Blockseminare und Hausarbeiten sowie Präsentationen, für welche ich viel Zeit in der gemütlichen Bibliothek der AUB verbracht habe.

Seit einigen Tagen ist in Budapest der Winter eingezogen und es gab bereits den ersten Schnee, der alle verzaubert hat. Die kalten Tage haben dazu eingeladen, die Weihnachtsmärkte zu erkunden. Der bekannteste und größte Weihnachtsmarkt findet auf dem Vörösmarty-Platz statt. Hier kann man zwischen den festlich geschmückten Holzhütten umherschlendern und lokale

Spezialitäten wie Langos oder Baumstriezel probieren. Es gibt auch viele Kunsthandwerksstände. Es lohnt sich, auch hier bereits nach Weihnachtsgeschenken Ausschau zu halten, denn viele Stände bieten verschiedene handgefertigte Geschenke an, darunter Keramik, Schmuck und Holzschnitzereien. Ein weiterer beliebter Markt befindet sich am St.-Stephans-Basilika-Platz, wo man zu verschiedenen Uhrzeiten eine großartige Lichterschau direkt an der Basilika beobachten kann.

Neben den Weihnachtsmärkten gibt es in Budapest auch zahlreiche kulturelle Veranstaltungen, durch welche die Weihnachtsstimmung steigt. Konzerte, Opernaufführungen und Ballettvorstellungen finden in den historischen Theatern, der Oper und Konzerthallen der Stadt statt.

Auch die festliche Beleuchtung der Straßen und Gebäude ist ein absolutes Highlight. Besonders beeindruckend ist die Beleuchtung der Kettenbrücke, die das Stadtbild in ein gemütliches und weihnachtliches Licht taucht. Ein Spaziergang entlang der beleuchteten Uferpromenade ist zu dieser Zeit ein absolutes Muss.

In der AUB finden vor Weihnachten die letzten Blockseminare und Vorlesungen statt, bevor ab dem 15. Dezember die vorlesungsfreie Zeit beginnt. Es werden noch Präsentationen gehalten und Hausarbeiten zu Ende geschrieben, bevor es langsam in die Klausurvorbereitung für die Klausuren im Januar geht.

Ich wünsche Euch eine großartige Weihnachtszeit und fröhliche Festtage mit Euren Freunden und Familie. Ich freue mich darauf, Euch erholt im neuen Jahr wiederzusehen.

Sarah MEIßNER



**ANDRÁSSY
UNIVERSITÄT
BUDAPEST**

www.andrassyuni.eu

